

PROTOKOLL

über die 31. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 10. Mai 2001, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

-

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Ing. David Forstenlechner

STADTRÄTE:

Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler, Rudolf Blasi, Claudia Durchschlag, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Stefan Fröhlich, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Edith Radmoser, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT:

MD. OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Lemmerer, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT:

-

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG

- 1) Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlussfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer
- 2) Beantwortung von allfälligen Anfragen
- 3) Mitteilungen des Bürgermeisters
- 4) Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
- 5) Verhandlungsgegenstände

6) Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4) der Tagesordnung:

KEINE VORHANDEN

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

1) Ges-11/01 Neubeschluss eines Vertrages zwischen der Österr. Post AG und der Stadt Steyr betreffend Versendung des Amtsblattes der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

2) SH-316/96 Gesundheits- und Sozialservice Steyr (GSS); Subventionsansuchen 2001.

3) Fin-214/00 Waldorfkindergarten Steyr; Gewährung einer Subvention an die Ehegatten Dr. Alois und Maria Riedler.

4) Fin-60/01 Alten- und Pflegeheim Steyr; Jahresabschluss 2000.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

5) VerkR-5629/92 Österr. Wachdienst Chwoyka & Co KG; Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen, 3. Nachtrag zum Vertrag vom 15. 1. 1996.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

6) Fin-125/00 Polizei-Sport-Vereinigung Steyr; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention für den Neubau eines Klubhauses für die Sektion Tennis und Bahnengolf.

7) Umw-19/98 Mülldeponie der Stadt Steyr; Fahrstraßenanhebung; BA 03; Mittelfreigabe.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

8) Stw-37/01 Städt. Verkehrsbetrieb; Preisanpassung per 1. 8. 01.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

9) BauT-48/00 Wieserfeldplatz - Oberflächengestaltung; Vergabe der Arbeiten.

10) BauH-203/96 ff Kirchliche Ensembles in Steyr; Pfarre Christkindl, Loretto-Kapelle, Brunnenstube, Gesamtsanierung; Marienkirche; Kapellensanierung; Renaissancefriedhof Steyr; Gesamtsanierung.

11) BauT-58/00 Regenbecken Zufahrtstraße Knoglergründe; Vergabe und Mittelfreigabe der Baumeisterarbeiten.

12) BauT-58/00 Abschluss einer Vereinbarung mit Herrn Anton Weindl sen., Herrn Anton Weindl jun. und Herrn Franz Weindl über die Errichtung eines Regenrückhaltebeckens im Bereich des

Ziegelwerkes Weindl.

13) K-1/01 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 2001 - 1. Teil, „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ - „Steyrdorf“ - und „Wehrgrabengebiet“.

14) BauStr-20/99 Straßenbau City-Point (Forum); Pflasterungsarbeiten samt Granitsteinlieferung; Teilvergabe Straßenbau.

15) En-9/01 Ankauf eines Ersatzfahrgestelles für den Hubsteiger der städt. Elektriker.

16) En-12/01 Errichtung einer öffentlichen Straßenbeleuchtung im Zuge der Oberflächengestaltung beim City-Point.

17) Präs-131/01 Antrag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion betreffend Namensänderung des „Sparkassenplatzes“ im Stadtteil Resthof in „Kirchenplatz“.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

18) K-16/01 Regulierung der Eintrittspreise für das Stadttheater und das Alte Theater.

19) VH-12/01 Tarifordnung der Volkshochschule der Stadt Steyr; Kursleiterhonorare und Kursgebühren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich darf sie sehr herzlich begrüßen, auch die Damen und Herren, die durch ihre Anwesenheit bekunden, dass sie daran interessiert sind, was heute zur Debatte steht bzw. beschlossen wird, und eröffne die heutige Sitzung. Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Ich gebe bekannt, dass als Protokollprüfer Frau GR Monika Freimund und Herr GR Stefan Fröhlich fungieren werden. Der Herr GR Dr. Wetzl wird etwas später eintreffen.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Kollege Oberreiter kommt auch später!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird auch später eintreffen, haben wir somit gehört und wird dem Protokoll eingefügt.

Zu Punkt 2), **Beantwortung von allfälligen Anfragen**, darf ich mitteilen, dass keine vorhanden sind.

Unter Punkt 3), **Mitteilungen des Bürgermeisters**, möchte ich auf einige Veranstaltungen aufmerksam machen.

Aus der Sicht der Stadt, eine bedeutsame; Tag der offenen Tür der Stadtbetriebe und des Reinhaltungsverbandes am 12. Mai. Auf dem Gelände der Stadtbetriebe Steyr werden alle Betriebe, die in diesem Bereich tätig sind, ihre Arbeitsgeräte präsentieren und über ihre Serviceleistungen informieren. Die Besucher können unter anderem die städtischen Busse inspizieren und auch die Garage besichtigen. Der Geschäftsbereich für Umweltschutz und kommunale Dienstleistungen zeigt seine Arbeitsmaschinen, die Umweltschutz-Experten des Magistrates, die ebenfalls auf dem Areal an der Ennsner Straße stationiert sind, beraten interessierte Besucher und bieten auch Kompost zum

Mitnehmen an. Die Gas- und Wasserwerke zeigen mit Fotos, wie sich die Geschichte ihres Betriebes bis zum heutigen Tag entwickelt hat. Wer nicht unter Höhenangst leidet, kann von der Hebebühne der Feuerwehr aus, einen Blick aus der Vogelperspektive auf die gesamte Anlage werfen. Den Besuchern wird natürlich auch ein Unterhaltungsprogramm geboten. Die Bigband der Musikschule Garsten sorgt für den musikalischen Hintergrund, die Kinder können sich beim Spielbus der Kinderfreunde austoben, und für die hungrigen Gäste stehen unter anderem Würstel, Bioprodukte und Bier vom Fass bereit.

Vielleicht kann es auch noch über die Medien transportiert werden, aber es soll noch darauf aufmerksam gemacht werden, dass ein Shuttle-Bus zur Verfügung steht, der im Stundentakt zur Kläranlage verkehrt, der auch benutzt werden soll. Dies auch deswegen, weil dort unten ein großes Reitturnier stattfindet und eine große Parkplatznot herrschen wird und außerdem die Veranstaltung des Reitclubs nicht gestört werden soll. Es wird also mit dem Bus bis zur Kläranlage hingefahren. Auch dort wird es eine Bar und eine Grillparty geben. Das Rote Kreuz wird auf dem Gelände der Kläranlage Gesundheits-Checks durchführen.

Außerdem möchte ich auf die Fun Night mit Live Musik in den Steyrer Lokalen hinweisen, die am 18. Mai 2001 geboten wird. 15 Gastronomen haben bei dieser Veranstaltung ihre Mitwirkung zugesagt. Der Steyrer Bummelzug und ein städtischer City-Bus pendeln zwischen den Gastro-Betrieben und befördern die Gäste bis in den frühen Morgenstunden gratis zum Lokal ihrer Wahl.

Ein Hinweis sei mir noch gestattet. Mit der Augustserie wird auch schon das nächste vom Stadtmarketing-Lenkungsteam organisierte Großereignis beworben: Das große Ritter- und Mittelalterfest vom 14. bis 16. September dieses Jahres.

Ein anderes Ereignis - die Schwimmschule - Badesaison beginnt am 19. Mai, unter völlig neuen Vorzeichen, wie sie alle wissen. Wir haben hier einen Eigentümerwechsel, wir haben einen Verein gegründet, der mittlerweile diese Badeanstalt in seinem Eigentum hat, als ein Geschenk der Firma Magna-Österreich. So soll es uns, den Steyrern und der Nachwelt, erhalten bleiben, es wird uns noch einigen Schweiß kosten. Jedenfalls haben wir momentan mit den Ressourcen des Magistrates das Ding aufgefangen, es wird hier eine Plakataktion gemacht werden um breite Kreise der Bevölkerung aufmerksam zu machen, dass die Schwimmschule ganz normal, wie im vergangenen Jahr, weitergeht. Ich darf berichten, dass wir mittlerweile mehrere Sitzungen in dem Verein absolviert haben. Sie werden ja weitgehend informiert sein, weil alle Fraktionen drinnen vertreten sind. Die Architekten sind dabei einen Vorentwurf zu erstellen, der bereits im Ansatz präsentiert wurde und große Zustimmung gefunden hat. Es geht also im Wesentlichen darum, dass wir diese Badeanstalt wieder aufleben lassen, zum einen mit einer Teilrekonstruktion und zum anderen aber auch mit der Öffnung zur Steyr und damit Naturbad. Wir glauben, dass wir damit am richtigen Weg sind. Sowohl für die Steyrerinnen und Steyrer, aber auch um dem Tourismus zusätzlichen Drive zu verleihen. Wir hoffen, dass dieses Werk gelingen wird, es wird allerhand Geld kosten, wir wollen auch Sponsoren gewinnen, wir wollen aber auch die öffentlichen Gebietskörperschaften Land, Bund und natürlich auch die EU um Unterstützung bei diesem aufwendigen Projekt ersuchen. Die Größenordnung der Investitionen werden sich unserer jetzigen Einschätzung nach in der Gegend von 20 bis 25 Mio. Schilling bewegen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass möglichst viele Steyrerinnen und Steyrer auch Mitglied bei diesem Verein werden, es ist eine sehr preiswerte Mitgliedschaft, nämlich S 100,-- im Jahr. Ich höre von allen Seiten, dass das von der Bevölkerung sehr goutiert wird, auf der anderen Seite können auch Firmen, oder juristische Personen, um einen Betrag von S 1.000,-- Mitglied werden. Ich bitte sie alle sehr, für diesen Verein, diese Idee und dieses Projekt auch zu werben und dieses Projekt auch durch eigenen Einsatz zu unterstützen.

Ein weiterer Hinweis: Am 20. Mai wird in ORF 2 im Hauptabendprogramm der Film „Wir bleiben zusammen“ ausgestrahlt werden. Sie wissen, dass wir mit rund 1 Mio. Schilling diese Veranstaltung gefördert haben. Wir erwarten, dass das gut ankommt, nachdem Steyr Schauplatz des Geschehens ist; unserem Selbstverständnis zum einen und dem Tourismus zum anderen zum Nutzen gereicht.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage möchte ich sagen, dass die Arbeitslosenquote im April 2001 4,5 % betragen hat und im Vergleich zum Vormonat eine Reduzierung um 0,6 % erfolgt ist. Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im April 2001 990 Personen. Diese verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 5,8 und gegenüber dem Vorjahr um 14,3 %. Es gibt außerdem 393 offene Stellen.

Wir können also wirklich sagen, dass wir in dem Bereich, der uns vor wenigen Jahren noch große Sorgen bereitet hat, zur Zeit gut unterwegs sind. Wir dürfen uns aber nichts vormachen, wenn man nicht rudert, dann fällt man in der Strömung zurück und wir wollen daher versuchen, in allen Bereichen auch weiterhin aktiv tätig zu sein. Vor allen Dingen glaube ich, dass der Wirtschaftspark und das Fortschreiten der Arbeiten in diesem Bereich uns zur weiteren Hoffnung Anlass gibt.

Wie sie wissen, ist unser Hightech-Zentrum fast schon im Rohbau und es wird am 25. Oktober die Eröffnung sein und zwischendurch im Juni eine Gleichfeier stattfinden, sodass es im Kreis der einschlägig Interessierten entsprechend publik gemacht wird.

Unter Punkt 4), möchte ich sie bitten, die **Beschlüsse des Stadtsenates** zur Kenntnis zu nehmen, die mit den Verhandlungsunterlagen zugegangen sind.

Unter Punkt 5), **Verhandlungsgegenstände**, möchte ich den Vorsitz an die Kollegin Mach abgeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE:BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe einen einzigen Antrag, der noch dazu ungewohnt harmlos ist. Er betrifft den Abschluss eines Vertrages zwischen der Österreichischen Post AG und der Stadt Steyr betreffend Versendung des Amtsblattes der Stadt Steyr, weil sich hier rechtliche Veränderungen ergeben haben und eine solche Vereinbarung abgeschlossen werden muss, um die Versendung des Amtsblattes wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft vornehmen zu können.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

1) Ges-11/01 Neuabschluss eines Vertrages zwischen der Österr. Post AG und der Stadt Steyr betreffend Versendung des Amtsblattes der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Zentralverwaltung vom 19. April 2001 wird dem Abschluss eines Vertrages zwischen der Österreichischen Post AG, Regionalleitung Linz, 4010 Linz, Bahnhofplatz 11, und der Stadtgemeinde Steyr, Stadtplatz 27, 4400 Steyr, betreffend Versendung des Amtsblattes der Stadt Steyr als Anzeigenblatt, entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf, zugestimmt.

Ich bitte sie, darüber positiv Beschluss zu fassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wenn sie für den Antrag stimmen, ersuche ich sie um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich gebe den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister zurück.

GR Helmut Oberreiter kommt um 14.21 Uhr in die Sitzung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche die Frau Kollegin Mach um ihre Anträge.

BE:VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrte Herrn Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse, werte Gäste. In meinem ersten Antrag geht es um das Subventionsansuchen für das Jahr 2001 für das Gesundheits- und Sozialservice der Stadt Steyr. Wir alle wissen ja, dass es gesetzliche Vorschriften des Landes Oberösterreich gibt, Sozialberatungsstellen zu installieren. Die letzten Sozialberatungsstellen sind ja in Sierning und Garsten installiert worden. Ich glaube, dass diese Sozialberatungsstellen sehr gute Arbeit leisten. Steyr hat dabei eine Vorreiterrolle gespielt, hat ein Pilotprojekt gestartet, das auch von Seiten des Landes sehr gelobt wird. Ich möchte zu Beginn gleich einmal den Herrn Dr. Schodermayr, aber auch den Mitarbeiterinnen des Gesundheits- und Sozialservice sehr herzlich für ihre Arbeit danken. Es wird mit dem Gesundheits- und Sozialservice noch einen Vertrag geben, wir werden ihn aber vorher noch im Sozialausschuss behandeln, bevor er dem Gemeinderat zur Beschlussfassung zugeteilt wird.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

2) SH-316/96 Gesundheits- und Sozialservice Steyr (GSS); Subventionsansuchen 2001.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 6. April 2001 wird dem Verein „Gesundheits- und Sozialservice Steyr“, vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden, Herrn Dr. Michael Schodermayr, Harrerstraße 5, 4400 Steyr, für den laufenden Betrieb im Jahr 2001 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von **S 1.200.000,-- (Schilling eine Million zweihunderttausend)** auszahlbar in zwei Teilbeträgen á S 600.000,-- am 15. 05. und 15. 10. 2001 gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VSt. 1/429100/757100 freigegeben.

Ich ersuche um Diskussion bzw. um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für den Antrag, dieser steht zur Debatte. Zu Wort gemeldet ist der Kollege Fröhlich. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT STEFAN FRÖHLICH:

Wertes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Effizient, funktionstüchtig und möglichst kostengünstig soll auch der Sozialbereich organisiert sein, damit wir uns auch zukünftig eine verlässliche Größe in unserer Gesellschaft aufbauen können. Da werden sicherlich alle beipflichten. In Steyr laufen aber die Uhren wieder einmal ganz anders, nämlich statt diese beschriebenen Merkmale umzusetzen, machen wir genau das Gegenteil. Wir blähen die Verwaltung im Sozialbereich unnötig auf und verteuern diese damit erheblich. Stichwort GSS - 604 Beratungen pro Jahr. Das entspricht einem Durchschnitt von 3 Beratungen pro Tag. Kosten pro Jahr 1,2 Mio. Schilling. Wenn man sich jetzt einmal knallhart überlegt, wie viele Kosten

pro Beratung auftreten werden, beträgt das sicher S 2.000,-- pro Beratung. Was bekomme ich für diese S 2.000,--? Wenn wir uns einmal den Amtsbericht ansehen, nur einmal als Beispiel den letzten Punkt - Kontakte zur Schuldnerberatung. Auf gut deutsch heißt das, wenn jemand finanzielle Probleme hat, nicht mehr ein oder aus weiß, macht er vorbildlicherweise das, er holt sich externe Hilfe. Das GSS stellt sich nun vor, dass die Leute, die Kontakt zur Schuldnerberatung haben möchten, beim GSS anrufen und sie ihnen dann die Telefonnummer der Schuldnerberatung geben. Das kann doch nicht Sinn der Sache sein, man braucht doch nur im Telefonbuch nachsehen und kann dann relativ leicht die Telefonnummer der Schuldnerberatung herausfinden und kann sich dadurch die Kosten von S 2.000,-- ersparen. Das Ganze geht so weiter, überall in diesem Amtsbericht sind die Themen angeführt, die Kernkompetenzen anderer Institutionen in Steyr sind. Sei es das Sozialamt, seien es ortsansässige Ärzte, sei es das Arbeitsmarktservice und eben die Schuldnerberatung. Wir brauchen hier kein GSS, das die gleichen Aufgaben erfüllt wie ein Telefonbuch, wir brauchen hier auch keine Parallel- und Konkurrenzstrukturen zu ortsansässigen etablierten Systemen. Diese 3 Beratungen pro Tag können wir ganz bequem und viel intensiver auf die etablierten Ämter, bei den Ärzten usw. durchführen, ohne denen dort die Wartezimmer anzufüllen.

Abschließend möchte ich noch auf etwas sehr Elementares hinweisen. Gerade in diesem Gremium wird immer wieder Polemik gegen die Bundesregierung gemacht. Viele von ihnen sprechen nur allzu gerne über die ach so unsozialen Methoden der Bundesregierung in der Sozialpolitik. Sie sollten sich jedoch überlegen, wenn sie diesem Antrag zustimmen, stimmen sie einer unnötigen Verteuerung im Sozialsektor zu. Diese Mehrkosten im Sozialsektor müssen dann anders wo eingespart werden. Jeder, der diesem Antrag zustimmt, agiert unsozial ...

Gelächter

GEMEINDERAT STEFAN FRÖHLICH:

... und nimmt sich dadurch in Zukunft selbst die Möglichkeit ernstzunehmende Kritik an der Sozialpolitik der Bundesregierung zu äußern. Denn wer bekanntlich im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

Ich werde diesen Antrag ablehnen und hoffe, dass viele von ihnen ihrem sozialen Gewissen folgen und hier ebenfalls negativ votieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Kollegin Frech. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich werde mich hier herinnen einmal outen, ich bin ein unsozialer Mensch. Ich bin deshalb unsozial, weil ich diesem Antrag sicherlich die Zustimmung geben werde, aber nach den Worten des Kollegen Fröhlich, bin ich dadurch ein unsozialer Mensch geworden. Aber ich oute mich gerne, bezeichnen sie mich ruhig als unsozial. Im Endeffekt, Herr Kollege Fröhlich, tut es mir Leid, dass man sie hier mehr oder weniger ins Feuer schickt. Bei einem Thema, wo von Anfang an klar war, dass traditionellerweise seit Jahren immer seitens ihrer Fraktion das Thema GSS kommt, obwohl es gegenteilige Tätigkeitsberichte gibt, obwohl sie als Fraktion auch eingebunden waren - der GSS ist eine Einrichtung, wo sämtliche Fraktionen auch eingebunden sind, sich informieren können, wenn ihnen etwas unklar ist, und diese Gelegenheit sollten sie dann auch nutzen. Ich schreibe es ihrer Unerfahrenheit und ihrem jugendlichen Heißsporn zu, dass sie sich hier instrumentalisieren lassen und eine Milchmädchenrechnung aufstellen. Aber wie gesagt, es war mir bewusst, dass das sein wird. Wenn sie heute hergehen und sagen - und mir war bewusst, dass sie das tun, darum habe ich es

gleich vorher auch gemacht - im Jahr 2000 haben wir 604 Beratungen, also dividieren wir 2000:604, war mir klar, dass das seitens ihrer Fraktion kommen wird. Na ja, dann kommen wir auf S 1.986,75 pro Beratung und dann kann man natürlich gut sagen, eine Beratung kostet fast S 2.000,-- und das ist ein Wahnsinn und das verteuert den Sozialbereich und das darf uns das nicht wert sein usw. Nur lieber Kollege Fröhlich, sie dürften den Amtsbericht nicht fertig gelesen haben, denn auf der Seite 2 steht ganz genau, was der GSS macht. Und der macht nicht nur 604 Beratungen, weil die Beratungstätigkeit selbst nur ein ganz kleiner Bruchteil von dem ist, was der GSS leistet. Und der GSS ist genau jener Punkt, den sie fordern, lieber Kollege Fröhlich, nämlich dass man eine Effizienz im Sozialbereich hat, dass man eine Vernetzung betreibt, dass man sich koordiniert, dass Doppelgleisigkeiten vermieden werden, indem Personen, die Rat suchen, nicht an bis zu 6 Stellen geschickt werden, sondern gleich an die richtige Stelle kommen. Das reduziert auch die Kosten im Sozialbereich. Würden wir hier herinnen als Gemeinderäte solche Rechnungen aufstellen, lieber Kollege Fröhlich, dann könnte man auch sagen, nehmen wir unsere Gemeinderatsbezüge her. Es gibt hier herinnen möglicherweise Gemeinderäte, die erscheinen nur zu Gemeinderatssitzungen und sind in keinem Ausschuss tätig. Da könnte ich z. B. sagen, der verdient ungefähr S 182.000,-- im Jahr, geht zu 9 Gemeinderatssitzungen, also kriegt er S 20.000,-- für eine Gemeinderatssitzung. Das wäre genauso absurd und lächerlich.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das ist sehr sozial!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das wäre wahrscheinlich sehr sozial. Bitte, das haben wir, das bin nicht ich, sondern das ist ihr Kollege, der nebenan sitzt, der in jeden Gemeinderat kommt ...

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Sie können eh meinen Namen sagen!

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich will sie nicht persönlich attackieren, nur wenn ihre Fraktion schon solche Rechnungen aufstellt, dann müssen sie sich schon gefallen lassen, wenn man so rechnet. Dann wäre das so, dass jemand sagt, für den heutigen Gemeinderat kassiert jemand da herinnen im Endeffekt S 20.000,--, na ja sitzen wir 10 Stunden herinnen, das ist hoch geschätzt, dann ist das ein Stundenlohn von S 2.000,--. Das ist absurd.

Unverständliche Zwischenrufe von StR Roman Eichhübl

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Jeder von uns weiß auch, Herr Kollege Eichhübl, dass das ein Nonsens ist, dass ein Gemeinderat natürlich nicht nur zu einer Gemeinderatssitzung geht, dass er in Ausschüsse geht - und wenn er nicht in Ausschüsse geht, zur Ehrenrettung des Kollegen Fürweger, dann geht er zu Vernissagen, dann geht er zu vielen Eröffnungen, dann setzt er sich mit der politischen Situation auseinander. Aber was sie heute wieder gemacht haben, ist genau dieser eine Punkt, dass sie einfach versuchen, eine Einrichtung, die quer durch alle Fraktionen, mit Ausnahme der ihrigen, Akzeptanz findet, die von allen Sozialvereinen Akzeptanz findet, die ordentlich und ausgezeichnet arbeitet, die im Endeffekt ein Pilotprojekt in Oberösterreich ist, schlecht zu machen. Wissen sie, wer sich das überhaupt nicht verdient hat? Wir herinnen können damit leben, aber jene, die beim GSS beschäftigt

sind, haben sich das nicht verdient.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Kollege Lengauer. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Gäste. Es tut mir eigentlich Leid um die erste Wortmeldung. Wenn sie sich erinnern, bei der Abstimmung um das GSS haben wir uns der Stimme enthalten, weil wir damals gemeint haben, bei der langen Vorbereitungszeit haben wir uns ganz große Ziele gesteckt und die ganz großen Ziele wurden nicht erreicht. Davon sind wir auch heute noch überzeugt. Aber aus diesem „Nichterreichen“ von ganz großen Zielen, die uns einfach als Gemeindebürger und als Gemeindemandatäre erlaubt sind - und ich denke auch notwendig sind - aufgrund eines Nichterreichens solcher Visionen kann ich doch nicht eine Sache dann zu Grunde richten und zu Grunde schimpfen. Wir haben auch immer Bedenken gehabt, und ich denke an das vergangene Jahr, an die Abstimmung um diese Subvention. Da haben wir auch die Zahl der Beratungen gehabt und auch da haben wir gesagt, die Beratungen habe ich bei meinen Senioren in einem Monat. Aber es ist ja nicht die Anzahl der Beratungen, sondern das ist die flächendeckende Sorge um das Sozialgeschehen in unserer Stadt. Wenn wir wissen, dass unser Pilotprojekt nun aber in ganz Oberösterreich nachgemacht, nachgedacht und eingeführt wird, dann finde ich es nicht recht und gut, gerade wenn jugendliche Zuschauer da sind, so ein Sozialprojekt einfach krank zu demonstrieren. Ich meine, wenn wir den Tätigkeitsbericht vom 1. Jänner 2000 bis 31. Dezember 2000 lesen, da steht so viel Wichtiges und Gutes drinnen, dass wir sagen, obwohl wir uns damals der Stimme enthalten haben, die Arbeit die geleistet wird ist gut, aber wir wünschen uns natürlich noch viel mehr. Sie werden staunen, wie wichtig und notwendig das letzte oder gerade in Arbeit befindliche Projekt ist, nämlich die Bearbeitung des Sozialplanes, dass wir hier soziale Gerechtigkeit und sinnvolle Tätigkeiten in unserer Stadt bekommen. Ich denke, das ist eine wesentliche Aufgabe des GSS und bitte daher, der Subvention zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, daher bitte ich die Frau Referentin um ein Schlusswort.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren. Es ist wie der Herr Dir. Lengauer gesagt hat, der Abend ist immer klüger als der Morgen, das haben wir ja schon einige Male gehört, aber es stimmt so. Ich glaube, dass es gerade in der heutigen Zeit notwendiger denn je ist, eine Einrichtung zu haben, weil man kann nur so Äußerungen wie der Kollege Fröhlich fallen lassen, wenn er noch nie die Not kennen gelernt hat, dann kann ich so sprechen. Aber wenn Menschen in Not sind, die sind mit den Nerven fertig, die können sich nicht ein Telefonbuch suchen. Es muss neutrale Anlaufstellen geben, darum wird ja vom Land jetzt das Gesetz eingeführt, damit Menschen sich dorthin bewegen, um Hilfe zu erhalten. Die vor der Delogierung stehen, die gehen auch dorthin und da ist es nicht so, dass ich einen Menschen in einer halben Stunde abfertige, da muss ich mit ihm ein paar Tage gehen. Es scheint zwar nur eine Beratung auf, aber eine Beratung kann eine Woche dauern oder 1 Monat, das sind zwei Paar Schuhe.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Das kann aber auch nur ein Telefonat sein!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, Herr Hoflehner, ich glaube es gibt eben Menschen, die sind noch nie am Boden gesessen und die haben immer vom Vollen geschöpft. Es gibt aber auch Menschen, und man hört es ja auch laufend im Radio, weil man auch die Bundesregierung angesprochen hat, es waren noch nie so viele Menschen an der Armutsgrenze wie jetzt und es haben noch nie so viele Menschen wie jetzt Hilfe gebraucht, das soll man bitte nicht vergessen.

GEMEINDERAT STEFAN FRÖHLICH:

In einer sozialdemokratischen Bundesregierung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Da nicht, da waren noch nicht so viele, das müssen sie sich merken. Wir sitzen hier im Gemeinderat und nicht in der Bundesregierung.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich nicht, dein Kollege der Herr Fröhlich. Einen Satz möchte ich noch dazu sagen. Wenn wir das Thema Bundesregierung anfangen, die kommen auch alle aus reichem Haus, da verliert man leicht den Boden der Realität. Gott sei Dank sind wir alle soweit, dass wir den Boden der Realität beibehalten haben und dass wir solche Einrichtungen brauchen, die den Menschen in Not helfen. Dazu müssen wir stehen, und nicht die Arbeit von denen, die sich freiwillig zur Verfügung stellen um solche Einrichtungen zu tätigen, zu fördern und auf die Beine zu stellen, schlecht machen. Darum muss ich sagen, ist es wichtig, dass die Stadt so eine Einrichtung hat und wir können alle darauf stolz sein, dass wir so eine Anlaufstelle haben. Ich würde den Gemeinderat um die Zustimmung ersuchen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. 27 (SPÖ, ÖVP, GAL, LIF). Gegenprobe. 1 Gegenstimme (FPÖ - GR Fröhlich). Stimmenthaltung? 7 (FPÖ). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem nächsten Antrag geht es um eine Subvention an die Ehegatten Dr. Alois und Maria Riedler für den Waldorfkindergarten. Ich möchte zu diesem Antrag einen Abänderungsantrag einbringen. Es gibt gewisse Unstimmigkeiten und ich möchte aber, dass das Geld heute beschlossen wird, aber erst dann zur Auszahlung gelangt, wenn der Betrieb im September wieder voll in Betrieb geht und die Waldorfpädagogik dort ausgeführt wird. Ich glaube, es gibt zwischen dem Verein und den Eltern, aber auch zwischen den Besitzern gewisse Unstimmigkeiten. Es ist heute, mittags, ein Brief angekommen und dieser Brief wurde jedem Fraktionsvorsitzenden überreicht. Es wird jetzt ein Abänderungsantrag ausgeteilt und ich ersuche dann um Abstimmung. Ich werde diesen Abänderungsantrag zur Vorlesung bringen und ersuche auch um Zustimmung zu diesem Abänderungsantrag.

3) Fin-214/00 Waldorfkindergarten Steyr; Gewährung einer Subvention an die Ehegatten Dr. Alois und Maria Riedler.

Der Abänderungsantrag lautet:

Abänderungsantrag

zum Antrag auf Gewährung einer Subvention an die Ehegatten Dr. Alois und Maria Riedler für den Waldorfkindergarten Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 23. April 2001 wird den Ehegatten Dr. Alois und Maria Riedler eine nicht rückzahlbare Förderung im Gesamtausmaß von S 1.282.000,--, entspricht € 93.166,57, für den Ankauf und die Adaptierung des Gebäudes Puschmannstraße 10 zur Unterbringung des Waldorfkindergartens gewährt. Voraussetzung hierfür ist, dass sich die Ehegatten Riedler verpflichten, den gewährten Betrag in aliquoter Höhe zurückzuzahlen, wenn der zwischen ihnen und dem Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik abgeschlossene Mietvertrag vor Ablauf von 15 Jahren aufgelöst wird. Im Übrigen gelten die im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen.

Die Auszahlung des genannten Betrages ist in drei Raten vorgesehen, wobei im Jahre 2001 ein Betrag von S 400.000,-- vorgesehen ist, und in den Jahren 2002 und 2003 jeweils ein Teilbetrag von S 441.000,-- zur Auszahlung gelangen soll.

Zur Auszahlung des im Jahre 2001 vorgesehenen Subventionsteiles wird bei der VA-Stelle 5/240000/777000 (Kapitale Transferzahlungen an private Organisationen ohne Erwerbscharakter) der Betrag von S 400.000,-- freigegeben.

Die Auszahlung des für das Jahr 2001 vorgesehenen Teilbetrages hat erst im Oktober des heurigen Jahres zu erfolgen, wenn sichergestellt ist, dass der Kindergarten auch für das Kindergartenjahr 2001/2002 zumindest eingruppig unter Beibehaltung der bisher gewährten Zuschüsse der öffentlichen Hand zum laufenden Betrieb fortgeführt wird.

Ich ersuche um Zustimmung bzw. um Diskussion.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zunächst zur Debatte. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Herr Kupfer bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Darf ich mich kurz zur Geschäftsordnung melden?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte sehr, aber zuerst wollte der Herr Kupfer noch reden, dem habe ich schon das Wort erteilt. Höchstens er tritt zurück, wenn sie so etwas Wichtiges haben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja so etwas Wichtiges, ich finde es etwas eigenartig, jetzt in einem laufenden Verfahren, wo alle einbezogen waren, unmittelbar vor der Sitzung den Fraktionsvorsitzenden ein Schreiben zu überreichen und zum anderen, dass jetzt, beim Verhandlungsgegenstand selbst, ein vorbereiteter Abänderungsantrag übergeben wird. Ich bin weder Jurist noch in der Lage, im Moment, diese Unterschiede herauszuarbeiten. Ich würde den Dr. Alphasamer ersuchen, dass er uns die Unterschiede zum bestehenden Antrag herausarbeitet. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Herr Dr. Alphasamer sieht sich in der Lage, das kurz zu interpretieren. Ich bitte ihn darum.

PÄSIDIALLDIREKTOR SR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Geschätztes Präsidium, werte Mitglieder des Gemeinderates, geschätzte Damen und Herren. Der Abänderungsantrag der Ihnen vorliegt ist bereits in seiner schriftlichen Ausgestaltung so formuliert, dass es sehr leicht möglich ist festzustellen, welche Teile den bisherigen Stand entsprechen und welcher Teil neu ist. Es sind also die bisherigen Absätze 1, 2, 3 diejenigen, die dem Originalantrag wörtlich entsprechen und ist der Absatz 4, der kursiv geschrieben ist, neu diesem Antrag hinzugefügt. D. h., der bestehende Antrag wird lediglich um denjenigen Passus ergänzt, dass die Auszahlung des für das Jahr 2001 vorgesehenen Teilbetrages erst im Oktober des heurigen Jahres zu erfolgen hat, wenn sichergestellt ist, dass der Kindergarten auch für das Kindergartenjahr 2001/2002 zumindest eingruppig unter Beibehaltung der bisher gewährten Zuschüsse der öffentlichen Hand zum laufenden Betrieb fortgeführt wird. Das ist also nur die Sicherstellung, dass wir also diese Subventionsbeträge erst zu demjenigen Zeitpunkt zur Auszahlung bringen, wenn sichergestellt ist, dass auch der Kindergartenbetrieb im kommenden Kindergartenjahr entsprechende Fortführung erfährt. Ansonsten bleibt der ursprüngliche Antrag in seiner gesamten inhaltlichen Ausgestaltung unverändert. War das ausreichend?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für diese Interpretation. Am Wort ist der Kollege Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Auch ich habe bis heute Morgen eigentlich geglaubt, dass es kein Problem mit diesem Antrag geben wird. Er war zwar ein bisschen kompliziert formuliert, oder das Prozedere hat sich ein bisschen kompliziert dargestellt, wie das Ganze zustande gekommen ist. Das dürfte für die Juristen nicht ganz einfach gewesen sein, hier eine Lösung herbeizuführen. Ich habe heute Morgen zwei Anrufe von Eltern des Kindergartens bekommen, wo mir ihre Sorgen bezüglich dieser Förderung oder eher ihrer Sorgen über den derzeitigen Zustand des Vereines mitgeteilt worden sind. Wir könnten jetzt eine lange Debatte hier im Gemeinderat unter Umständen führen, über einzelne Teile, die in diesem Brief auch formuliert sind. Wir können das schwer verifizieren was da jetzt stimmt, was da jetzt nicht stimmt. Was sich aber für mich darstellt ist, dass es in dem Verein scheinbar einige Wickel gibt zwischen Vorstand, Vermieter und den Eltern. Es kommt auch noch dazu, dass Vorstand und Vermieter zum Teil in Personalunion fungieren. Es gibt hier einige Probleme, die mit der Pädagogik, mit den Kindergärtnerinnen scheinbar zusammen hängen. Es sind alle Kindergärtnerinnen entlassen worden, die Eltern machen sich Sorgen, dass der Betrieb Anfang September fortgeführt werden kann. Ich denke mir, das sind Sorgen, die auch wir hier ernst nehmen müssen. Es geht doch um eine große Summe an Geld, die wir ausbezahlen, auf der einen Seite, auf der anderen Seite ist es doch eine sehr wichtige Institution für die Erziehung der Kinder. Ich bin mir jetzt auch nicht ganz sicher, was der beste Weg ist. An und für sich würden wir sicher eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Thema brauchen, da gebe ich Ihnen völlig Recht. Auch ich bin überfordert, heute zu sagen wer hat da jetzt Recht, wer hat da nicht Recht. Ich denke mir aber, dass unter Umständen mit dieser Lösung, mit diesem Abänderungsantrag die Möglichkeit ist, dass bis dorthin zu klären. Ich will mich jetzt noch nicht entscheiden, wie ich dazu abstimme. Ich denke mir, da werden wir jetzt auch die Möglichkeit haben, gemeinsam zu diskutieren. Es ist kein Ausschuss wo wir diskutieren können, wir haben jetzt leider nur diese Gemeinderatssitzung zur Verfügung um dieses Thema zu klären. Unter Umständen wäre aber ein Ausschuss für diese Frage viel besser und geeigneter. Auf alle Fälle muss aber von der zuständigen Referentin bzw. von den einzelnen Fraktionen mit dem Vereinsvorstand bzw. mit den Eltern gesprochen werden, damit dieser Streit, wer auch immer die Schuld hat, wer auch immer Auslöser dieses Streits ist, bereinigt wird und dass eine Lösung herauskommt, die für alle Beteiligten zufriedenstellend ist. Nach meinen Informationen, die ich bis jetzt habe, ist das eine

äußerst delikate und schwierige Situation, wo es auch der Fall sein kann, dass sich alle Eltern, und dieser Brief ist von allen Eltern unterzeichnet, von diesem Projekt verabschieden, wenn es so weiter geht wie es derzeit ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Eichhübl. Bitte sehr.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, werte Herren Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Ich gehöre zu jenen Stadtsenatsmitgliedern, die diesem Förderungsbegehren sehr positiv gegenüber gestanden sind und nämlich einen Weiterbetrieb, so habe ich das jedenfalls gesehen, des Kindergartens Waldorf zu gewährleisten. Für mich hat sich die Situation, wie ich annehme auch für die anderen Stadtsenatsmitglieder, so dargestellt, dass offensichtlich der Vereinsvorstand nicht bereit war für die finanzielle Belastung, die für den Ankauf eines Gebäudes gedient hat, den Gutsteher abzugeben und daher die Ehepartner Riedler eingesprungen sind. Jedenfalls nochmals, für mich eine sehr positive Beurteilung dieses Förderungsbegehrens. Nun hat sich was sehr Interessantes ergeben, was ja auch nicht alltäglich ist, dass nämlich zwischen der StS-Sitzung und der GR-Sitzung, eine Woche ist vergangen, die Situation sich offensichtlich völlig geändert hat, aufgrund eines Schreiben von Eltern, wobei eben die Fraktionsvorsitzenden, wie ich gehört habe, informiert wurden. Der Abänderungsantrag ist insofern interessant und von Bedeutung, und da wäre es glaube ich notwendig, im Interesse auch aller anderen GR-Kollegen, eine nähere Aufklärung zu geben, wenn man den letzten Absatz, der für mich ja einige Schlüsselsätze beinhaltet, beurteilt und näher hinterfragt. Da möchte ich gerne eine Antwort haben, warum befürchtet man offensichtlich einen Weiterbetrieb dieses Kindergartens, wenn man schreibt, dass zumindest unter eingruppiger Führung eben eine Gewährleistung im Bezug auf die Fortführung des Kindergartens vom Zuschuss abhängig gemacht wird bzw. dass das eben offensichtlich ein Problem ist. Die genaue Frage lautet also: „Gibt es offensichtlich oder gibt es Probleme personeller Art dort, hat es Kündigungen gegeben oder was auch immer, was ist die Ursache, warum hat man diesen letzten Absatz, wie gesagt, so formuliert, dass man offensichtlich Bedenken über den Weiterbetrieb des Kindergartens hat?“ Das wäre sehr wichtig, vor der Abstimmung in diesem Gemeinderat, einer Aufklärung zuzuführen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, werte Besucher. Der Waldorfkindergarten hat in Steyr schon eine größere Geschichte, eine längere Geschichte, und ist in Teilen der Bevölkerung sehr anerkannt und auch beliebt, obwohl man natürlich vortrefflich diskutieren kann, auch unter Pädagogen wird diskutiert, ob die Waldorfpädagogik hier Sinn macht oder nicht Sinn macht. Aber das ist hier nicht Thema des heutigen Tages, sondern Thema des heutigen Tages ist, unterstützen wir in dieser Form die Waldorfpädagogik und ihre Kindergärten, ja oder nein. Es hat sich in den letzten Jahren eine Besonderheit herausentwickelt, dass sich, seit ich in der Politik tätig bin, die Waldorfkindergartenleute fast immer auf Herbergssuche befunden haben. Sie haben einen relativ kurzfristigen Vertrag in einem Teilobjekt des Schloss Vogelsangbereiches gehabt, dort wo jetzt eine Zahnklinik drinnen ist. Dann haben sie vorübergehend Platz gefunden in einem Gartenhaus in diesem Bereich und waren aber immer auf der Suche und haben auch bei allen Stadtvätern und -müttern angeklopft, ob es nicht irgendwo eine ständige Bleibe oder längerfristige Bleibe für diese Waldorfpädagogik geben würde. Nebenbei sind sie auch immer vorstellig geworden, ob es nicht eine Nachfolgeschulmöglichkeit geben würde, weil das gibt es ja in unserer Region auch

nicht. Das wäre sicherlich auch interessant. Nun hat sich ein Objekt im Stadtteil Münchenholz aufgetan, wobei der Verein zuerst, und wer sich damit beschäftigt hat weiß das und kann das nachvollziehen, wobei der Vereinsvorstand zuerst Feuer und Flamme dafür war und das Objekt als sehr passend gefunden hat, nur über die finanziellen Auswirkungen hat sich niemand vom Vereinsvorstand in der Lage gesehen, irgendeine Hypothek, irgendeine Verantwortung finanzieller Art zu übernehmen. So hat sich eben das Ehepaar Riedler gefunden, unter bestimmten Bedingungen diese verantwortungsvolle Aufgabe zu machen. Für die Stadt ist ein privater Kindergarten in jedem Fall ein Gewinn, weil ein privater Kindergarten, ganz unabhängig von welcher Gebietskörperschaft oder welchem Verein er kommt, sich wesentlich billiger gestalten kann, als unsere städtischen Kindergärten. D. h., auch auf dieser Seite her sollte man das sehr unterstützen. Bis zum heutigen Tag dachte ich, dass es hier zu keinen Problemen kommt, weil im Vorfeld das sehr genau abgeklopft worden ist. Es ist mit dem Land gesprochen worden, es sind die Juristen beigezogen worden, es sind Steuerberater beigezogen worden und ich dachte, dass auch hier politischer Konsens herrscht. Wie es so in Vereinen eben manchmal vorkommt, ist man sich über eine personelle Struktur manchmal nicht einig und es kommt zu Kündigungen oder zu Änderungen im Vorstand. Das ist eben der Fluss der Dinge, das erleben wir auch in anderen Bereichen und das sollte man prinzipiell nicht überdramatisieren. Aber was mich ein bisschen komisch bzw. sauer aufstößt ist das, dass wir jetzt, unmittelbar vor der Sitzung einen Brief bekommen, auch wenn diese Sitzung zwei oder drei Tage zuvor liegt, wenn das denen so wichtig wäre, dann wäre es doch nett gewesen, wenn zumindest telefonisch oder telegrafisch oder per E-Mail oder per Fax die Fraktionsvorsitzenden wenigstens zwei Tage vorher damit konfrontiert worden wären, das hätte ich für gescheiter gefunden, und wenn das im Amt seit Vormittag bekannt ist, wäre es auch gescheit gewesen, im Sinne einer Zusammenarbeit, die so immer hervorgezaubert wird und wir sind für breite Zusammenarbeit, dass wenigstens vor der Sitzung oder vormittags, wir waren ja alle im Rathaus, gesagt worden wäre, da haben wir ein Problem, setzen wir uns zusammen, machen wir das oder machen wir das nicht. So wird während der Sitzung ein Abänderungsantrag eingebracht, der am ersten Anblick gleich aussieht, nur im letzten Teilbereich etwas geändert ist. Soweit aus meinem Überblick hinaus wird es den Waldorfkindergarten nicht dramatisch treffen. Ich halte das eher für eine Alibiaktion und nicht wirklich entscheidend, ob man jetzt dem Abänderungsantrag oder dem Hauptantrag zustimmt oder beides zusammen. Ich denke, wichtig ist, dass dieser Kindergarten erhalten wird. Ich danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächste ist die Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Wer sich den Akt bezüglich der Subventionierung des Waldorfkindergartens angesehen hat, der wird gesehen haben, dass das Thema Unstimmigkeiten im Verein ja nicht eines ist das seit 10. 5., nämlich seit heute, existiert, sondern bereits öfters. Man hat sich auch genau, seitens des Amtes, damit beschäftigt, es hat sich halt dazwischen, das gibt es in Vereinen durchaus des Öfteren, der Vorstand gewechselt, na ja, wenn es zum Vorstandswechsel kommt, gibt es mitunter dann auch Unstimmigkeiten bei denen, die dann ausscheiden usw. D. h., das war sehr wohl dem Amt bekannt, trotzdem hat es positive Stellungnahmen gegeben, es gibt dazu auch einen sehr umfangreichen Schriftverkehr. Man hat auch seitens des Amtes sehr genau geprüft, wer ist jetzt tatsächlich im Vorstand, weil das ja auch Haftungsfragen bedingt usw. D. h., meines Erachtens und wie ich mir gestern den Akt angeschaut habe, ist das eigentlich eine sehr klare Angelegenheit, wie hier zu entscheiden ist.

Was mir nicht gefällt, und ich möchte mich jetzt nicht zum Schiedsrichter in einem Verein machen, wer hat jetzt Recht und wer nicht, weil ich glaube, dass der Verein sehr gut beraten wäre, das innerhalb des Vereines auszumachen und dass nicht wir Politiker da jetzt eine Entscheidung treffen sollten. Ich glaube, dieses Recht steht uns auch gar nicht zu. Was mir jetzt allerdings schon ein bisschen sonderbar erscheint, da möchte ich an meinen Vorredner anschließen, ich halte wenig

davon, zu Beginn einer Sitzung ein Schreiben über zwei Seiten zu bekommen, ohne dass ich mir das vorher wirklich durchlesen kann, ohne dass ich auch mit den Betroffenen reden kann, weil ich glaube auch, dass das Gespräch sehr wichtig ist, weil man manche Dinge nicht unbedingt auf Papier bringen kann. Was mich schon erstaunt ist, dass es einen fix und fertigen Abänderungsantrag gibt, zu einem Zeitpunkt, wo ich dieses Schreiben noch gar nicht habe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schnellschalter sind da unterwegs!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wenn sie aber so Schnellschalter sind Herr Bürgermeister, dann frage ich mich aber, warum man nicht so schnell geschaltet hat und auch die Frau Riedler zu diesem Thema befragt hat, weil das ist meines Erachtens nicht passiert.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Die war ja eh da.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Jetzt erst, aber da war dieser Abänderungsantrag, gehe ich davon aus, schon fertig, weil bis vor 14.00 Uhr hat man mit ihr nicht gesprochen. Ich denke mir, das wäre schon eine Verpflichtung, dass man sich vorher beide Seiten einmal anhört. Das ist eine ganz neutrale Aussage, dass man sich beide Seiten anhört.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Kollegin Frech, wenn es ihnen vielleicht hilft, mir hat die Kollegin Mach gerade gesagt, dass sie um 13.15 Uhr diesen Brief erhalten haben. Wenn wir um 13:30 Uhr Fraktionssitzung haben und sicherstellen wollen, dass wir zum einen diese Einrichtung erhalten und zum anderen aber nicht riskieren wollen, dass wir hier S 400.000,-- auszahlen wenn es das Ding dann nicht gibt, und da haben wir uns überlegt, was man in der Kürze der Zeit tun soll. Genau das ist dieser Abänderungsantrag, den wir in unserer Fraktionssitzung noch formuliert haben. Ich weiß nicht, wann sie den Brief bekommen haben, angeblich haben ihn ja alle Fraktionen bekommen, hätte jeder auch einen Abänderungsantrag machen können.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Um fünf Minuten nach 2 Uhr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Um fünf nach 2, wenn um 14.00 Uhr die Sitzung beginnt. Den kann ich mündlich machen Herr Bürgermeister, aber schriftlich wohl nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nur dass sie es wissen, nur weil wir uns Gedanken gemacht haben, möchten wir uns da nicht kränken lassen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Es ehrt sie, Herr Bürgermeister, wenn sie sich Gedanken gemacht haben, nur ich würde sie auch eines ersuchen, jetzt unabhängig von dieser Angelegenheit, eines mitzubedenken, das könnte natürlich auch etwas sein, was in Zukunft möglicherweise Schule macht, dass wir einfach kurz vor einer Sitzung, aufgrund eines Schreibens, plötzlich einen Abänderungsantrag machen. Ich meine im konkreten Fall, ich bin mir jetzt nicht sicher, die Frau Riedler ist jetzt leider nicht da, mich würde z. B. interessieren, bringt dieser Abänderungsantrag Nachteile für den Betrieb des Kindergartens und Nachteile für den Vorstand des Vereins. Das ist mir jetzt leider nicht möglich, aber das wüsste ich z. B. gerne. Aber das wird die Frau Vizebürgermeisterin sicherlich beantworten können, nachdem sie ja zuerst, wie sie gerade gesagt haben, Herr Bürgermeister, mit der Frau Riedler gesprochen hat. Das würde mich wirklich interessieren, wie die Betroffenen das auch sehen, damit man auch beide Seiten abwägen kann. Im Übrigen muss ich sagen, ich finde es wirklich sehr schade, dass man letztlich, ich will nicht sagen wer es ist, das weiß ich auch nicht, ich bin mit dem Verein überhaupt nicht irgendwie involviert, aber ich finde es wirklich schade, dass man damit eigentlich der Waldorfpädagogik sicherlich nicht nützt, wenn dann etwas so abläuft, wie es jetzt bei dieser Sitzung abläuft. Also, es wäre sicher gescheiter gewesen, vorher vielleicht irgendwo einen Konsens im Verein zu finden, weil dem Image des Waldorfkindergartens ist so etwas sicherlich nicht besonders nützlich und auch nicht im Sinne der Kinder, die in dem Schreiben zitiert sind.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Offensichtlich wünscht die Frau Kollegin Frech, dass ich noch sage, was ich dazu noch weiß. Wenn das so ist, könnte ich das in ein paar kurzen Sätzen machen. Ich darf den Vorsitz kurz an sie abtreten Herr Dr. Pfeil, und mich zu Wort melden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Gut, ich übernehme den Vorsitz und gebe dem Herrn Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich möchte eigentlich nur sagen, dass am 28. 4. die Eröffnung des Waldorfkindergartens stattgefunden hat und dass ich eingeladen war und dort war. Da hat sowohl eine Frau Abgeordnete Pühringer, vom OÖ Landtag, die Grüße des Herrn LH überbracht und auch die Zusagen betreffs der Finanzierungsanteile des Landes und ich habe es also auch gelobt und habe mich mit den Herrschaften, die dort waren, gefreut, es war ein nettes Programm, dass wir also auch in diesem Bereich die Dinge wieder im Lot haben. Das war ja sozusagen ein paar Jahre nicht so selbstverständlich. Wir haben eigentlich spontan gesagt wir unterstützen das mit einem Drittel und werden ihnen behilflich sein, dass das zustande kommt. Es war keine Spur von irgendwelchen Problemen, die bestünden, bemerkbar. Es waren alle Herrschaften da, jedenfalls vom Vorstand, und die Kindergärtnerinnen und Kinder und Gäste und Eltern. Es war alles sehr nett. So, das ist ja jetzt gerade 14 Tage aus, nicht einmal noch, und jetzt habe ich zu meiner Überraschung, jetzt gerade bei der Fraktionssitzung, eine halbe Stunde vor unserer Sitzung, erfahren, dass hier diese Schwierigkeiten auftreten, dass es da offensichtlich Auseinandersetzungen gibt. Wie sollen wir in der kurzen Zeit darauf reagieren? Aber von uns darf doch erwartet werden, dass wir nicht immer monatelang für alles brauchen. Uns wird ja eh immer vorgeworfen, wir brauchen so lange, wir arbeiten so bürokratisch und ich weiß es nicht. Jetzt haben wir uns mit der Materie mehrere Jahre beschäftigt. Die Herbergssuche war uns bekannt. Also x-mal war die Frau Percony bei mir, und ich habe sogar die Damen auch ein bisschen beraten und diese Sache mit der Puschmannstraße und dem freigewordenen Kindergartengebäude, wie wir übersiedelt sind, das ist auch alles ein Zufall, was da zustande gekommen ist, und sie haben es dann erworben, Dank eines sehr engagierten Einsatzes der Familie Riedler, das muss man schon sagen, weil so selbstverständlich ist das nicht. Das muss man bei dieser Gelegenheit sagen und ich bin auch dankbar, dass die Herrschaften bereit waren, das zu tun. Wir haben natürlich eine etwas fantasievolle Konstruktion darstellen müssen, um überhaupt so etwas fördern zu können. Der Herr Dr. Schmoll erinnert sich, dass er da manches Mal intensiv

befasst war, auch Beratung gemacht hat, dass hier auch mit den Juristen des Landes Kontakte stattgefunden haben und dass wir eben dann diese Konstruktion zustande gebracht haben, die auch vom Land akzeptiert ist. Dann haben wir die Förderung in Aussicht genommen und im Stadtsenat beschlossen. In der Zwischenzeit ist der Kindergarten in Betrieb und jetzt gibt es dort einen Streit. Dieser Streit passiert wahrscheinlich irgendwo jeden Tag und es muss sich der Vorstand dort klar werden, meiner Meinung nach, wie das Ding weiter geht. Wir wollen jedenfalls nicht, ich möchte nicht als Stadt in einer so schwierigen Phase zur Beendigung dieses Projektes beitragen, indem ich mich in die Staude setze und sage, ja, wenn sich die nicht einig sind und die ein Problem haben, dann machen wir das auch nicht. Vielleicht schließt sich dann das Land noch an und dann ist der Kindergarten gestorben. Daher haben wir gesagt, wie können wir das eine, nämlich die Fortsetzung des Projektes sicherstellen, jedenfalls aus der Sicht der Stadt und wie können wir 2. das Risiko wegbringen, dass wir in ein nichtvorhandenes Projekt S 400.000,-- bezahlen. Genau das beinhaltet dieser Abänderungsantrag, den wir in der Kürze der Zeit formuliert haben und der hier zur Debatte steht. Die Frau Riedler ist zufällig vor der GR-Sitzung hier gestanden, bevor wir unsere Sitzung begonnen haben, hat mir ihre Verzweiflung zum Ausdruck gebracht, dass es halt Schwierigkeiten gibt und wenn hier die Stadt ihre Förderungszusage zurückzieht, dann sieht sie das gesamte Projekt als gefährdet. Ich habe der Frau Riedler gesagt, wir werden aller Wahrscheinlichkeit nach zu unserer Förderungszusage stehen, werden allerdings eine Präambel anfügen, in der das drinnen steht was eben drinnen steht, dass wir das im Oktober erst bezahlen wollen, weil wir sichergehen wollen, dass das Projekt auch tatsächlich stattfindet. Das hat sie zur Kenntnis genommen und ist erleichtert von dannen gezogen. Und jetzt führen wir da die Debatte. Das ist das, was ich dazu sagen kann und was ich dazu weiß.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Bevor ich den Vorsitz wieder abgebe, erlauben sie mir noch eine Bemerkung. Die einzige Frage die meines Erachtens jetzt noch offen ist, warum haben die anderen Fraktionen auch nicht rechtzeitig, um 13.15 Uhr, dieses Schreiben bekommen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wir haben es um 12.11 Uhr bekommen, glaube ich.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe es hier von einer Beamtin oder einem Beamten um 14.05 Uhr bekommen. Die zweite Frage ist, warum, wenn schon die Frau Riedler da ist, wenn man einen Abänderungsantrag macht, da hätte ich gerne gewusst, ist sie damit einverstanden, ja oder nein. Zweitens, kann dieses Projekt weitergeführt werden, ja oder nein. Das hätte ich gerne von ihr selbst, wenn sie schon da ist, gewusst.

Ich gebe den Vorsitz wieder zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz wieder und kann nur sagen, mit mir hat sie halt geredet und ich habe ihr das gesagt, was ich euch berichtet habe und sie hat gesagt, für sie ist das in Ordnung und bedankt sich, sie ist erleichtert. Also, die wollen das Projekt sicher weiter machen und sie haben Schwierigkeiten. Sie sagt natürlich auch, es ist halt zu Auseinandersetzungen gekommen. Sie ist ja auch nicht vielleicht ganz genau im Detail informiert, hat halt erfahren, dass diese Briefe geschrieben wurden, wie sich halt so etwas abspielt. Da stecken ein paar Leute den Kopf zusammen und dann wird halt eine Aktion gestartet. Aber ich glaube, meine Damen und Herren des Gemeinderates, dass wir schlecht beraten wären, würden wir bei der Förderung von solchen Projekten nur auf Zurufe reagieren. Wenn, dann müssen wir schon auf die Zurufe von den verantwortlichen

Vorstandsmitgliedern reagieren. Man muss sich das andere auch anhören, was man hört, aber in Wirklichkeit trägt die Verantwortung der gewählte Vorstand. Auch vor dem Gericht, wenn es irgendwelche Schwierigkeiten gibt, und auch uns gegenüber als Förderungsnehmer, weil die müssen das nämlich zurück zahlen, wenn das nicht funktioniert. So sieht das aus, aber momentan liegt ja, glaube ich, ein Antrag vor, der in der Form des Abänderungsantrages, jedenfalls aus meiner Sicht, zustimmungsfähig ist und sowohl das eine als auch das andere, also wirklich den letzten Stand der Debatte sozusagen berücksichtigt.

Die Debatte wird fortgesetzt. Der Herr StR Mayrhofer ist am Wort.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auch wir waren natürlich überrascht, wie wir dieses Schreiben erhalten haben. Auseinandergesetzt haben wir uns natürlich mit dem vorliegenden Antrag und wenn man sich aber jetzt dieses Schreiben hier anschaut, dann möchte ich wirklich bei den Worten vom Herrn Bürgermeister bleiben, so kann es ja auch nicht sein, dass wir auf Zuruf reagieren. Dem stimme ich also vollinhaltlich zu. Das Problem, wenn ich mir das so ansehe, ist das, dass die nicht einmal sagen, welche Funktion sie im Verein überhaupt haben oder ob sie überhaupt beim Verein dabei sind. Sie sind Eltern von Kindern, die in diesem Waldorfkindergarten untergebracht sind. Dass sie sich natürlich um die Geschicke ihrer Kinder kümmern und wie läuft es dort ab, ist legitim und richtig. Trotzdem muss man einmal eines sagen. Es gibt einen Verein, der Verein hat für die ordnungsgemäße Führung dieses Betriebes zu sorgen. Dass es in einem Verein Unstimmigkeiten geben kann ist klar, aber diese Unstimmigkeiten waren auch nicht bei einer Vereinssitzung. D. h., ich interpretiere jetzt, weil ich die genaue Information wirklich nicht habe, aber es sieht so aus wie wenn es hier einen Verein gibt und dann gibt es auch Eltern, die nicht im Verein drinnen sind. Das ist auch der Fall.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Kurt Apfelthaler

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Dann haben sie vielleicht mehr Informationen, aber nicht von allen Kindern, die dort in den Kindergarten gehen, sind die Eltern tatsächlich beim Verein. Wenn ich mit der Vereinsführung oder so mit dem was im Verein passiert nicht einverstanden bin, dann habe ich die Möglichkeit mit anderen Vereinsmitgliedern gemeinsam eine außerordentliche Jahreshauptversammlung einzuberufen. Ich habe keine Information, dass das passiert ist. Es scheint eher so zu sein, dass sich der Verein mit einer Angestellten nicht mehr einer Meinung sieht oder der Meinung ist, dass diese Angestellte ihre Arbeit nicht so macht, ganz egal wie, auf jeden Fall ist eine Kündigung ausgesprochen worden und dass daraufhin diese Person einen Elternabend einberufen hat. Es geht in diesem Schreiben nicht hervor, wie viele an diesem Elternabend teilgenommen haben. Es ist auch nicht richtig, Herr Kupfer, dass diese Eltern alle unterschrieben haben, außer diese zwei, die unterschrieben haben, waren alle die, die bei diesem Elternabend teilgenommen haben. D. h., für mich ist jetzt eines entscheidend: „Kann der Stadt ein Schaden entstehen? Sind unsere Vorstellungen, die wir eigentlich mit dieser Subvention erfüllen wollten gewährleistet, ja oder nein?“ Dann muss ich sagen, dann ist der Zusatz sehr richtig und wichtig, weil er nicht nur bedingt dass der Vertrag mit dem Verein aufrecht zu bleiben hat, weil das kann auch theoretisch, wenn er nicht in Betrieb ist, trotzdem aufrecht erhalten sein, sondern er definiert das noch genauer und sagt, es muss wenigstens der Betrieb eingruppig erhalten bleiben. D. h., wenn das erfüllt wird, sehe ich keinen Grund warum wir die Subvention nicht geben sollten und die Streitereien innerhalb sollen sie sich bitte wirklich selbst ausmachen. Aber ich glaube nicht, dass man da wirklich soviel Raum hier in einer Gemeinderatssitzung damit aufbringen soll und würde vorschlagen, dass man dem Zusatzantrag in Ergänzung die Zustimmung gibt.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich war genauso überrascht wie alle anderen Fraktionen, um 13.35 Uhr war ich überrascht, andere vielleicht um 14.05 Uhr und die anderen um 12.13 Uhr. Wenn der Brief am 10. Mai geschrieben worden ist und weggeschickt wurde, dann ist das relativ kurz gewesen. Ich möchte hier wirklich besonders betonen, dass die zuständige Referentin, die Frau Vizebürgermeisterin Mach, hier sehr richtig und schnell gehandelt hat und hat mit Herrn Dr. Schmoll eine Sicherheitsmaßnahme eingeleitet, dass möglicherweise, aufgrund von Unstimmigkeiten, die für uns ja überhaupt nicht nachvollziehbar sind, weil ja das sehr kurzfristig ist, hier für die Stadt nicht eine Fehlinvestition oder eine Subvention gegeben wird, die dann nicht zweckmäßig gewesen wäre. Ich glaube, dass das sehr richtig war und möchte das so sagen, wie man es macht, macht man es eigentlich falsch. Hätte die Kollegin Mach nicht diesen Schritt gesetzt und gesagt, bauen wir hier eine Sicherheitsmaßnahme für die Stadt ein, dann hätten wir vielleicht, wenn sich das anders entwickelt hätte, oder es hätte heute wer den Brief bekommen, hätte gesagt, wieso haben sie nicht reagiert Frau Vizebürgermeisterin, sie kommen ihrer Aufgabe nicht nach. Jetzt ist sie ihrer Aufgabe nachgekommen, und macht das da ausgezeichnet, jetzt sagen wir, wieso eigentlich in dieser Form. Ich möchte mich auch, aufgrund des Schreibens das wir kurzfristig bekommen haben, und auch im Namen meiner Fraktion, auf keine Seite stellen, weil es nicht überprüfbar und nachvollziehbar ist und auch nicht unbedingt unsere Aufgabe ist, hier in den Verein hineinzu regieren oder hineinzuschnüffeln ob dort vielleicht Unstimmigkeiten sind oder nicht. Unsere Aufgabe als Stadt ist es, zu schauen, ob die Subventionen, die wir gewährleisten und beschließen, auch dem Zweck dienen und nicht zweckentfremdet verwendet werden. Mit dem Abänderungsantrag machen wir ja in Wirklichkeit gar nichts anderes, als dass wir die Subvention bis in den Oktober hinauszögern, damit gewährleistet ist, und auch für uns gewährleistet ist, dass der Kindergartenbetrieb 2001/2002 auch sichergestellt ist. Das ist für uns legitim und ich verstehe auch nicht die Aufregung und die Debatte in diese Richtung. Für uns ist das eine reine Vorsichtsmaßnahme und es muss der Verein selbst schauen, wie sie zurande kommen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Der Mag. Lemmerer freut sich!

STADTRAT GERHARD BREMM:

Der Lemmerer freut sich, weil er die S 400.000,-- auf seinem Guthaben noch verzinsen kann. Also, es gibt hier nur positive Seiten. Ich ersuche auch, diesem Abänderungsantrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Frau Kollegin Reznar bitte.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wir beide haben im Waldorfkindergarten einen netten Nachmittag verbracht. Es war gemütlich, es war freundlich, es war dort eine absolut gute Stimmung bemerkbar. Es waren Eltern, Kindergärtnerinnen da, es waren Darbietungen und absolut keine Anzeichen von irgendwelchen Differenzen zu sehen. Wenn ich jetzt da in unserem Amtsbericht lese: „Die vorgelegten Rechnungen wurden überprüft und als förderungswürdig anerkannt“, dann ziehen sich die das ja nicht aus der Nase. Ich frage mich nur

jetzt, wo liegt jetzt des Pudels Kern? Warum soll dieser Betrieb wirklich scheitern und im September nicht fortgeführt werden? Das kann ich mir einfach nicht vorstellen, bei dieser Eintracht, die dort geherrscht hat, bei diesen Darbietungen. Ich sehe absolut nicht ein, dass wir im Gemeinderat Streitereien austragen sollen. Die sollen sich das um Gottes Willen untereinander ausmachen. Es ist absolut nicht Sache des Gemeinderates und ich denke mir, eine Förderung ist ganz, ganz wichtig für so eine Einrichtung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Kollege Hauser.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, meine sehr geehrten Gäste. Wenn man die letzten Worte ernst nehmen soll, welche die Frau Kollegin Reznar gesagt hat, dann wäre es gescheit, wenn man bei der Sache bleiben würde. Weil wenn man sich nicht ständig rundherum bewegen würde was denn da alles sein könnte und was nicht, sondern wenn man es einfach ernst nehmen würde, dass es auf der einen Seite den Amtsbericht gibt und auf der anderen Seite gewisse Sorgen, die Eltern ja berechtigterweise oder unberechtigterweise geäußert haben, aber damit wir sozusagen auf der anderen Seite eine Möglichkeit haben eine Sicherheit für den Gemeinderat zu schaffen, einfach ganz still und leise diesen Abänderungsantrag zur Kenntnis genommen hätten, dann wären wir schon längst fertig. Da steht nämlich nichts anderes drinnen, als dass wir uns eine Sicherheitsklausel einbauen, dass wir es erst im Oktober auszahlen, wenn die Sachen klar sind. Das ist mir schon klar, dass nicht wir diejenigen sein werden, die den Streit dort austragen. Aber bitte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns auf das konzentrieren würden was auf dem Papier steht und den Abänderungsantrag einfach als das nehmen, was uns sonst immer vorgehalten wird, dass wir es zuwenig tun, nämlich Sicherheiten einzubauen, dann wären wir schon längst fertig. Wenn wir diese Sicherheit nicht einbauen würden und es würde im Herbst diesen Waldorfkindergarten womöglich nicht geben und wir hätten schon längst ausbezahlt, dann würden wir wieder alle in der Zeitung stehen, dass wir uns nicht richtig darum gekümmert haben. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Die Frau Referentin wird um ihr Schlusswort gebeten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte eigentlich nur mehr ein ganz kurzes Schlusswort halten. Die Vorgangsweise war so, mir haben um 13.15 Uhr Eltern diesen Brief überbracht und haben mich ersucht ihn durchzulesen. Der Herr Dr. Schmoll hat mich kurz vorher informiert, er hat es erfahren gehabt. Es ist so, dass die Kindergartenleitung gekündigt worden ist, welche die Waldorfausbildung hat. Der zweiten Kindergärtnerin, die auch die Waldorfausbildung hat, wurde der Vertrag nicht verlängert. Die dritte Kindergärtnerin ist eine Hilfskraft, die hat keine Waldorfausbildung. Jetzt haben die Eltern die Angst, die Eltern schicken ja die Kinder in den Waldorfkindergarten, damit die Kinder die pädagogische Waldorfausbildung bekommen, dass sie jetzt nicht so schnell eine Kindergärtnerin mit dieser Ausbildung haben und dadurch fürchten sie, dass der Kindergarten im neuen Jahr nicht in Betrieb gehen kann. Sollte das der Fall sein, würden sie die Kinder noch im Mai aus dem Kindergarten herausnehmen. So war die Antwort. Aufgrund dessen habe ich Herrn Dr. Schmoll angerufen und habe gesagt, machen wir eine Sicherheitsklausel rein. Normal ist ein Verein autonom und es steht uns auch nicht zu, dass wir uns ins Vereinsgeschehen einmischen. Die Familie Riedler bekommt ja das Geld trotzdem, nur wird geschaut, dass der Betrieb mit dementsprechender

Ausbildung im September wieder aufgenommen werden kann. Das war eigentlich der Abänderungsantrag. Mehr ist das nicht. Es ist nur eine Sicherstellung, damit wir in Steyr weiterhin einen Waldorfkindergarten haben. Ich muss auch sagen, ich persönlich habe mich auch um Räumlichkeiten bemüht und war genauso mit darunter und ich schätze alle Kindergärten gleich, ich würde keinen schlecht oder ins negative Licht stellen. Ich würde die anderen auch ersuchen, das nicht zu tun.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse über den Antrag in der Form des Abänderungsantrages abstimmen. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung. Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen worden. Wir haben uns gegenseitig überzeugt. Das war toll. Danke, nächster Antrag bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem nächsten Antrag geht es um den Jahresabschluss 2000 für das Alten- und Pflegeheim Tabor. Es ist uns ja die Rohbilanz am 6. April vom Herrn Mühleder von der Donauberatung präsentiert worden. Wir haben das diskutiert und durchgenommen und es ist von jedem Mitglied des Verwaltungsausschusses zur Kenntnis genommen worden. Es ist uns ja dann ein ausführlicher Lagebericht zugegangen für das Geschäftsjahr 2000. Der Antrag lautet:

4) Fin-60/01 Alten- und Pflegeheim Steyr; Jahresabschluss 2000.

Antrag des Verwaltungsausschusses des APT an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Jahresabschluss 2000 des Alten- und Pflegeheimes Tabor wird in der vorliegenden Form genehmigt. (Beilage)

Ich ersuche um Zustimmung bzw. Genehmigung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für den Bericht und den Antrag. Er steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Keine Wortmeldung? Schlusswort?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte mich nur bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Alten- und Pflegeheimes ganz herzlich bedanken, sie leisten sehr gute Arbeit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist sehr löblich, wir schließen uns als Gemeinderat den Dankesworten an, nehme ich an. Wir kommen zur Abstimmung. Wer den Jahresabschluss 2000 im APT zur Kenntnis nimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke der Kollegin Mach. Nächster Berichterstatter ist Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil. Bitte sehr.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es gibt heute in meinem Antrag über die gebührenpflichtigen Kurzparkzonen einen 3. Nachtrag zum Vertrag, den wir am 15. 1. 1996 beschlossen haben. Im Wesentlichen geht es darum, dass wir nach den zwei Änderungen im Jahr 1998 und 1999 wo einerseits die gebührenpflichtige Mittagszeit damals nicht mehr gebührenfrei gestellt worden ist und zweitens, dass im Jahr 1999 die Gebührenpflicht ausgeweitet worden ist. Es sind nun jetzt folgende Änderungen zu versehen. Im 1. sind durch die Baumaßnahmen im Bereich City-Point und durch die Baumaßnahmen im Bereich Wieserfeld, werden einige, sehr viele auch, Kurzparkzonen in den beiden Bereichen wegfallen, daher ist auch die notwendige Überwachung, seitens des Überwachungsdienstes, in diesem Ausmaß nicht mehr erforderlich. Man muss auch dazu sagen, dass auch die Stadt nicht nur jetzt um eine Person weniger bezahlen muss, soll oder darf, sondern dass sie auch dadurch weniger kassieren wird. Alleine im Bereich Schwechater Hof fehlen uns 40 Parkplätze. Aber zum anderen übernimmt auch der Österr. Wachdienst Aufgaben, die er bis jetzt noch nicht übernommen hat, wie z. B. Absaugung des Quickmoduls. Die werden jetzt vom Wachdienst übernommen und auch verrechnet. D. h., auch in Richtung Logistik geht mehr das Vertrauen in Richtung Wachdienst und Übernahmen zur Organisation. Ich ersuche sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass sie diesem Antrag zustimmen. Es sind im Vorfeld Fragen aufgetaucht, ja muss man das denn immer mit dieser einen Firma machen? Natürlich nicht, das muss man nicht immer. Man kann das, wenn es gewünscht wird, der StS kann ohne weiteres eine Kündigung aussprechen, ich sage das vorneweg, bevor eine Debatte entsteht oder entstehen sollte und zum 31. 12. jedes Jahr können wir mit einer Jahresfrist kündigen, können wir das neu ausschreiben. Wenn wir das wollen, muss man es sagen. Derzeit sind wir mit dieser Firma sehr gut gefahren. Danke sehr.

5) VerkR-5629/92 Österr. Wachdienst Chwoyka & Co KG; Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen, 3. Nachtrag zum Vertrag vom 15. 1. 1996.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 23. April 2001 wird dem Abschluss eines 3. Nachtrages zum Vertrag vom 15. 1. 1996 mit dem Österreichischen Wachdienst Chwoyka & Co KG, 4600 Wels, Eisenhowerstraße 20, über die Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen im Gebiet der Stadt Steyr entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke Herr Dr. Pfeil. Nächster Berichterstatter ist Herr StR Bremm. Bitte sehr.

BE: STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr verehrte Gäste, in meinem ersten Antrag geht es um eine außerordentliche Subvention für den Polizeisportverein, für den Neubau des Klubhauses für Tennis und Bahnengolf. Es sind hier S 375.000,- heute zur Beschlussfassung vorgesehen. Ich ersuche den Gemeinderat dieser Subvention zuzustimmen.

6) Fin-125/00 Polizei-Sport-Vereinigung Steyr; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention für den Neubau eines Klubhauses für die Sektion Tennis und Bahnengolf.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 13. März 2001 wird der Polizei-Sport-Vereinigung Steyr für den Neubau eines Klubhauses für die Sektion Tennis und Bahngolf eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention von ATS 375.000,-- gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von **ATS 375.000,--** (iW dreihundertfünfundsiebzigtausend) werden bei der VSt. 1/269000/777000 freigegeben.

Die Auszahlung des oa. Betrages erfolgt erst nach Einreichung der Förderungserklärung bzw. des Verwendungsnachweises samt Originalrechnungen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Sind alle einverstanden? Wenn ja, aufzeigen. Danke. Ist jemand dagegen? Niemand. Stimmenthaltung? Auch nicht, somit ist der Antrag einstimmig beschlossen.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Im zweiten Antrag geht es um die Fahrstraßenanhebung auf der Mülldeponie. Es ist hier aufgrund des Füllgrades notwendig, die Fahrstraße anzuheben. Es ist hier ein Betrag im Ausmaß von S 1.704.000,-- notwendig und ich ersuche den Gemeinderat auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

7) Umw-19/98 Mülldeponie der Stadt Steyr; Fahrstraßenanhebung; BA 03; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des RHV Steyr und Umgebung im Auftrag der Stadt Steyr vom 26. März 2001 wird der Auftragsvergabe an die Fa. Alpine Bau GesmbH Taufkirchen/Pram zur Anhebung von Gasbrunnen, zum Preis von S 1.703.893,-- (2 % Skonto berücksichtigt) zuzüglich 20 % USt. zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel sind bei der VSt. 5/8521/050000 für das Jahr 2001 vorgesehen.

Zum genannten Zweck werden die Mittel im Ausmaß von S 1.704.000,-- bei der VSt. 5/8521/006000 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 1.704.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Ich sehe keine Wortmeldung. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke dem Kollegen Bremm. Nächster Berichterstatter ist Herr StR Eichhübl.

BE: STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, werte Herren Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe ihnen heute einen Antrag zur Beschlussfassung vorzutragen. Er betrifft eine Preisanpassung im städt. Verkehrsbetrieb, wobei also die Formulierung und der Ausdruck Preisanpassung durchaus treffend und passend ist, dieses Mal, ohne in den Verdacht zu geraten, dass man Verschleierungstaktik im Zusammenhang von Tarifierhebungen genereller Art betreibt. Die Änderung wird deswegen ab 1. August notwendig sein, weil ab 1. August auch der OÖ. Verkehrsverbund die Umstellung auf das neue Abfertigungssystem auf allen Linien ein- und durchführt und vor allen Dingen auch ab 1. August die neuen Tarifbestimmungen des OÖ. Verkehrsverbundes in Kraft treten und das neue Berechnungsmodell Anwendung finden wird. Es hat bisher eine Zonenberechnung gegeben die in Wabenberechnung umgestellt wird. Das hat aber auch nicht nur einen Nachteil, dass geringfügige Preiskorrekturen notwendig sind, sondern dass auch für unsere Fahrgäste Verbesserungen eingeführt werden wie z. B. im Amtsbericht wird darauf hingewiesen, dass die Freifahrt für Kinder bis zum Ende des 6. Lebensjahres ausgedehnt wird, Seniorenermäßigung für Einzelfahrscheine usw. Per 1. August, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wird das neue Fahrkartenabfertigungssystem in allen unseren Bussen und auch mit einem fixen Gerät am zentralen Busbahnhof die Tätigkeit aufnehmen. Das bringt eine Reihe von Vorteilen mit sich wie z. B., um einen Bereich herauszugreifen, die Einführung der Chipkarte, die ja einen besonderen Vorteil insofern hat, dass diese nicht in ein Gerät hineingesteckt werden muss, sondern dies berührungslos funktioniert. D. h., man kann sogar die geladene Karte, sofern natürlich ein Guthaben drauf ist, im Vorbeigehen an diesem Automaten verwenden und es wird dann bei mehreren Fahrten am Tag der Bestpreis für unsere Kunden abgebucht. Ich sage das deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil das wirklich ein Meilenstein in der Geschichte des Einsatzes von kunden- und bedienungsfreundlichen Geräten in öffentlichen Verkehrsmitteln sein wird und ist und weil dieses System auch von anderen Städten, die öffentliche Verkehrsunternehmen betreiben, Anwendung finden wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, dieser Antrag kommt ja vom zuständigen Verwaltungsausschuss. Es wurde dort sehr intensiv diskutiert, es wurden dort die Vorschläge, die vonseiten der Stadtwerkedirektion der Geschäftsführung uns vorgelegt wurden, insofern abgeändert, als dass die ursprüngliche Auffassung der Stadtwerkedirektion die war, dass man aufgrund der Einführung dieser Chipkarte den 20-Fahrtenschein nicht mehr benötigt. Wir waren aber der Auffassung dass sozusagen im Sinne eines Überganges, man kann ja dann später immer noch diskutieren ob es sinnvoll ist, und zwar der 20-Fahrtenschein nicht mehr in Kraft sein wird, den wird es nicht mehr geben, aber einen 10-Fahrtenschein haben wir in diesem Ausschuss beschlossen. Ich darf sie daher auch gleich vorweg bitten, diesem Antrag die Zustimmung zu geben, den ich ihnen nun zur Kenntnis bringen werden.

8) Stw-37/01 Städt. Verkehrsbetrieb; Preisanpassung per 1. 8. 01.

Antrag

des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadt-werke Steyr“ an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 05.04.2001 über die Preisanpassung für den städt. Verkehrsbetrieb mit Wirksamkeitsbeginn 01.08.2001 und zufolge des Beschlusses im Verwaltungsausschuss für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ zur Antragstellung über die neuen Entgelte an den Gemeinderat nach Akkordierung der Anträge Linz, Wels und Steyr entsprechend der Beilage wird der Anwendung der neuen Beförderungspreise zum genannten Zeitpunkt zugestimmt.

Entgegen dem Amtsvorschlag wird der 20-Fahrtenschein ersatzlos aufgelassen und ein 10-Fahrtenschein zum Preis von S 180,-- ab 01.08.2001 und 13 Euro ab 01.01.2002 eingeführt. (Beilage)

Herr Bürgermeister ich darf sie bitten die Diskussion über diesen von mir vorgetragenen Antrag durchzuführen bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich darf die Frage an die Kolleginnen und Kollegen richten, ob sie diese Diskussion zu führen gedenken und wer? Kollegin Frech rettet uns.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ja, ich werde mich kurz halten, nachdem ich scheinbar die Einzige bin, die sich bei dem Thema ohnedies zu Wort meldet. Meine Bedenken habe ich im Ausschuss sehr ausführlich artikuliert. Im Großen und Ganzen, es gibt schlimmere Anträge die von der F-Fraktion im Bereich Tarifierhöhungen gekommen sind in der letzten Zeit, also da ist das noch eine etwas harmlose Geschichte, gerade wenn man immer gegen die jetzige Bundesregierung redet, sollte man sich dessen auch einmal bewusst sein, dass in den letzten Jahren sehr, sehr viele Preisanträge von der F-Fraktion oder bzw. von dem zuständigen Stadtrat welcher der F angehört, gekommen sind. Generell selbstverständlich bin ich dafür, dass man auf ein Chipkartensystem umsteigt. Die spannende Frage ist, wie diese Umsetzung gelingen wird. Wir haben im Verwaltungsausschuss erfahren, dass z. B. die Fahrscheine nicht mehr über die Trafiken verkauft werden, sondern nur mehr direkt im Bus zu erhalten sind. Ich bin gespannt, wie die Fahrer das handhaben werden mit diesem Antrag dann auch fertig zu werden, weil natürlich alles was der Fahrer zusätzlich macht Zeit kostet und diese Zeit dann möglicherweise im Fahrplan fehlt. Worüber ich mich freue ist, dass diese Anregung, die auch von mir gekommen ist, dass man weiterhin den 20-Fahrtenschein nimmt, aufgegriffen und umgesetzt worden ist, Ich halte diesen Fahrschein für eine unverzichtbare Angelegenheit, weil sich die Steyrerinnen und Steyrer an den auch schon sehr gewöhnt haben.

Warum ich diesen Amtsvorschlag bzw. diesem Amtsbericht nicht ganz meine Zustimmung geben kann, und das habe ich auch im Verwaltungsausschuss für die Stadtwerke artikuliert, ich halte nichts davon, meine sehr verehrten Damen und Herren, als öffentliche Hand mit einem negativen Beispiel voranzugehen, und sogar in den Amtsbericht noch hineinzuschreiben, dass sich zum Teil relativ starke Erhöhungen ergeben aus der Notwendigkeit glatte 10 Cent-Beträge zu haben. D. h., dass ich mit der Euromstellung für Preiserhöhungen argumentiere. Das halte ich nicht für sinnvoll und das sollte man nicht tun. Wenn sie sich z. B. ansehen, bei der Teilstrecke der Erwachsenen, dann erhöht sich diese von S 12,-- auf einen Euro, na ja, dann sind es bei S 12,-- in Zukunft fast S 14,--. Aber wie gesagt, das ist die Notwendigkeit der Rundung auf Euro-Beträge. Aus diesem Grund, wie gesagt es hat schon Schlimmeres gegeben, im Prinzip ist es nicht so arg, es wird einzelne Personen sehr wohl treffen. Was sie aber aufgrund des Amtsvorschlages nicht sehen ist, dass z. B. jene, die bisher eine Jahreskarte um S 4.300,-- hatten und diese übertragen konnten, in Zukunft für diese Übertragbarkeit S 4.600,-- hinlegen müssen. Und S 4.300,-- für eine Jahreskarte ist ohnedies schon sehr viel. S 4.600,-- ist vielleicht ein Schmerzbereich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Kollegin Mach hat eine Frage.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es ist gesagt worden, der 20-Fahrtenschein wird nicht mehr gebraucht, der ist jetzt abgeschafft worden und hat S 270,-- gekostet. Jetzt gibt es einen 10-Fahrtenschein der kostet S 180,--. Also ist das schon eine gewaltige Steigerung von S 13,50 auf S 18,00 für eine Fahrt. Das ist schon eine derartige Preiserhöhung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Schlusswort Herr Referent bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Danke. Ich kann mich in meinem Schlusswort sehr einschränken. Sie erlauben mir, dass ich die zuletzt gestellte Frage zuerst beantworte. Frau Kollegin Mach, es ist ja so, dass an sich aufgrund der Einführung dieser Chipkarte man davon ausgeht, dass eigentlich ein Mehrfahrtenschein nicht mehr notwendig wäre. Aber um einen Übergang zu schaffen haben wir gesagt, na ja gut, nehmen wir diesen 10-Fahrtenschein, aber aus, ich bezeichne es einmal als erzieherischen Maßnahmen setzt man halt den etwas höher an, weil er eher unattraktiv ausgefallen ist und dass man doch unsere Fahrgäste animiert, ich möchte nicht sagen zwingt, diese Chipkarte in Anwendung zu bringen. Das war der Grund dafür, Frau Kollegin Mach, warum wir von diesem Preis ausgegangen sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was die Einwände von der Frau Kollegin Frech betrifft, kann ich mich ja deswegen sehr kurz fassen, ich möchte aber doch einige Berichtigungen anführen. Frau Kollegin Frech, zum einen, wenn sie meinen dass es schlimmere Anträge vonseiten der Freiheitlichen Fraktion gegeben hat, dann hätte ich eigentlich von ihnen erwartet, jetzt sind sie doch schon ein paar Jahre im Gemeinderat drinnen, dass sie zumindest unterscheiden können zwischen Anträgen von der Freiheitlichen GR-Fraktion und zwischen Anträgen eines Ausschusses. Das ist ihnen offensichtlich nicht gelungen, aber ich verzeihe ihnen ja, dass sie sonst auch ein bisschen in Verwirrung geraten sind, aufgrund der Ereignisse in den letzten Tage ist das ja verzeihbar. Wenn sie sich nämlich hier herausstellen und da von einem Amtsbericht vorlesen, dann sind sie offensichtlich nicht am Laufenden, nämlich deswegen nicht, sondern es steht da sehr deutlich im Amtsbericht drinnen was die Begründung ist und da bezieht man sich nicht auf die Euro-Umstellung, sondern auf die glatten 10 Cent-Beträge. Damit bin ich schon fertig mit der Beantwortung. Herr Bürgermeister, ich darf sie bitten, die Abstimmung durchzuführen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Herr Bürgermeister, darf ich einen kurzen Zwischenruf machen. Wir haben da einen Betrag bei der Erwachsenenleiststrecke von S 13,00 und dann ein Euro. Das wäre dann eine effektive Verteuerung, das dürfte nicht sein. Nicht dass wir das jetzt beschließen und nachher haben wir ein Problem. Bis 30. 6. können wir das noch ändern.

Wir können jetzt S 14,00 verlangen und dann auf einen Euro herunter gehen. Das ist möglich, aber so wie es hier steht, ist es nicht möglich.

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:

Das stimmt, das darf nicht sein.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das war auch der Grund für meine Wortmeldung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das klingt plausibel. Allerdings müsste es auch für die, die das vorbereitet haben, plausibel sein. Zurückgehen darf man nämlich, aber teurer werden darf man bei der Umstellung nicht. Das sind die Richtlinien. D. h., das muss S 14,00 heißen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Aber das heißt, dass wir es abändern müssen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja, es müsste S 14,00 heißen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

So viel zur geistigen Verwirrung Herr Stadtrat.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, wir beschließen das eben in der Form, dass das S 14,00 heißt, das wird dem Protokoll hinzugefügt. In allen Papieren und in der Durchführung wird das in dieser Richtung geändert, sodass der Beschluss rechtens gefasst, ausgeführt und eurokompatibel ist. Danke für den Hinweis. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand dagegen? Niemand. Stimmenthaltung? 1 (LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Es wird dem hohen Gremium vorgeschlagen, dass wir ein Viertelstunde Pause machen.

PAUSE VON 15.47 UHR BIS 16.20 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Nächster Berichterstatter ist Herr StR Mayrhofer.

BE: STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Der erste Antrag bezieht sich auf den Wieserfeldplatz, auf die Oberflächengestaltung, Vergabe der Arbeiten. Diese Arbeiten sind ausgeschrieben worden und als Bestbieter hat sich die Firma Zwettler herausgestellt zu einem Preis von S 10.180.242,60. Die Firma AE Austria Wien mit S 68.156,86 sowie die Stadtwerke Steyr für die Aufbringung der Wasseranschlusskosten in Höhe von S 91.000,--. Die Gesamtsumme ist somit S 10.340.000,--, die wie folgt aufgebracht werden. S 4,9 Millionen durch Freigabe bei der vorgesehenen VA-Stelle Gemeindestraßen, Straßenbau Wieserfeldplatz, S 2.260.000,-- durch eine Kreditübertragung von der VA-Stelle Abwasserbeseitigung, Sonderanlagen Kanal Ennsleite und S 3.180.000,-- im Budget des Jahres 2002. Die Kosten sind höher gewesen als die Erstschätzung. Die Gründe dafür liegen im erweiterten Bauausmaß statt wie vorgesehen 200 Stellplätze hat sich der Betreiber auf 250 Stellplätze entschieden, was für den Stadtteil sicher von großem Vorteil ist. Es sind auch alle direkt angrenzenden Bereiche miteingezogen worden und darum ist es zu einer Überschreitung gekommen. Mit der Entnahme von S 2.260.000,-- von der VA-Stelle Kanalbau Ennsleite ist der Neubau des Kanals Ennsleite derzeit nicht gefährdet, weil der Baufortschritt es noch nicht notwendig macht, dass die Mittel im heurigen Jahr bereitgestellt werden müssen. Für das nächste Budget allerdings muss ein Ansatz vorgesehen werden. Ich ersuche um Zustimmung.

9) BauT-48/00 Wieserfeldplatz - Oberflächengestaltung; Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 19. April 2001 wird der Vergabe der Arbeiten zur Oberflächengestaltung des Wieserfeldplatzes in Höhe von S 10.180.242,60 (unter Berücksichtigung der Einsparungen in Höhe von S 860.000,--) an die Fa. Zwettler, Steyr, dem

Ankauf von 18 Stk. Straßenbeleuchtungsmasten im Ausmaß von S 68.156,86 von der Fa. AE Austria, Wien, sowie der Aufbringung der Wasseranschlusskosten (Stadtwerke Steyr) in Höhe von S 91.000,-- zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel im Gesamtausmaß von S 10.340.000,-- werden wie folgt aufgebracht:

S 4.900.000,-- durch Freigabe der vorgesehenen VSt. 5/612000/002260 „Gemeindestraßen, Straßenbau Wieserfeldplatz“,

S 2.260.000,-- durch Kreditübertragung von VSt. 5/851000/004380 „Abwasserbeseitigung, Sonderanlagen Kanal Ennsleite“ nach o.a. VSt. 5/612000/002260

und durch Ausfinanzierung des Restbetrages und der Restarbeiten im Ausmaß von **S 3.180.000,--** im Jahr 2002 bei o.g. VSt. 5/612000/002260.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 7.160.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Kollege Payrleithner bitte sehr.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Vorweg, es ist natürlich sehr erfreulich, wenn aufgrund von Privatinitiativen, das muss man glaube ich auch in diesem Zusammenhang hervorheben, in diesem Stadtteil eine große Garage errichtet wird, die sicher zur teilweisen Lösung des Parkplatzproblems in Steyrdorf beitragen wird. Es wäre wünschenswert, wenn auch ähnliche Initiativen in der Nähe des Stadtplatzes stattfinden würden. Eine Hoteliergattin hat sich in den OÖ. Nachrichten dahingehend geäußert, dass auch der Stadtplatz langfristig autofrei sein wird, aber nur dann funktionieren wird, wenn wirklich in tatsächlicher Stadtplatznähe Parkplatzmöglichkeiten sind. Es ist eigentlich Schade, dass die Diskussion, die einmal kurz aufgeflammt ist, nämlich eine Tiefgarage unter der Promenade zu errichten, relativ rasch wieder eingeschlafen ist. Ich finde das äußerst bedauerlich, weil wahrscheinlich wird es mittel- oder langfristig nicht viel andere Alternativen geben. Das nur im Zusammenhang mit der Stadtplatzsituation. Das wäre nämlich auch eine Privatinitiative gewesen, so wie jetzt am Wieserfeldplatz. Eigenartig finde ich aber schon die Budgetplanung im Bauressort dieser Stadt, weil die Ennsleitner werden sich schon sehr freuen, wenn ihr Kanalprojekt jetzt wahrscheinlich ein, zwei Jahre hinausgeschoben wird. Es war genau so dringend, sonst hätten wir es ja nicht im Budget drinnen gehabt. Es ist auch für mich nicht ganz nachvollziehbar, es ist zwar im Bauausschuss darüber diskutiert worden, aber nicht ausreichend darüber informiert worden, warum nicht von Haus aus soviel Budgetmittel zur Verfügung gestellt wurden, um die Oberflächengestaltung für die Tiefgarage dementsprechend zu gestalten. Ich weiß auch nicht, welche Absprachen bzw. Zusagen an den Betreiber ursprünglich zugesagt wurden. Ein Wort vielleicht noch zu den Bewohnern dort oben. Es hat natürlich auch der Betreiber ein großes, das ist auch legitim, Interesse, dass dort eine Parkgarage errichtet wird, er ist ja immerhin einer der größten Hausbesitzer in Steyrdorf, der die Häuser gut restauriert und natürlich auch für seine Mieter jetzt Parkplätze dadurch zur Verfügung stellen kann. Ein Problem ergibt sich aber schon und zwar für jene Mieter, für jene unter Anführungszeichen normalen Mieter die am Wieserfeldplatz in Häusern leben und für die natürlich das Parkproblem natürlich eine sehr teure Angelegenheit wird. Das soll in diesem Zusammenhang vielleicht auch erwähnt werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Referent.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, das teure Vergnügen des Parkens, da gebe ich ihnen vollkommen Recht, Herr Kollege Payrleithner, dass, wenn man bequem, d. h. in absoluter Nähe zur Wohnung parken will, das vielleicht für manche am Wieserfeldplatz teurer wird. Ich weise allerdings schon darauf hin, dass wir oben am Tabor die Möglichkeit des Parkens natürlich weiterhin haben. Die von ihnen angesprochenen Privatinitiativen, und ich glaube das ist wirklich erfreulich, haben bisher alle drei Garagen, die gebaut wurden oder gebaut sind, betroffen. D. h., sehr wohl Landeskrankenhaus, Wieserfeldplatz und auch im Forum-Bereich, die alle drei allerdings auch mit Unterstützung der Stadt zusammengekommen sind.

Das von ihnen angesprochene Projekt, da gebe ich ihnen vollinhaltlich Recht, ist mir sehr leid, dass das nicht verwirklicht werden konnte. Ich erlaube mir nur darauf hinzuweisen, dass meine Fraktion die einzige Fraktion war, die dafür gestimmt hat. Mit mehr Unterstützung hätten wir vielleicht die Garage dort auch schon gebaut.

Ich ersuche aber trotzdem um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag. Wer dafür ist, der gebe bitte ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nummer 10) bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Danke. Der nächste Antrag bezieht sich auf die kirchlichen Ensembles. Hier geht es um jene Bereiche der Altstadterhaltung die sich auf die kirchlichen Bereiche beziehen. Hier geht es um die Pfarre Christkindl, die Loreto-Kapelle und die Brunnenstube, über die Marienkirche, die Kapellensanierung dafür und den Renaissancefriedhof in Steyr. Ich darf ersuchen, beim Renaissancefriedhof Steyr, dass der Förderungsnehmer nicht wie im Amtsbericht angeführt die Pfarre Christkindl ist, sondern das röm.-kath. Stadtpfarramt. Ich ersuche das auszubessern. Der Antrag lautet:

10) BauH-203/96 ff Kirchliche Ensembles in Steyr; Pfarre Christkindl, Loreto-Kapelle, Brunnenstube, Gesamtsanierung; Marienkirche; Kapellensanierung, Renaissancefriedhof Steyr; Gesamtsanierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 17. April 2001 wird einer Förderung in Höhe von insgesamt **S 992.000,--** für die Sanierungsmaßnahmen an kirchlichen Ensembles zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird für die „Kirchlichen Ensembles in Steyr“ bei der VA-Stelle 5/363000/777100 ein Betrag in Höhe von **S 992.000,--** freigegeben.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir

kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag betrifft das Regenbecken Zufahrt Knoglergründe. Die Knoglergründe sind ja jener Bereich, wo die Styria und die GWG Wohnbauten in jüngster Vergangenheit errichtet haben. Noch ausstehend ist ein Regenbecken, was bei starken Regenfällen als Sicherheitsmaßnahme für die Überlastung des Kanals notwendig ist. Die Arbeiten sollen an die Firma Erdbau Auinger zum Preis von S 840.000,-- exkl. MWSt. vergeben werden. Ich ersuche um Zustimmung.

11) BauT-58/00 Regenbecken Zufahrtstraße Knoglergründe; Vergabe und Mittelfreigabe der Baumeisterarbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 20. April 2001 wird der Auftrag zur Ausführung des Regenwasserrückhaltebeckens Zufahrtstraße Knoglergründe an die Firma Erdbau Auinger, 3300 Stift Ardagger 300, zum Preis von **S 840.000,-- exkl. MWSt.** vergeben.

Die erforderlichen Mittel werden bei der VSt. 5/851000/004300 (Kanalbau Knoglergründe) in Höhe von S 648.000,-- exkl. MWSt. (S 300.000,-- im Budget 2001, S 348.000,-- Übertrag von 2000 auf 2001) freigegeben.

Für den Restbetrag in Höhe von S 192.000,-- exkl. MWSt. wird eine Kreditübertragung von der VSt. 5/851000/004560 (Kanalbau Goldhanstraße) zur VSt. 5/851000/004300 bewilligt und bei dieser der vorstehende Betrag freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 840.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag betrifft ebenfalls das Regenrückhaltebecken, und zwar geht es hier um die rechtliche Vereinbarung mit den Grundstückseigentümern Herrn Anton Weindl jun. und dem noch im Grundbuch aufscheinenden Anton Weindl sen. Die beiden stellen ihr Grundstück zur Verfügung. Es bleibt allerdings in ihrem Besitz und darauf errichtet die Stadt das Regenrückhaltebecken. Ich ersuche um Zustimmung.

12) BauT-58/00 Abschluss einer Vereinbarung mit Herrn Anton Weindl sen., Herrn Anton Weindl jun. und Herrn Franz Weindl über die Errichtung eines Regenrückhaltebeckens im Bereich des Ziegelwerkes Weindl.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 4. April 2001 wird dem

Abschluss einer Vereinbarung mit Herrn Anton Weindl sen., Herrn Anton Weindl jun. und Herrn Franz Weindl über die Errichtung und Erhaltung eines Regenrückhaltebeckens im Bereich der Franz-Dworschak-Straße entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist auch nicht der Fall. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFFER:

Der nächste Antrag bezieht sich auf die Maßnahmen zur Ortsbildpflege und zwar für den gesamten innerstädtischen Bereich. Hier sind, wie in der Anlage ausgeführt, für das heurige Jahr S 2.608.000,-- vorgesehen. Ich ersuche um Zustimmung.

13) K-1/01 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 2001 - 1. Teil, „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ - „Steyrdorf“ - und „Wehrgrabengebiet“.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 17. April 2001 werden für die Subventionierung von Maßnahmen zur Ortsbildpflege Mittel wie folgt freigegeben:

„Innere Stadt“ und „Ennsdorf“

„Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“

Kapitaltransferzahlungen an private Haushalte

Maßnahmen der Altstadterhaltung

bei VA-Stelle 5/363000/778000 S **2.608.000,--**.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist die Kollegin Mach. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Herr StR Mayrhofer, ich habe nur eine Frage an sie. Ich freue mich natürlich, dass die Häuser so schön hergerichtet werden, aber ich habe in dem Akt gesehen, dass es Richtlinien für die Altstadtförderung gibt und da steht drinnen höchstens 30 %. Da ist einer drinnen, der bekommt 95 %. Ich finde das nicht ganz richtig, wenn er heute Dachziegel herrichtet und S 3.678,-- Ausgaben hat und bekommt dafür eine Förderung von S 3.500,--. Da hat ihm vielleicht der Wind zwei Ziegel verweht und das andere ist Arbeitszeit. Also, ich kann mich dem nicht ganz anschließen. Mir ist das aufgefallen, weil ich mir gedacht habe, das entspricht eigentlich nicht den Richtlinien, weil das sind 95 %. Ich ersuche um Aufklärung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollege Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte auch ein Objekt herausnehmen, weil es mir wichtig erscheint, dass hier endlich einmal etwas geschieht. Und zwar haben wir längst Mittel beschlossen, um das hier schräg gegenüberliegende Haus zu sanieren. Ich frage mich wirklich, wie oft ich noch hier herausgehen muss um daran zu erinnern, dass man das endlich einmal in Angriff nehmen soll. Es liegt ja nicht irgendwo, das ist einmal das 1., es liegt mitten in der Stadt, befindet sich in einem fast ruinösen Zustand inzwischen. Es betrifft auch ein bisschen die Sportseite, weil es hat in Steyr Zeiten gegeben, wo wir uns gerühmt haben, ich möchte fast sagen in der ganzen Welt, hervorragende Sportler auf diesem Gebiet zu haben. Inzwischen hat das leider etwas abgenommen, wie wir leider auch beim heurigen Anrudern feststellen mussten und zusätzlich verkommt auch dieses Bootshaus mitten in der Stadt. Ich würde wirklich an alle appellieren, an sie, Herr Stadtrat, und an die zuständigen Beamten im Haus, Herrn Dr. Kaiser und ich weiß nicht, wer noch aller, der Sportreferent inbegriffen, mit dem zuständigen Sektionsobmann, dieses Gebäude befindet sich ja im Besitz der Stadt, das ist ja in diesem Zusammenhang auch nicht ganz uninteressant, dass man doch endlich einmal an die Sanierung schreitet, nachdem wir nämlich noch dazu die Mittel dazu beschlossen haben. Das wäre mir ein wichtiges Anliegen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist zutreffend und ist uns bekannt, aber das ist natürlich ein Sportprojekt. Aber der Herr Sportreferent kann dazu Näheres ausführen.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ja, zu dem Projekt Paddlerhaus, das ist natürlich richtig, dass das schon sehr abgewohnt und schadhaft ist. Die Ursachen sind natürlich auch sehr vielfältig. Das Haus hat halt durch das immer wieder kommende Hochwasser udgl. sehr darunter gelitten. Wir sind mit dem beschäftigt. Das ist natürlich kein kleines Projekt, da geht es nicht um ein paar Hunderttausend, sondern das ist ein Projekt, das über zwei Millionen Schilling ausmachen wird. Es wird so sein, dass das nächste Jahr im Mai saniert sein wird, zumindest das Wesentliche. Wir haben ja im Budget bei uns auch die Gelder vorgesehen. Es ist ein Sportprojekt und wie wir ja auch wissen geht die ganze Finanzierung halt nicht immer so in dem Tempo voran, wie wir uns das wünschen würden. Man muss überall in den Förderungen beim Dachverband und beim Land OÖ reinkommen.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Wenn man will geht es schon. Wir haben ein Bootshaus bitte in anderen Jahren vollkommen neu errichtet.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ihr habt es errichtet? Ja, das ist aber auch nicht von heute auf morgen gegangen, sondern wie man weiß bei Förderungen beim Land, das ist nicht so dass man hingeht und tritt an und sagt, lieber Herr Landeshauptmann und lieber Landessportdirektor wir sanieren jetzt als ATSV-Steyr und wir möchten nächste Woche das Geld haben. So spielt sich das nicht ab, sondern man muss sich halt auch bei den Projekten hinten anstellen und dann wird es zugeteilt. Aber ich kann das kurz jetzt machen. Es sind alle Vorbereitungen getroffen. Wir werden im Herbst dieses Jahres mit den Außensanierungen beginnen und hoffen, dass die Gelder so laufen, dass wir im kommenden Jahr das Projekt dann fertig bringen können und dass das wieder ein ansehnliches Haus ist. Das Interesse haben alle, aber in einem Verein ist es halt nicht immer so einfach. Es müssen auch Eigenleistungen eingebracht werden, es muss dort gearbeitet werden. Das sind ehrenamtliche Funktionäre und denen kann man halt nicht immer sagen das habt ihr zu machen. Das geht einfach nicht so. Auf der anderen Seite brauchen wir als Stadt aber die Bereitschaft der Vereinsfunktionäre, dass die mitmachen. Wenn wir das nämlich als Eigentümer sanieren müssten, dann würde das nicht 2,3 oder 2,5 Millionen

Schilling kosten, sondern 5 Millionen Schilling. Also, darum ersuche ich da schon um Verständnis gegenüber den Vereinen, dass nicht alles so in dem Tempo geht, wie wir uns das vielleicht wünschen. Da muss man schon auf die Ehrenamtlichkeit und auf die Freiwilligkeit auch ein bisschen Rücksicht nehmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Referent bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Danke. Ja, ich darf das vom Kollegen Bremm wirklich bestätigen. Es ist für uns bei weitem die günstigste Version, dass dieses Objekt wieder in einem ordnungsgemäßen Zustand gebracht wird. Sie wissen selbst, dass es auch Diskussionen über den Verein intern gegeben hat. Die sind Gott sei Dank bereinigt und es gibt jetzt einen Vereinsvorstand der wirklich den Willen hat nicht nur das Objekt zu renovieren, sondern auch den Verein wieder sehr aktiv am Sportgeschehen teilnehmen zu lassen. Ich glaube die Entscheidung es zu renovieren, die ist noch gar nicht so lange. Der Wunsch von uns allen, die hier täglich hier hinüberschauen und den Zustand sehen, dass es hergerichtet wird, da gebe ich ihnen Recht, der ist schon länger. Ich glaube das Entscheidende ist, dass es jetzt kurz vor der Umsetzung ist und ich glaube für die Stadt zu sehr akzeptablen Kosten, wenn man berücksichtigt, dass wir Eigentümer sind.

Zu dem von der Kollegin Mach angesprochenen Punkt und zwar betrifft es das Objekt Nr. 2, das ist vollkommen richtig, dass das allein betrachtet eine zu hohe Förderung ist, also im Prinzip fast der Gesamtbetrag ist. Es hat aber natürlich im direkten Zusammenhang mit der Gesamtsanierung dieses Hauses zu stehen. Der Leiter der Fachabteilung konnte den Besitzer überzeugen, dass er das Dach nicht generell neu macht, mit neuen Ziegeln, sondern dass er alte nimmt. Kurz nachdem es fertig war, war das Problem, dass ein paar Ziegel schadhaft waren und er hat gesagt, ja, jetzt haben wir das, hätten wir doch gleich ein neues Dach hinaufgegeben. Hier ist die Bereitschaft entstanden, dass man gesagt hat, dann geben sie uns die Rechnung, die S 3.500,-- schlucken wir, aber damit ist es dann erledigt. Der Besitzer hat sich damit auch einverstanden erklärt. D. h., es ist ein bisschen ein guter Wille, aber wenn man sich das Ergebnis ansieht, es ist ein vorbildlich renoviertes Haus in der Berggasse und die Förderungshöhe ist beim Gesamtobjekt auch nicht ausgenutzt worden. D. h., wir sind unter den Förderungsrichtlinien.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Weil es eben nicht drinnen steht.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich ersuche trotzdem um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Tagesordnungspunkt bezieht sich auf den Straßenbau City-Point auf die Pflasterungsarbeiten samt der Granitsteinlieferung. Wie sie dem Amtsbericht entnehmen konnten wurde diese Ausschreibung zweimal aufgehoben, weil die Preise der Fachabteilung als überhöht vorgekommen sind. Es wurde dann kurzfristig die zweite Ausschreibung telefonisch aufgehoben und

über das Wochenende ein Alternativvorschlag erarbeitet mit einer beschränkten Ausschreibung. Bei dieser Ausschreibung ist die Firma Auinger mit S 3.016.980,-- hervorgegangen. Der Granitsteineinkauf würde über die Firma Poschacher in St. Georgen zum Preis von S 1.036.600,61 erfolgen. Bei den anderen Oberflächengestaltungsmaßnahmen sind vom Amtsbericht vom 6. 3. 2001 noch S 260.000,-- inkl. MWSt. offen. Das ergibt einen Gesamtbetrag von S 4.314.000,--, die von der Kreditübertragung vom „Kanal Ennsleite“ und zwar in Höhe von S 1.240.000,-- genommen werden. Eine weitere Kreditübertragung vom „Straßenbau Tomitzstraße, Tunnel“ in Höhe von S 900.000,-- und einer Kreditüberschreitung „Straßenbau Forum“ in Höhe von S 2.174.000,-- finanziert werden sollten. Ich ersuche um Zustimmung.

14) BauStr-20/99 Straßenbau City-Point (Forum); Pflasterungsarbeiten samt Granitsteinlieferung; Teilvergabe Straßenbau.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 27. April 2001 wird der Vergabe der Pflasterungsarbeiten sowie dem Granitsteinankauf für den Straßenbau „City-Point Steyr“ wie folgt zugestimmt:

1. Pflasterungsarbeiten:

Fa. Auinger GesmbH, Ardagger S 3.016.980,-- inkl. MWSt.

2. Granitsteinankauf:

Fa. Poschacher, St. Georgen/Gusen S 1.036.600,61 inkl. MWSt.

3. Offener Betrag aus Amtsbericht vom 6. März 2001 S 260.000,-- inkl. MWSt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von rd. S 4.314.000,-- inkl. MWSt. sollen durch eine Kreditübertragung von „Kanal Ennsleite“ (VSt. 5/851000/004380) in Höhe von S 1.240.000,--, eine weitere Kreditübertragung von „Straßenbau Tomitzstraße, Tunnel“ (VSt. 5/612000/002690) in Höhe von S 900.000,-- und eine Kreditüberschreitung bei VSt. 5/612000/002590 „Straßenbau Forum“ in Höhe von S 2.174.000,-- finanziert werden.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 4.314.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Ich sehe keine Wortmeldung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Danke sehr. Der nächste Antrag geht um den Ankauf eines Ersatzfahrgestelles für den Hubsteiger der städt. Elektriker, d. h., um das Wechseln der Straßenbeleuchtungslampen zu ermöglichen. Hier wird ein VW-Fahrgestell LT 35 zum Preis von S 335.600,-- notwendig. Der Hubsteiger wird generalsaniert und umgebaut auf dieses Fahrgestell zum Preis von S 316.000,--. Die erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt S 651.600,-- sind bei der VSt. Fahrzeuge vorgesehen. Ich ersuche um Zustimmung.

15) En-9/01 Ankauf eines Ersatzfahrgestelles für den Hubsteiger der städtischen Elektriker.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 13. März 2001 werden nachstehende Aufträge an die Firmen

1. Ankauf eines VW-Fahrgestelles LT 35 sowie Verkauf des alten LT-Fahrgestelles

Fa. Porsche Inter Auto KG, Steyr S 335.600,-- inkl. MWSt.

2. Generalsanierung und Umbau des Steigers auf neues Fahrgestell

Fa. Völkl, Wien S 316.000,-- inkl. MWSt.

vergeben.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von S 651.600,-- inkl. MWSt. sind bei der VSt. 5/816000/040000 (Fahrzeuge) vorgesehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 651.600,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen auch in diesem Fall zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Kein Einwand, daher so beschlossen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag bezieht sich auf die Errichtung einer öffentlichen Straßenbeleuchtung im Zuge der Oberflächengestaltung beim City-Point und zwar für die Lieferung von Kabelmaterialien an die Firma Mitterhuemer von S 56.000,--, Lieferung von Masten und Leuchten an die Firma Knoblich Licht, Linz von S 701.500,-- und Lieferung von Masten, Auslegern und Mastsicherungskästen, Fa. AE Austria, Wien von S 43.500,--. Die Gesamtsumme beträgt insgesamt S 801.000,--, welche bei der VA-Stelle Sonderanlagen vorgesehen sind. Ich ersuche um Zustimmung.

16) En-12/01 Errichtung einer öffentlichen Straßenbeleuchtung im Zuge der Oberflächengestaltung beim City-Point.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 26. März 2001 werden nachstehende Aufträge an die Firmen

1. Lieferung von Kabelmaterialien

Fa. Mitterhuemer, Steyr S 56.000,-- inkl. MWSt.

2. Lieferung von Masten, Leuchten

Fa. Knoblich Licht, Linz S 701.500,-- inkl. MWSt.

3. Lieferung von Masten, Auslegern und Mastsicherungskästen

Fa. AE Austria, Wien S 43.500,-- inkl. MWSt.

vergeben.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von S 801.000,-- inkl. MWSt. sind bei der VSt. 5/816000/050000 (Sonderanlagen) vorgesehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 348.400,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der letzte Antrag bezieht sich auf den Dringlichkeitsantrag der FPÖ aus der letzten GR-Sitzung und bezieht sich auf die Namensänderung des Sparkassenplatzes in Kirchenplatz. Ich darf hier vermerken, dass zwischenzeitlich, mit Datum 30. 4., ein Schreiben des Antragstellers auf Namensänderung, und zwar des Pfarrers Sepp Essl aus der Pfarre Resthof, erfolgt ist, wo er darauf hinweist, dass man von der Namensänderung Abstand nehmen möchte, weil ein Platz direkt vor der Kirche dafür vorgesehen ist. Ich stelle diesen Tagesordnungspunkt zur Diskussion.

17) Präs-131/01 Antrag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion betreffend Namensänderung des „Sparkassenplatzes“ im Stadtteil Resthof in „Kirchenplatz“.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Namensänderung des „Sparkassenplatzes“ im Stadtteil Resthof in „Kirchenplatz“.

Begründung:

Eine Bank oder Sparkasse gibt es auf diesem Platz nicht mehr.

Mit Schreiben vom 30.12.1999 sucht die Pfarre Tabor/Resthof um og. Umbenennung an.

Dieses Ansuchen wurde bis dato nicht behandelt, lediglich im Kulturausschuss vom 15. Februar 2001 (!) wurde darüber diskutiert und abgestimmt (4:4).

Eine Sparkasse auf diesem Platz gibt es nicht mehr

Von bestehenden Hausnummern werden lediglich betroffen:

Sparkassenplatz 1,2,3,4. Hier handelt es sich um Geschäftslokale.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Kollege Bremm bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen des Gemeinderates. Ich möchte hier gar nicht in die Tiefe gehen und die intensive Diskussion anregen, sondern ich möchte hier nur einen Abänderungsantrag stellen. Es ist ja seitens des Pfarrgemeinderates sowie vom Kollegen Mayrhofer erwähnt der Antrag zurückgezogen worden, mit einem Wunsch aber dazu geäußert, dass der direkte Vorplatz vor der Kirche als Kirchenplatz bezeichnet werden soll. Auch seitens des Architekten Riepl, der meint, dass hier das auch möglich ist, das zu teilen. Ich stelle daher einen Abänderungsantrag.

Abänderungsantrag

zum Dringlichkeitsantrag der F-Gemeinderatsfraktion betreffend die Umbenennung des Sparkassenplatzes im Stadtteil Resthof in „Kirchenplatz“.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund der in der Pfarrgemeinderatssitzung vom 24. 4. 2001 getroffenen Entscheidung soll der im Eingangsbereich der neuen Kirche befindliche Platz in „Kirchenplatz“ umbenannt werden.

Dieser Vorplatz vor der Kirche soll auch nach dem Plan der Wiener Gartenbauarchitektin DI Loidl-Reisch neu gestaltet werden und so auf die Kirche einstimmen. Der andere Platzbereich hat eine andere Funktion - Marktgeschehen, Einkauf - und soll deshalb einen anderen Namen besitzen.

Ich glaube, wir würden hier auch dem Wunsch des Pfarrgemeinderates, dem Wunsch des Pfarrers Rechnung tragen und ich ersuche, diesem Abänderungsantrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht mit in Debatte. Herr Dr. Pfeil ist der Nächste am Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muss etwas auf die Historie eingehen. Vor zwei Jahren, genau am 30. 12. 1999, hat der Pfarrgemeinderat an uns den Antrag gestellt, dass dieser Sparkassenplatz in Kirchenplatz umbenannt werden soll. Es ist nichts passiert, der Antrag ist gut gelegen. Die Kirche hat man geplant und zu bauen begonnen, der Fertigstellungstermin rückte näher. Es waren immer noch keine Anstalten, dass man dieses Schreiben beantwortet. Es interessiert uns nicht, oder noch nicht, oder nicht mehr, es war Null. Dann haben wir es endlich im Kulturausschuss zur Diskussion gebracht. Es wurde versprochen, dass im Kulturausschuss dann die Daten vorgelegt werden wie z. B. welche Häuser betroffen sind, welche Auswirkungen es hat. Es ist auch das nicht passiert. Wir haben dann eine Abstimmung durchgeführt, die bekannterweise 4:4 ausgegangen ist. Wir haben dann im letzten GR einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der auch von vielen Kolleginnen und Kollegen aus anderen Fraktionen unterzeichnet worden ist. Dieser Dringlichkeitsantrag wurde aber nicht positiv bewertet, d. h., die Dringlichkeit wurde ihm nicht zuerkannt und so haben wir das heute auf dem Tisch bzw. zur Beratung. Dann ist wiederum Folgendes passiert. Vor zwei Tagen wird mir ein Schreiben zugeschickt, das nun mittlerweile heute überraschenderweise auf jedem Schreibtisch oder auf jedem Arbeitsplatz hier liegt. Sie kennen das Schreiben: „Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Hermann!“

Es ist plötzlich eine Pfarrgemeinderatssitzung überraschenderweise am 24. April einberufen worden,

wo man plötzlich wirklich mit Hilfe von Architekten nicht mehr ganz der Meinung war, dass man den ganzen Platz dort umbenennen sollte. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, mir ist das persönlich völlig egal, ob der Sparkassenplatz, Karl-Marx-Hof der II oder Kirchenplatz heißt. Persönlich ist mir das egal, aber das ist keine Vorgangsweise. Sowohl von den Bewerbern für diesen Platz, weil es wurde ja interveniert von den Leuten die dort wohnen, welche die Kirche besuchen, macht endlich etwas, benennt ihn um. Dann dieses Schreiben, das dann als einziges Schreiben im Akt liegt, das ist ja auch eine Feinheit. Im Akt liegt nur dieser Antrag, ich glaube 100 Mal kopiert, und jetzt dieser Zettel, das ist der ganze Akt. Amtsbericht ist natürlich keiner da. Es gibt hier dazu keine Amtsmeinung oder keine Recherche wie es bei einem ordentlich vorbereiteten Akt sein sollte, dass man sagt, ja, diese Häuser sind betroffen, diese nicht, da gibt es die Meinung und die nicht. Das ist alles nicht da. Dieser liebe Hermann-Brief, wo dann schon drinnen steht, dass sie das nicht so gut finden einmal den ganzen Platz zu benennen, aber sie schlagen auch nicht vor, oder wollen auch nicht, dass wir jetzt nur den Eingangsbereich benennen, sondern sie sagen nur hypothetisch der wohl mit dem Namen Kirchenplatz bezeichnet werden kann, weil er das hält, was der Name aussagt. Er führt zur Kirche hin und stimmt auf die Kirche hin. Eine Sparkasse haben wir dort schon lange nicht mehr, wenn man das jetzt weiter spinnt und weiter verfolgt. Wenn man genau wäre, müsste es Spardaplatz heißen. Jetzt bekommen wir einen SPÖ-Abänderungsantrag, ausgeteilt vom Herrn Magistratsdirektor, wo drinnen steht, dass der Eingangsbereich doch in Kirchenplatz umbenannt werden soll. Aus dem Schreiben des Herrn Pfarrer Essl, mit dem ich übrigens gestern telefoniert habe, geht nicht hervor, dass sie es nicht wollen. Sie sagen nur, es ist möglich. Ich kenne mich nicht mehr aus. Es steht wörtlich drinnen: „Der wohl mit dem Namen Kirchenplatz bezeichnet werden kann.“ Nicht mehr und nicht weniger. Sagen sie mir bitte wo das drinnen steht, dass sie das wollen. Ich weiß es nicht. Wenn uns das schon zwei Jahre lang beschäftigt, zwei Jahre ist nichts geschehen, keine Antwort und nichts und dann kommt ein Schreiben da herein und das veranlasst jetzt plötzlich die SPÖ im Sinne eines Abänderungsantrages tätig zu werden. Also, blamabler kann es wohl wirklich nicht sein. Ich danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Lieber Herr Dr. Pfeil, ich sage ihnen etwas. Mir ist es auf jeden Fall lieber man kann im Einvernehmen eine solche Benennung machen als im Streit. Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

„Liebe!“

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Man muss ja nicht allzu viel kuscheln.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Zurück zu diesem Antrag. Der Dr. Pfeil hat schon angesprochen, dass dieser Antrag im Prinzip, nämlich überhaupt die ganze Geschichte Kirchenplatz, eine Peinlichkeit sondergleichen ist. Eine Peinlichkeit und Blamage für die Stadt Steyr, die es nicht geschafft hat oder die es geschafft hat ein Jahr lang zu brauchen um überhaupt zu antworten, wo nicht einmal eine Ausschusssitzung so vorbereitet war, dass man gewusst hat, worüber man abstimmt. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern. Vorher hat es überhaupt keinen Amtsbericht dazu gegeben. In der Sitzung selbst sind dann

so Fragen aufgetaucht, na ja gibt es überhaupt schon einen Kirchenplatz in Steyr oder nicht, wie viele Adressen sind betroffen, weiß man auch nicht genau. Na ja, dann hat man halt einfach einmal den Antrag abgelehnt, allerdings sehr knapp nämlich 4:4. Das war in der Ausschusssitzung vom 15.2. Nicht einmal nach dieser Ausschusssitzung, nämlich kurz nach dieser Ausschusssitzung, war es möglich, den Pfarrgemeinderat zu informieren. Die mussten das dann aus der Zeitung erfahren, dass jetzt, nach einem Jahr, ihr Antrag behandelt und abgelehnt wurde. Eine Begründung dazu hat es nicht wirklich gegeben. Dann hat man Zeit bis zur nächsten Kulturausschusssitzung am 5.4., sich das noch einmal zu überlegen. Dazwischen hat es dann diesen Dringlichkeitsantrag vom 22.3. gegeben. Was ich auch sehr interessant finde, wo man nicht einmal diskutieren wollte, dieser Dringlichkeitsantrag war nämlich nicht nur von der Freiheitlichen GR-Fraktion, sondern wenn man sich das anschaut, dann sieht man, dass auch sowohl die Grüne-Fraktion und ich diesen Antrag unterstützt haben. Das war also nicht die Spinnisiererei einer Fraktion, auch die ÖVP hat das gemacht. D. h., wir wollten das auf die Tagesordnung setzen. Man hat es nicht einmal auf die Tagesordnung gesetzt, weil man nicht darüber diskutieren wollte. Schlichtweg Dringlichkeit nicht zuerkannt. Es wäre ein demokratiepolitisches Signal oder eine demokratiepolitische Selbstverständlichkeit gewesen, dass man zumindest darüber diskutiert. Das wollte man aber nicht. In der Kulturausschusssitzung vom 5.4. habe ich dann den Vorsitzenden gebeten, nachdem inzwischen ja einigermaßen recherchiert worden ist, dass eben kaum Adressen betroffen sind, dass es keinen Kirchenplatz in Steyr gibt, dass es keine Verwechslungsmöglichkeiten mit der Postleitzahl gibt usw., noch einmal darüber zu diskutieren. Man hat nicht einmal darüber abgestimmt, es hat nur geheißen „nein“. Man hätte zumindest darüber abstimmen sollen, will man im Kulturausschuss noch einmal darüber diskutieren oder nicht. Es hat geheißen, wir haben eh schon einmal nein gesagt und im nächsten GR ist es ohnedies drinnen. Da brauchen wir nicht mehr wirklich darüber diskutieren. Jetzt auf einmal habe ich gestern im Akt gesehen, gibt es dieses Schreiben der Pfarre. Was ich sehr interessant finde, ich habe mit der Pfarre gesprochen, nach der Kulturausschusssitzung im Februar, nach der Kulturausschusssitzung im April und es hat immer geheißen wir wollen das, wir wollen diesen Kirchenplatz. Da hat es überhaupt keine andere Meinung gegeben. Der gesamte Pfarrgemeinderat hat gesagt wir wollen diese Umbenennung in Kirchenplatz. Jetzt auf einmal gibt es ein Schreiben wo das zurückgezogen wird, wo ich mich auch ein bisschen wundere. Ich hoffe sehr stark, dass man hier nicht Druck ausgeübt hat die Meinung zu ändern, das hoffe ich sehr stark, weil wenn man zwischen den Zeilen ein bisschen liest, na ja, dann ist das schon ein bisschen eigenartig. Jetzt liegt da plötzlich ein Abänderungsantrag der Sozialdemokratischen GR-Fraktion, wo man den plötzlich während der Sitzung wieder austellt, nicht vorher. Wenn man das abändern hätte wollen, hätte man das schon ein bisschen früher machen können, denke ich mir oder zumindest zu Beginn der GR-Sitzung austellen, ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist schon kühn!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, das ist nicht kühn, lieber Hermann.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da bringt ihr einen Dringlichkeitsantrag herein und wenn man den dann auf die Tagesordnung setzt, dann hätte man früher weiß Gott was darüber reden wollen. Ihr bringt einen Dringlichkeitsantrag.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das Thema ist seit zwei Jahren bekannt. Weil ihr es nicht behandelt haben wollt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich doch nicht, ich habe eh immer meine Meinung gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber sehr im stillen Kämmerlein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

In der Zeitung ist es gestanden, was ich gemeint habe, aber nicht nach einem Ausschuss, so wie ihr es macht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist ja nicht so von ungefähr gekommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Mich haben sie gefragt, und ich habe gesagt ich bin nicht dafür.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, es war deshalb notwendig, weil nach dem Kulturausschuss kein regulärer Antrag mehr eingebracht werden konnte und deshalb musste es mit Dringlichkeit geschehen. So einfach schaut das aus.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Es freut mich, dass ich mit dieser Meinung nicht alleine stehe und die Unterstützung der anderen Fraktionen oder einiger Fraktionen auch habe, dass das nicht ordentlich gelaufen ist. Jedenfalls gibt es das Schreiben vom Pfarrgemeinderat mit Eingangsstempel vom 30.4. Und diesen Abänderungsantrag, halten sie uns nicht für so dumm, mit Verlaub, dass der wirklich heute am 10. Mai so schnell einmal geschrieben worden ist, das hat man ja schon vor Sitzungsbeginn gewusst, der ist jetzt nicht in der Pause geschrieben worden. Das glaube ich nicht, dass der in der Pause geschrieben worden ist. D. h., sie hätten den zumindest austeilen können zu Beginn ...

STADTRAT GERHARD BREMM:

Sie dürfen alles, wir nicht. Es wird doch für unsere Fraktion legitim sein, dass wir einen Abänderungsantrag bringen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sie dürfen schon, das ist Demokratie. Sie dürfen. Wissen sie, was noch Demokratie ist?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also gut, regt euch nicht auf. Sie soll das fertig sagen. Ich möchte inhaltlich ein bisschen etwas hören.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr Kollege Bremm, Demokratie heißt, dass sie den Antrag einbringen dürfen, Demokratie heißt aber auch, dass ich meine Kritik äußern darf und das habe ich hier gemacht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Liebe Michaela, inhaltlich möchte ich, dass du ein bisschen etwas bringst.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich wollte nur auf den Zwischenruf von deinem Fraktionskollegen reagieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist ein formales Dings da, abhandeln, irgendwelche Ereignisse, die in der Vergangenheit liegen. Es geht ja um zukunftsorientierte Entscheidungen, die warten ja drauf.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, wenn ich mir diesen Abänderungsantrag anschau, dann heißt das jetzt, dass wir heute nach diesem Abänderungsantrag beschließen würden, dass wir den Platz vor der Kirche im Eingangsbereich Kirchenplatz nennen. D. h., davon nehme ich an, ist keine Adresse betroffen, gar nichts. Ist das überhaupt ein öffentlicher Platz oder ...

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Das ist Eigentum der Kirche.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

D. h., dann brauchen wir ihn aber gar nicht benennen oder? Wenn es ein öffentlicher Platz ist, dann brauchen wir ihn gar nicht benennen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber die möchten es gerne.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wenn es nicht einmal ein öffentlicher Platz ist, dann wollen wir etwas benennen, was wir gar nicht benennen dürfen, nur um uns herumzudrücken, jenen Platz um den es eigentlich geht, den Sparkassenplatz zu benennen, weil da steht ja in dem Antrag der Sozialdemokratischen GR-Fraktion, der andere Platzbereich hat eine andere Funktion und soll deshalb einen anderen Namen besitzen. Das ist im Endeffekt viel Lärm um nichts. Ich frage mich nur, was wir da jetzt eigentlich beschließen sollen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Kollege Kupfer ist am Wort.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kollegin Frech hat natürlich völlig Recht mit ihrer letzten Anmerkung und auf das wollte ich auch am Ende meiner Ausführung zu sprechen kommen. Diese Diskussion ist nicht nur sehr eigenartig, sie ist mittlerweile auch sehr peinlich. Es ist nicht wichtig für die Zukunft unserer Stadt wie der Platz heißt, aber peinlich und eigenartig ist das Prozedere, was sich da seit 1999, oder ob das jetzt zwei Jahre oder ein Jahr ist, das ist jetzt nicht wichtig, was sich

seit dem abspielt. Ich denke mir, da können wir nicht einfach sagen, es ist egal was in der Vergangenheit passiert ist und schauen in die Zukunft, sondern es ist schon sehr wichtig, wie das Ganze zustande gekommen ist. Dass nämlich die dort oben nie informiert worden sind, dass da Sitzungen schlecht vorbereitet worden sind und dass man auch dann, wie die Sitzungen stattgefunden haben und wir darüber diskutiert haben, auch danach keine Vorgangsweise vonseiten des Amtes gegeben hat, wo man sagt, das ist ein bisschen bürgerfreundlich oder entgegenkommend. Es hat nämlich überhaupt keinen Kontakt von offizieller Seite gegeben. Inoffiziell schon, ich glaube der Herr Lengauer hat Kontakt gehabt, der Herr Bürgermeister, die Kollegin Frech und auch ich haben des Öfteren mit den Leuten diskutiert. Aber dass die Stadt offiziell keine Lösung herbeigeführt hat, gemeinsam mit dem Pfarrgemeinderat, das ist schon ein bisschen peinlich und ist nicht wirklich bürgerfreundlich. Wenn man sich den Brief genau ansieht, und man muss wirklich zwischen den Zeilen lesen, dann steht da ein ganz wichtiges Wort drinnen, nämlich mehrheitlich, nicht einstimmig, dieser Beschluss, und dass es sehr wohl eine Diskussion gegeben hat. Wenn wir ganz ehrlich sind, dieser Brief ist ein Kompromiss, der auf Anregung des Pfarrgemeinderates und des Pfarrers zustande gekommen ist, um eben diese Eröffnung, diese Einweihung der Kirche nicht noch mehr dieser Peinlichkeit auszusetzen. In Wahrheit geht es nämlich darum, dass wir eigentlich gar nichts mitzureden hätten über dieses Vorplatzerl. Es ändert sich nämlich damit überhaupt nichts, wir können nicht bestimmen, ob der jetzt Kirchenplatz heißt oder nicht, das können sie ganz eigenständig machen, hat rein rechtlich überhaupt keine Dimension. Wir hätten uns aber viel früher Gedanken machen können, ob wir nicht diesen Vorplatz ganz anders gestalten hätten können, weil der endet nämlich jetzt wirklich ein bisschen abrupt am Sparkassenplatz. Diese Frage ist nämlich auch vor einigen Jahren aufgetaucht, ob man sich nicht über die Platzgestaltung dort oben ein bisschen Gedanken machen sollte. Eine zweite Frage gibt es nach wie vor, wollen wir uns die Peinlichkeit wirklich länger geben, dass das noch immer Sparkassenplatz heißt, weil das Problem ist ja prolongiert. Es ist nicht die Welt, es ist keine großartige Geschichte, aber dieser Platz heißt dort immer Sparkassenplatz. Das ist nicht kreativ, das ist nicht schön, das bringt überhaupt nichts. Aber das Problematischste an der ganzen Geschichte ist wirklich die Vorgangsweise, dass man es nicht geschafft hat, wirklich einen normalen Umgang mit den Leuten dort zu finden, dass man mit denen spricht, gemeinsam eine Lösung entwickelt, vielleicht gemeinsam einen Namen findet, sondern dass man nur über die Zeitungen oder über einige Briefe kommuniziert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zutreffend. Ich möchte mich kurz zu Wort melden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich habe den Vorsitz übernommen und möchte dem Herrn Bürgermeister das Wort erteilen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also meine Damen und Herren des Gemeinderates, was mir peinlich ist, ist das, dass nicht reagiert wurde, in einer Form wie man das von einer Gemeinde oder von irgendeiner Stelle, der man schreibt, erwarten kann. Normalerweise hätte ein Schreiben der Stadt an den Pfarrgemeinderat gehen müssen, dass man den Erhalt des Briefes bestätigt, ihn in Evidenz nimmt und Beratungen darüber aufnimmt. Das ist nicht geschehen, das tut mir Leid und dafür entschuldige ich mich.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eines muss ich allerdings schon sagen, Straßenbenennungen bei uns haben einen eigenen Charakter und eine eigene Dimension gehabt. Ich möchte in dem Zusammenhang den Namen Uprimny nennen. Es hat auch andere Namen gegeben und es ist halt üblich geworden, sozusagen zu meinen, irgendwer

meint, ich sage gar nicht wer, das sind Personen, das sind Bürger, irgendwelche Leute die nicht einmal bei uns wohnen, die uns zurufen, wir sollen eine Benennung eines Platzes oder einer Straße vornehmen oder uns einen Brief schreiben, wir sollen das tun. Da bin ich der Meinung dass man höflich sein soll und denen schreiben soll, dass man dieses Schreiben erhalten hat, dass man das in Evidenz nimmt und Beratungen aufnimmt und überlegt, ob man das tut. Wir haben nicht in unserer Zeit, sondern schon früher, ein verhältnismäßig umfassendes Prozedere festgelegt, wie den solche Benennungen vor sich gehen, nämlich, dass früher einmal der Archivar, und daher ist es beim Kulturausschuss angesiedelt, prüft, weil in der Regel sind ja solche Benennungen nach irgendwelchen Personen, großen Söhnen oder Töchtern unserer Stadt vorgenommen worden, welche Verdienstete der oder die betreffende Person erworben hat und ob das in einem positiven Zusammenhang mit der Stadt Steyr zu sehen ist. Das war der Grund dafür, warum man diese Vorgangsweise gewählt hat. Wenn dort eine positive Entscheidung getroffen wurde, das hat der Archivar im Kulturausschuss berichtet, dann ist es in den Bauausschuss gegangen, weil nämlich hier in Wirklichkeit die Baurechtsabteilung zuständig ist um dieses rechtliche Prozedere dann einzuleiten. Also, im Bauausschuss ist dann auch noch einmal darüber befunden worden. So haben wir das in der Vergangenheit abgewickelt und dann ist es, glaube ich, im Gemeinderat noch zu beschließen gewesen. Nicht wahr. Jetzt gibt es, ich weiß es nicht genau, wie viele Vormerkungen. Irgendwelche Leute tun uns kund, sie hätten gerne, dass irgendeine Straßenbenennung nach einem Namen vorgenommen wird. Es gibt Leute, die haben es ganz gerne, wenn ihr Familienname sozusagen auf einer Straße oder auf einem Platz prangt. Dann gibt es halt den Diskurs. Andere haben das wieder nicht so gerne, aber man muss sich darauf einigen. Daher ist es ein bisschen anders, als bei irgendeinem x-beliebigen Geschäftsfall. Ich bin dafür, dass man das in jedem Fall macht. Ich habe nichts dagegen, wenn man die Beratungen flott aufnimmt. Ich halte weniger davon, wenn man eine Liste von solchen Bewerbungen vorliegen hat, ich weiß nicht wie groß sie ist, ich habe jetzt wieder einmal den Auftrag gegeben, ich wüsste gerne, wie viele Vormerkungen es gibt, weil es ist ja auch in Wirklichkeit nicht zulässig, dass irgendwelche Ausschüsse in irgendwelchen vergangenen Jahren irgendwelche zustimmenden Erklärungen abgegeben haben und wir reagieren jeweils auf den letzten Zuruf oder auf das letzte Schreiben, das von irgendwo kommt. Das halte ich nämlich auch nicht für zulässig. Es bleibt uns nicht erspart ja oder nein zu sagen. Ich habe kein Problem ja zu sagen, wenn ich überzeugt bin, dass man das machen soll, ich habe aber auch kein Problem, einmal nein zu sagen. Wahrscheinlich ist ja der Sparkassenplatz auch aufgrund so eines Zurufes entstanden, weil das war ja auch nicht gerade sehr fantasievoll, wenn ich mir das so im Nachhinein überlege. Aber es war nicht sehr einfallsreich und fantasievoll. Natürlich hat uns die Sparkasse den Geist aufgegeben und jetzt liegt es ja nahe, wenn wir so weiter tun, dann müssen wir es Spardaplatz nennen, weil jetzt ist eine andere Bank dort. Wir müssen uns daher auf einen Namen einigen. Eine neue Straße oder einen neuen Platz zu machen dort wo Adressen sind, ist ohnehin problematisch. Ich würde mich auch nicht freuen, wenn der hohe Gemeinderat zur Auffassung gelangen würde, die Wehrgrabengasse plötzlich umzutaufen in ich weiß nicht was.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hermann-Gasse!

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Lieber-Leopold-Platz. Das wäre schon ein guter Name, aber das Prozedere, alle Urkunden. Man muss sich vorstellen, Grundstücksverträge und -festlegungen und alles das, das kostet ja Geld und ist eine irrsinnige Rennerei. So etwas darf man doch nicht leichtfertig machen. Dort wären Gott sei Dank nicht sehr viel Adressen, dort ist es vielleicht machbar. Es ist auch meiner Meinung nach nicht gescheit, ewig das als Sparkassenplatz zu belassen. Nur habe ich noch keinen Namen gehört. Es sind ja jetzt Vorschläge gemacht worden. Mir hat jemand geschrieben, aus dem kirchennahen Bereich, wir sollen ihn Bethlehemplatz oder

Franziskusplatz nennen oder so etwas in der Art. Bitte schön, wir werden uns das überlegen müssen, das bleibt uns eh nicht erspart. Aber jetzt bin ich eigentlich schon froh darüber, meine Damen und Herren, weil wir haben ja nicht die Absicht da kirchenfeindlich zu agieren. Es herrscht in dieser Stadt ein entspanntes Verhältnis zwischen der Politik und der Kirche. Das war ja gar nicht immer so. Ja freuen wir uns doch an dem Zustand. Wer hat denn ein Interesse hier diesen Zustand zu verschlechtern? Die Frage muss man sich stellen, das muss ja erlaubt sein. Also muss ich sagen, sind die Herrschaften dort zu der Überlegung gekommen, ohne dass ich oder ein jemand mir Bekannter Druck ausgeübt hat, machen wir den Vorplatz zum Kirchenplatz und der andere Platz hat eine andere Bestimmung, schreiben sie da drinnen. Also löst sich das Ganze eh in wohlgefallen auf und ich bin der Meinung, dass wir dem Wunsche des Kirchengemeinderates hier Rechnung tragen und rechtzeitig als Gemeinde, als Stadt reagieren, weil mehr ist es ja nicht, beschließen das, was uns da vorgeschlagen wird. Mit dem kann ich zumindest gut leben. Ich habe auch öffentlich gesagt und nicht in einem Kämmerchen, dass ich kein Anhänger der Namensgebung Kirchenplatz da oben bin, weil ich nicht meine, dass das sehr zur Orientierung beiträgt. In einer Stadt wie unserer, wo es sieben oder acht Kirchen gibt, oder sechs Pfarren, wenn man den dann gerade Kirchenplatz nennt, wie soll denn das ein Fremder, der da herkommt, auffinden. Ich halte das nicht für so gut. Ich bin sehr froh darüber, dass der Vorschlag nunmehr vorliegt und ich bitte euch hier wirklich Vernunft walten zu lassen und dem Vorschlag des Kirchengemeinderates, der hier durch diesen Abänderungsantrag unterstützt wird, und offiziell zum Antrag gemacht wird, die Zustimmung zu erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr Vzbgm. Dr. Pfeil bitte.

Ich gebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister zurück.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so kann es ja nicht sein. Ich möchte die Sitzung nicht verlängern, aber wenn das wirklich so beschlossen werden sollte, dann erreichen wir gar nichts. Wenn das der Pfarre nicht gefällt, dann brauchen sie uns gar nicht fragen, dann können sie auch ein anderes Taferl hinhängen. Also ist es völlig egal, was wir heute beschließen und darum warne ich vor diesem Abänderungsantrag. Wir werden sicher diesem Abänderungsantrag nicht zustimmen. Es bleiben nach wie vor 95 % des Hauptantrages übrig: "Was machen wir mit dem Sparkassenplatz?"

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das werden wir heute sicher nicht beschließen, weil ich wüsste nicht welcher Name heute da die Zustimmung finden würde.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da haben wir zwei Jahre Zeit gehabt,

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zwei Jahre Zeit, wenn sie das schon so wollen, für den Namen Kirchenplatz.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber wenn es dort ein Problem ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja was wollen sie denn? Es ist eine Mehrheit da wahrscheinlich nicht für Kirchenplatz zu gewinnen. Also was haben sie dann? Nehmen sie zur Kenntnis, dass eine Mehrheit eher nicht für Kirchenplatz ist und es sind auch Argumente da. Da ist doch nichts tiefenfeindliches dabei. Man kann ja doch einmal anderer Meinung sein. Hört euch die Debatte in der Kirche an, was für Richtungen es da gibt. Das ist ja selbst in der Kirche möglich. Ich verstehe das nicht, dass man auf dem herumreitet, weil man offenbar da eine Bröselpartie reiben will, von ihrer Seite her. Das halte ich nicht für so gescheit.

Kollege Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Zu den Stellungnahmen vom Kulturausschuss möchte ich nichts sagen, aber ich denke, dass die einfachste Lösung wäre, die Anträge zurückzunehmen und das Schreiben der Pfarre zur Kenntnis zu nehmen. Das wäre, glaube ich, die einfachste und solideste Lösung, was wir tun könnten. Die Anträge zurückziehen und das Schreiben der Pfarre zur Kenntnis zu nehmen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, aber ich nehme an, die wünschen sich von uns, dass wir uns als Gemeinderat artikulieren. Immerhin ist das die letzte GR-Sitzung vor der Eröffnung der Kirche. Ich persönlich habe nichts dagegen, aber sie werden sich leichter tun, wenn wir uns dem zustimmend gegenüber äußern. Ich kann jetzt die rechtliche Situation nicht genau abprüfen, wie das ist, aber natürlich, ihr wollt das so interpretieren, als wie wenn einer in eurem Hof, auf eurem Grund ein Schild hinaufhängt und sagt, das ist der „Liebe-Leopold-Platz“. So wollt ihr es interpretieren. Das tun aber offenbar die Kirchengemeinderäte nicht, sonst hätten sie uns nicht dieses Schreiben geschickt. Also, ich interpretiere das anders. Sie möchten gerne haben, dass in Frieden mit der Stadt, immerhin unterstützen wir ja den Kirchenbau, und wie ich die Herrschaften kenne, werden sie noch öfters anklopfen bei der Stadt und es zeichnet sich ja durchaus ab, Platzgestaltung und all diese Dinge, haben sie es sich überlegt und haben gesagt, eigentlich möchten wir vor der Kirche den Namen Kirchenplatz haben. Ich bin da dafür, dass das geschieht. Ich möchte wirklich wissen, was man da dagegen haben kann? Nur dass irgendwer Recht hat?

Es gibt keine weitere Wortmeldung. Schlusswort bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich habe die Diskussion natürlich mit Interesse verfolgt und möchte mich schon dazu auch äußern. Ich habe beim besten Willen kein Problem damit gehabt, dem seinerzeitigen Antrag des Paters Essl die Zustimmung zu geben, den Platz in Kirchenplatz zu benennen. Wenn wir jetzt ein Schreiben vom Pfarrer Essl da haben, das im Prinzip einen Rückzug bedeutet, und sagt, er und der Pfarrgemeinderat hätten sich entschlossen auf eine Splittung und den Platz direkt vor der Kirche als Kirchenplatz zu nennen und den anderen zu lassen für die gewerblichen Betriebe, so dürfte es doch auf das nahe Verhältnis des klerikalen Du-Freundes mit dem „lieben Hermann“ zurückzuführen sein, dass man auf diese Lösung gekommen ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe mit ihm über das gar nicht geredet.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Aber ich sehe kein Problem, dem Wunsche des Pfarrers Essl zu entsprechen. Ich finde es nur bezeichnend, dass dieser Tagesordnungspunkt, der letzte Punkt meiner neun Tagesordnungspunkte, länger dauert, in der Beratschlagung, als die 25 Millionen Schilling, die ich vorher zu vergeben hatte. Ich führe das nur der exzellenten finanziellen Situation der Stadt Steyr zu, dass wir uns diesem 9) Punkt so intensiv widmen und ich ersuche trotz allem jetzt den vorliegenden Antrag zur Abstimmung zu bringen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Abänderungsantrag die Zustimmung gibt, den bitte ich ein Zeichen zu geben.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Zuerst zur Geschäftsordnung. Ist es nicht so, dass zuerst der weitreichendere Antrag ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Abänderungsantrag.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Der weitreichendere Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es gibt nur einen Abänderungsantrag.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich bitte das zu klären.

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:

Vor der Abänderung über den Hauptantrag ist über den Abänderungsantrag so abzustimmen, dass der jeweils weitestgehende Abänderungsantrag ...

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, das ist schon richtig, was ich da mache.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also bitte, wer dem Abänderungsantrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen. 21 (18 SPÖ, 3 ÖVP). Danke. Wer ist gegen diesen Antrag? 1 FPÖ (GR Elfriede Reznar). Wer enthält sich der Stimme? 7 FPÖ, 3 ÖVP (GR Ing. Hack, GR Claudia Durchschlag, GR Maria Koppensteiner), 2 GAL, 1 LIF. Danke, der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Gratuliere!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wissen sie, wenn sie zur Eröffnung von der Kirche gehen, ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das weiß ich noch nicht, ob ich zur Eröffnung gehe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wenn sie dort hin gehen, dann werden sie froh sein, dass das beschlossen worden ist, weil sonst würde das noch hängen bleiben. Das ist das, was ihr kritisiert habt. Das muss ich schon in aller Form sagen. Ich werde nämlich dort sein, zum Unterschied von ihnen. Ich bin zwar nicht so religiös, aber es ist ein großes Ereignis. Eine Kirche ist in den ganzen 10 Jahren noch nicht eröffnet worden und darum werde ich dabei sein. Es sind alle herzlich eingeladen.

Gut, ich danke dem Kollegen Mayrhofer für seine vielen Anträge. Letzter Berichterstatter, Herr Ing. Spanring.

BE: STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. In meinem ersten Antrag geht es um die Regulierung der Eintrittspreise für das Stadttheater und das Alte Theater. Die Eintrittspreise für Veranstaltungen im Stadttheater und Alten Theater wurden letztmals im Jahre 1998 reguliert. Im Hinblick auf diesen zeitlichen Abstand, auf die inzwischen erfolgte jährliche Index-Erhöhung und die zusätzlich anfallenden Kosten für ein Kartenvorverkaufssystem ist es erforderlich, die Eintrittspreise für das Stadttheater und das Alte Theater um durchschnittlich 4,6 % zu erhöhen bzw. bereits jetzt eine Angleichung an den ab 1.1.2002 in Geltung tretenden Euro durchzuführen. In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, dass durch den Wechsel von Schilling auf Euro per 1.1.2002 keinerlei Erhöhung stattfinden wird. Vielmehr werden alle Schillingbeträge auf den nächst niedrigen geraden Eurobetrag abgerundet. Ich ersuche den hohen Gemeinderat von der Verlesung des gesamten Amtsberichtes Abstand nehmen zu dürfen und möchte den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat vortragen.

18) K-16/01 Regulierung der Eintrittspreise für das Stadttheater und das Alte Theater.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB VI, Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 2. April 2001 wird der Erhöhung der Eintrittspreise sowie den dazugehörigen allgemeinen Bestimmungen entsprechend dem im zitierten Amtsbericht unterbreiteten Vorschlag mit Wirkung vom 1.9.2001 zugestimmt.

Bis zum 31.12.2001 gelten die Schillingbeträge, ab 1.1.2002 ausschließlich die Beträge in Euro.

Ich ersuche um Diskussion und Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Frau Kollegin Reznar bitte.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, es gibt immer wieder lustige Geschichten. Leider kann man nicht darüber lachen, weil sie so trostlos sind. Da gibt es einen Kulturausschuss, bei dem geht es drunter und drüber. Da gibt es Protokolle über den Kulturausschuss die nicht Hand und nicht Fuß haben, die schlichtweg falsch sind. Da gibt es Tagesordnungen für den Kulturausschuss, die keine Tagesordnungspunkte beinhalten, die im vergangenen Kulturausschuss beschlossen wurden, dafür gibt es Anträge für diesen Ausschuss, die nicht auf der Tagesordnung stehen, und die aber eine eklatante Preiserhöhung beinhalten und von der Hunderte von Personen betroffen sind. Immerhin geht es um eine Theater-Abonnement-Preiserhöhung. Das Theater ist normalerweise ausverkauft. Im letzten Kulturausschuss wurde absichtlich ein Mikrofon installiert, damit die Wortmeldungen der einzelnen Kulturausschussmitglieder wortgetreu auch wiedergegeben werden können. Jetzt schaue ich mir das Protokoll darüber an, da steht unter dem Punkt 3 b), Eintrittspreise für das Stadttheater und das Alte Theater, Frau Hießmayr erklärt den Amtsbericht. Also der Amtsbericht hätte ja bereits am Beginn der Kulturausschusssitzung ausgeteilt werden können, damit man wenigstens ein paar Minuten Zeit hat, sich damit auseinander zu setzen. Wurde nicht gemacht, könnte sein. Aber es geht nicht nur darum, dass der Amtsbericht vielleicht erläutert wurde, wie auch immer, sondern der Herr Sommer weist auf Groschenbeträge hin, dann wurde vereinbart, dass die Kosten des Abonnements III, das ist also der einzige Satz, der über die Theaterabonnementspreise Auskunft gibt, im Stadttheater um 20 % herabgesetzt werden sollen. Das Abonnement III, das habe ich mir dann angesehen, das ist das Jugendabonnement. Das ist okay, aber noch immer kein Wort über Theaterabonnementspreise, noch immer kein einziges Wort. Aber Dienstsitze für die Polizei, für die Feuerwehr müssen auf Anforderung freigehalten werden. Das ist ganz wichtig für den Abonnementspreis. Der Herr Fiala weist auf eine Situation der Vereine und der Feuerwehrgebühren hin. Das ist auch ganz wichtig für das Theaterabonnement.

GEMEINDERAT MARTIN FIALA:

Das ist ein anderer Punkt!

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Gleicher Punkt, 3 b).

GEMEINDERAT MARTIN FIALA:

Sie waren aber nicht dabei. Oder?

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Es ist aber korrekt von ihnen, dass sie das zur Sprache bringen, es ist absolut korrekt, ich mache ihnen keinen Vorwurf Herr Fiala, aber es hat mit dem Theaterabonnementspreis nichts zu tun. Der Herr Sommer weist auf eine Zuerkennung der Subventionen hin. Bitte, was hat das mit dem Theaterabonnement zu tun? Der Herr Lengauer schlägt vor, die Kulturschaffenden anzuschreiben. Wo ist da ein Zusammenhang mit dem Theaterabonnementspreis? Dann wird über den Punkt 3 b) einstimmig abgestimmt. So, das war es. Das ist dann der Amtsbericht, das ist alles korrekt, es ist eine durchschnittliche 5 %ige Erhöhung, aber bitte, wo steht wie darüber diskutiert worden ist, wie kann man das aus einem Protokoll herauslesen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut, ich weiß nicht was kritisiert wird, das Protokoll, die Protokollführung oder die Aussagen der

Mitwirkenden. Ich war auch nicht dabei, aber ich nehme an, es wird der Vorsitzende des Ausschusses einige Erklärungen abgeben, sodass wir mehr Licht bekommen.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Vorsitzenden, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Ich möchte mich jetzt einfach nicht hinreißen lassen, das alles zu sagen, was in meinem Herzen drinnen kocht, denn in der ganzen Zeit, wo ich Vorsitzender des Kulturausschusses war, war mein Bestreben, war unser Bestreben im Kulturausschuss, im Sinne und für die Kultur zu arbeiten. Dass dann und wann, irgendwo und wann die Nerven irgendwem durchgegangen sind, ist ein Problem. Hat sicherlich mit auch eine Ursache im vorletzten Protokoll. Das vorletzte Protokoll war nicht ordentlich, das vorletzte Protokoll hat nicht gestimmt. Ich habe selbst mit dem Protokollschreiber viele Stunden gearbeitet, habe dann, wie ich gemeint habe es wäre das Wesentliche im Protokoll drinnen, das Protokoll auch unterschrieben, habe mich auch entschuldigt, dass das Protokoll nicht so geworden ist, wie es hätte sein sollen. Die Damen und Herren, welche die Protokolle sonst geschrieben haben waren erkrankt, es wurde jemand anderer geschickt, der keine Erfahrung im Schreiben eines Kulturprotokolls hatte. Um all diese Dinge dann nicht mehr passieren zu lassen, habe ich ersucht, dass wir im Kulturausschuss ein Mikrofon aufstellen, damit also derartige Probleme nicht mehr passieren können. Es hat aber dann geheißen, es ist nicht notwendig, das Protokoll wortwörtlich zu schreiben, sondern es genügt das Mitschreiben wesentlicher Meinungen und das Abstimmen der Anträge. Daher sind also auch beim letzten Protokoll vom 5. April jene Dinge drinnen, von denen man gemeint hat, dass sie interessant sind für die Teilnehmer und dass sie auch wesentlich sind für jene, die nicht mehr teilgenommen haben. Wenn wir dann im Protokoll drinnen haben, bei den Theaterpreisen, die Preise und die Theaterbestimmungen haben wir ja im Amtsbericht stehen, die brauchen wir ja nicht wieder im Protokoll wiederholen. Es war aber dann sehr interessant die ganze Frage der Sitzverteilung, weil wir einfach gemeint hätten, es ist nicht mehr zeitgerecht oder zeitgemäß, dass einige Gruppen 5 Plätze, 7 Plätze hätten. Wir haben gemeint, das könnten wir einschränken, dass wir also weitaus mehr Plätze verkaufen, dass wir die Plätze für das Kulturamt einschränken, dass wir die Dienstsitze für die Polizei, Feuerwehr, Presse einfach nicht mehr dezidiert in der Summe nennen, sondern dass wir sie nach den tatsächlichen Anforderungen freihalten, weil es ja keinen Sinn hat Plätze freizuhalten für Leute die nicht kommen. Das steht alles im Protokoll. Das waren einfach aus unserer Sicht her die wichtigen Dinge. Die Preise haben sie im Amtsbericht. Es steht dann auch drinnen, dass wir im Gespräch dieses Abonnement III sehr begrüßt haben und dass wir geschaut haben, dass das Abonnement III günstig sein soll um es für ein Jugendabonnement wirklich zu akzeptieren. Auch das steht wieder im Protokoll. Also ich denke, dass die wesentlichen Dinge schon drinnen stehen. Natürlich, wer überhaupt nicht dabei war, für den mag manches einer Erklärung bedürfen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Darf ich nur ganz kurz eine Zwischenfrage stellen, Herr Kollege Lengauer, nämlich genau zu diesem Antrag. D. h., der Antrag der während der Sitzung ausgeteilt wurde, mit den neuen Preisen, hat sich während der Sitzung nicht verändert, was die Preise anbelangt.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Bei den Preisen nicht. Beim Jugendabonnement III, dort haben wir das ermäßigt. Das Jugendabonnement haben wir ermäßigt, da hat der Kollege Klausberger hingewiesen, dass das also nicht nur Jugendabonnement heißen soll, sondern dass man das auch wirklich vom Preis her jugendgerecht machen soll. Das steht auch im Protokoll.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Nächste am Wort ist die Kollegin Frech. Bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ja, ich möchte mich nicht über den Kulturausschuss als solches äußern, weil dann müsste man wahrscheinlich die Sitzung bis morgen früh abhalten, ich möchte mich auf diesen vorliegenden Antrag beschränken. Da ist mir eines eigentlich relativ komisch vorgekommen, und ich bin gespannt auf die Antwort, die ich auf meine Fragen bekomme. Und zwar: Es ist ja schon erwähnt worden, dass man zwar wusste, dass diese neuen Eintrittspreise bereits in Arbeitung sind, man nennt das jetzt Regulierung der Eintrittspreise, das ist neu, bisher haben wir immer Anpassung gehabt, jetzt regulieren wir, diese Regulierung der Eintrittspreise muss an sich ja bekannt gewesen sein. Trotzdem hat man bei uns in der letzten Ausschusssitzung, wo noch alle Fraktionen anwesend waren, gesagt, das ist sich zeitlich irgendwie nicht ausgegangen, und wir bekommen diesen Antrag nicht einmal vor der Sitzung, sondern während der Sitzung, nämlich jetzt diese neuen Preisvorschläge. Wenn sie sich aber diesen Amtsbericht durchlesen, den sie jetzt in Händen halten, dann ist da ein Datum vom 2. April oben. Dann steht aber im Text: „Die Fachabteilung für Kulturangelegenheiten erlaubt sich im Einvernehmen mit dem Kulturausschuss der Stadt Steyr (Sitzung vom 5. April 2001) sowie dem stadträtlichen Referenten, Herrn Ing. Dietmar Spanring, nachstehende Änderungen vorzuschlagen.“ D. h., man hat schon gewusst, bevor der Ausschuss überhaupt beginnt, dass der Ausschuss zugestimmt hat. Das ist für mich nicht ganz nachvollziehbar, wie ich am 2. April ein Schreiben verfassen kann und darauf verweise, dass am 5. April das im Einvernehmen mit dem Kulturausschuss so beschlossen worden ist. Also wie das geht, klären sie mich bitte auf, das kann ich mir nicht vorstellen.

Was dann ganz interessant ist, es steht im Amtsbericht, durchschnittlich 4,6 % zu erhöhen und da muss ich die Frau Kollegin Reznar korrigieren, die sagt, ja, durchschnittlich sind es 4,6 %. Wenn sie sich das ansehen, das sind nie im Leben 4,6 %, sondern es sind einmal 10 %, manchmal ein bisschen darunter, aber das durchschnittlich 4,6 % stimmt so nicht, sie haben in manchen Bereichen durchaus eine zweistellige Prozenterhöhung. Warum schreibt man dann auf die erste Seite durchschnittlich 4,6 %. Wenn ich böse bin, muss ich sagen, man vermutet, der Gemeinderat liest sich das durch, durchschnittlich 4,6 %, da kann man nichts dagegen sagen, Verbraucherpreisindex usw., wird schon gehen.

Der nächste Punkt, und der ist für mich sehr interessant, nachdem der Kollege Lengauer mir gesagt hat, dieser Amtsbericht, so wie er hier vorliegt, da hat sich im Kulturausschuss, weil drei Fraktionen waren ja dann nicht mehr anwesend, von den Preisen her nichts mehr geändert. Wie gibt es dann aber, dass ich einen Entwurf habe, zur Vorlage in den Kulturausschuss mit ebenfalls Datum 2. April, wo gänzlich andere Tarife drinnen stehen?

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Groschen!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nicht Groschen! Herr Kollege Lengauer, wenn das Groschen sind zwischen S 261,-- im Entwurf und S 265,-- im aktuellen Amtsbericht, zwischen S 165,-- im Entwurf und S 170,-- in dem Amtsbericht, der ihnen jetzt vorliegt, usw. D. h., man hat eine höhere Erhöhung vorgenommen, als im Entwurf des Kulturamtes vorgesehen war. Nachdem aber der Kollege Lengauer gerade mitgeteilt hat, dass im Ausschuss keine Erhöhungen beschlossen worden sind, sondern das so genommen worden ist was als Antrag da war, dann frage ich mich eigentlich, wie gibt es diese Differenzen. Beide Schreiben sind mit 2. April datiert, und haben völlig unterschiedliche Preise. Da bitte ich wirklich um Aufklärung wie das sein kann und warum man plötzlich erhöht hat.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Nächster ist der Kollege Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, mittlerweile merken auch sie, in der Kultur läuft nicht alles rund bei uns in Steyr. Wir könnten jetzt über Protokolle diskutieren, über einzelne Tarife, das haben meine Vorredner gemacht. Ich denke, das Thema müsste man einmal ein bisschen grundsätzlicher diskutieren und da gibt es für mich zwei Ansatzpunkte. Was wir nicht tun sollen ist, es zu reduzieren, dass irgendwer ein Protokoll zu lange oder zu kurz verfasst hat oder da irgendwas drinnen steht. Andererseits, ein Kulturamt, eine Verwaltung, wie Sitzungen vorbereitet werden, welche Akten vorliegen, wie vollständig oder wie nichtvollständig die sind, wann wir Anträge z. B. auch über Tarife bekommen. Es ist für mich als Kulturausschussmitglied nicht entscheidbar, wenn ich während der Sitzung so eine wichtige Materie zugespielt bekommen und dann auch in der Sitzung noch entscheiden soll. Das ist praktisch unmöglich. D. h., einerseits die Vorbereitung der Sitzungen, das betrifft den Ausschussvorsitzenden, den Stadtrat, die nicht in Ordnung ist, das geht weiter in das Kulturamt, wo es scheinbar keine klaren Aufträge gibt, wo auch nicht alles rund läuft. Da gibt es Gründe, die erklärbar sind, wo man auch nachsehen kann, da gibt es mittlerweile so eine Anhäufung von Ungereimtheiten und wieder eine Peinlichkeit, nämlich die Chance den Steyrer Künstler Mostböck in diesem Jahr zu präsentieren die vertan worden ist. Der Bürgermeister ist ja, wie ich weiß, über die Vorgänge rund um diese Angelegenheit genauestens informiert. Aber das ist nur ein Beispiel. D. h., es muss sich in diesem Bereich sehr schnell etwas tun. Wie kann sich in diesem Bereich etwas tun? Dass man sich endlich einmal, auch als Kulturausschuss oder wer auch immer sich zuständig fühlt, über die Kulturpolitik und über die Zukunft der Kulturpolitik in dieser Stadt Gedanken macht. Denn derzeit wird ins Luftleere hineingearbeitet. Es gibt keine Zielsetzungen, es gibt keine Leitlinien. Meines Erachtens, und das ist nicht nur meine Meinung, das ist die Meinung vieler Personen, und es ist besonders die Meinung derjenigen, die betroffen sind, nämlich der Künstlerinnen und Kulturschaffenden, dass das Kulturamt viel zu viel mit sich selbst beschäftigt ist, einerseits, viel zu viel selbst veranstaltet, viel zu wenig die Interessen der Vereine und Kunst und Kulturschaffenden wahr nimmt, personell überfordert ist. Ich will den Beamten überhaupt keine Schuld geben, die kommen einfach mit der Arbeit nicht mehr zusammen, das ist das Problem. Die haben einfach zu viel zu tun für die Aufgaben, die sie sich auch zum Teil selbst auferlegen. Da werden Festivalschwerpunkte gesetzt, die von der Stadt selbst veranstaltet werden, Vereine die etwas auf ehrenamtlicher Basis veranstalten wollen, können das nicht und es gibt auch keine Kommunikation. Es gibt zwischen den Vereinen und dem Kulturamt beinahe keine Kommunikation. Ich sage, bevor das nicht funktioniert, bevor wir so viel Zeit und Energie in eigene Veranstaltungen investieren und alle Vereine und Kunstschaftenden damit vergraulen und es nicht schaffen z. B. eben den Herrn Mostböck mit einer Ausstellung, mit einem Katalog, sich bei ihm für seine Tätigkeit zu bedanken, da stimmt einiges nicht. Es wäre viel gescheiter wir würden uns über das unterhalten, als über das, ob irgendeiner ein Protokoll schreiben kann oder nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Lengauer die 2.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Den letzten Satz vom Herrn Kupfer unterstreiche ich, zum anderen möchte ich schon etwas sagen. Wir hätten es uns in der Kulturarbeit sehr leicht machen können und wir hätten sagen können, vom 20. Dezember bis zum 15. April gibt es keinen Kulturausschuss, denn der Kulturamtsleiter ist durch einen Unfall ausgefallen, Beamte sind krank gewesen, daher gibt es keinen Kulturausschuss, warten wir bis wieder alles so läuft, dass die Beamten wieder alle da sind. So hätten wir das auch machen können, aber das wollten wir nicht, weil ja die Kultur etwas Lebendiges ist, weil die Kultur

Entscheidungen und Entschlüsse braucht. So war es eben auch bei der Vorbereitung des Kulturausschusses für den April, wo der Kulturamtsleiter eben noch nicht da war und die Frau Hiesmayr krank war und dann einfach die Tarife angestanden sind und es ja bei uns im Kulturausschuss dann und wann so war, dass dringende Themen aufgenommen wurden in die Kulturausschusssitzung.

Dass wir ins Luftleere hineinarbeiten, das stimmt so nicht. Vielleicht haben wir den Gemeinderat zuwenig informiert. Der Kulturausschuss hat am 6. April 2000 eine Klausurtagung in Steinbach gehalten. Dort haben wir sehr wohl die Arbeit des Amtes, die Arbeit des Kulturausschusses aufgeschlüsselt. Wir haben alle möglichen Dinge überlegt und natürlich sind diese Arbeiten noch nicht abgeschlossen. Der Kulturamtsleiter hat erst sein Amt übernommen und hat ersucht, ein Jahr Schonfrist zu haben, um ein Konzept auszuarbeiten. Das Konzept ist jetzt ausgearbeitet und liegt zum Gespräch und zur ersten Überarbeitung bei der Magistratsdirektion. Also, es geschieht etwas. Wir haben weiters versucht, Subventionsrichtlinien zu erarbeiten. Das ist auch nicht von heute auf morgen gegangen. Ich weiß, auch mir selbst geht es zu langsam, aber es geht nicht alles so schnell. Gerade in der Kultur gehört viel überlegt und dann gibt es sowohl auch die Gespräche mit den Kulturtreibenden und mit den Kulturschaffenden. Es ist also auch nicht richtig, dass wir mit denen keine Koordination betreiben, dass wir keine Gespräche betreiben. Sicherlich ist die Arbeit noch nicht vollendet, aber wir sind in der Arbeit drinnen. Ich stimme dort überein, dass ich auch überzeugt bin, dass das Kulturamt selbst mit Arbeit überlastet ist, dass dort in der Personalsituation sicherlich etwas geändert gehört und ich erhoffe mir vom Konzept, welches der Kulturamtsleiter erarbeitet hat, dass wir dort dann neue Überlegungen und auch neue Dienstbeschreibungen schaffen können. Also, gut Ding braucht Weile. Linz hat auch sieben Jahre gebraucht, bis das Kulturkonzept gestanden ist, bis alle Überlegungen wirklich auch so waren, dass sie veröffentlicht werden konnten und dass man auch danach leben und handeln konnte. Wir müssten das alles, was weiß ich, in 1 ½ oder 2 Jahren schaffen. Das geht nicht, ich denke auch in der Verantwortung der Kultur gegenüber nicht. Ich möchte nach wie vor meinen, dass die Mitglieder des Kulturausschusses, und da meine ich alle, ich meine auch die vier, die uns bei der letzten Sitzung verlassen haben, die haben uns ja auch nicht aus Jux und Tollerei verlassen, sondern aus ihrer Sicht auch um die Sorge für die Kultur, das nehme ich an und das akzeptiere ich auch so, obwohl mir die Vorgangsweise nicht gefallen hat. Ich hätte mir gedacht, im Reden könnten wir vielleicht mehr schaffen. Ich gestehe und bin überzeugt, dass es sicherlich auch Sorge um die Kultur war. Ich denke, wir müssen wieder zusammenfinden, wir müssen wieder die Kultur sehen. Im letzten Dreivierteljahr waren halt einfach missliche Umstände, die uns in der Arbeit gehindert haben, das stimmt, aber dass wir bewusst oder aus Dummheit der Kultur geschadet haben, das sicherlich nicht. Wir haben für die Kultur gearbeitet und in Verantwortung für die Kultur gearbeitet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist Kollege Gabath.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Geschätztes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Beamte, Presse. Kultur! Ich bezeichne mich nicht als Spezialist in diesen Bereich, ich genieße Kultur. Kultur heißt für mich eigentlich im Sinne des Wortes „Pflege“. Ich unterstelle jedem, der bestrebt ist für die Kultur etwas zu tun, dass er pflegen will, dass er die Allgemeinheit, das Zusammenleben, pflegen will. Es gibt verschiedene Arten von Kultur. Das was wir hier diskutieren ist sehr viel mit Kunst, Kunstförderung, aber es gibt auch die Kultur, vielleicht gibt es sogar irgendwo eine politische Kultur, aber ich stehe für die Kultur des Zusammenlebens. In der Kultur des Zusammenlebens ist es, glaube ich, das Wichtigste, den Nächsten zu achten, seine Meinung zu achten, seine Meinung zu hören und seine Meinung sagen lassen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist der Kollege Klausberger.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Genau um das geht es, was der Kollege Walter Gabath gesagt hat und ich ersuche alle Mitglieder des Kulturausschusses, dass wir uns wieder zusammensetzen, dass wir ...

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

„Wir bleiben zusammen!“

Gelächter

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Wir werden nicht den Film drehen, lieber Andy, der ist schon abgedreht, wir können uns den Film dann noch gemeinsam ansehen, aber ich bin auch einer, meine Damen und Herren, der sich manchmal über Dinge sehr ärgert, die anders passieren könnten, die besser hätten vorbereitet sein können. Gerade in dieser Sitzung war ich auch nicht erfreut, am Anfang mit Themen konfrontiert zu sein, die keinerlei Vorbereitung ermöglicht haben. Ich war dann in der Situation, in der drei Fraktionen ausgezogen sind, nicht im Beratungsraum anwesend. Ich bin erst wieder zu den Beratungen gestoßen, als nur mehr SPÖ und ÖVP im Raum anwesend waren. Ich glaube aber, dass es nicht der Sinn und Zweck eines gemeinderätlichen Auftrages sein kann, dass man den Saal verlässt und dann nicht mehr mitberät und nicht mitredet und nicht mitentscheidet. Daher habe ich, obwohl ich verärgert war, mitberaten, mitverhandelt und mich in der Sache in den Dienst der Steyrer Kulturpolitik gestellt. Der Kollege Lengauer hat es angesprochen, Michaela, beim Abonnement III sind auf meinen Vorschlag hin für die Jugendpreise Kürzungen von 20 % erfolgt. Elfriede Reznar, du hast gesagt, es ist nur Stroh gedroschen worden. Ich habe mir das Protokoll auf deine Wortmeldung hin angeschaut, es ist tatsächlich eine Kurzfassung. Meine Wortmeldung z. B. steht nicht in dieser Form drinnen, sondern es steht nur das Ergebnis drinnen. Ich bin damit zufrieden, ich kann damit leben, aber es geht darum, dass wir schon sehr ausführlich und sehr intensiv z. B. diese Frage des Jugendabonnements beraten haben. Im Vergleich der beiden Amtsvorträge, die dem Ausschuss und der heutigen Sitzung vorgelegt sind, es ist tatsächlich im Sinne der Beratungen um diese

20 % der Preis beim Jugendabonnement gekürzt worden und das kann ja nur unserer Jugend zugute kommen.

Meine Damen und Herren ich darf, als einer der Älteren des Kulturausschusses, noch einmal appellieren, auch im Sinne dessen was Gabath Walter zum Thema gesagt hat, gießen wir das Pflänzchen der Kultur und setzen wir uns wieder zusammen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja meine sehr verehrten Damen und Herren, ich könnte es mir jetzt natürlich leicht machen und mich in meinen Sessel zurücklehnen und sagen ich bin ja nicht mehr hauptverantwortlich für die Kultur als Kulturreferent, drei Jahre, vier Jahre sind ins Land gegangen und die großen Versprechungen die gemacht worden sind, sind alle samt und anders nicht einmal nicht eingetroffen, sondern es ist alles nur etwas schwieriger geworden, was die Kultur betrifft. Ich möchte mich nicht allzu sehr auslassen,

weil wir haben heute einen Tagesordnungspunkt zu besprechen, da geht es um Tarifierhöhungen im Bereich des Theaterabos. Aber einige Dinge, einige Angelegenheiten möchte ich schon kurz anreden, weil ich sie so nicht im Raum stehen lassen kann, weil auch in der Öffentlichkeit diskutiert worden ist, auch Leserbriefe geschrieben worden sind. Ich habe bei beiden Leserbriefen, die da in den letzten Wochen herumgeistert sind, Entwürfe zuhause gemacht. Ich wollte einen Gegenleserbrief machen. Ich habe es dann nicht gemacht. Manchmal ist es gut, wenn man den dann nicht absendet, man schläft einmal darüber. Aber in der Sache der Kultur ist es vielleicht gut, dass man nicht Öl ins Feuer gießt, sondern dass man sagt, vielleicht werden sie es irgendwann doch kapieren, dass es so nicht laufen kann. Es kann ja nicht so sein, dass man sich immer noch auf vergangene Zeiten ausredet, der Herr Dr. Lutz und der Herr Dr. Pfeil haben alles in den 6 Jahren kaputt gemacht und wir müssen alles aufräumen. Wenn der Herr Lengauer jetzt sagt, der Herr Kulturamtsleiter ist jetzt ein Jahr in seiner Stelle, wie er es zuerst gesagt hat, das stimmt ja nicht. Ich denke, irgendwann wird es auch langweilig, wenn man sagt, das ist alles in der Vergangenheit passiert. Es sind drei Jahre jetzt vergangen und ich denke, man sollte sich wirklich einmal selbst, alle Betroffenen, an der Nase nehmen, dass man für die Kultur etwas macht.

Ich bin kein Formalist, wer mich kennt weiß es, aber man muss natürlich gewisse pragmatische Voraussetzungen als Vorbereitung für eine Sitzung haben. Das ist ganz klar. Es muss für jeden Bereich einen Amtsvorschlag geben. Wenn man sich darauf einigt, dass man Sitzungen nur mit Tagesordnungspunkte besetzt, die auf der Tagesordnung sind, dann sollte man das nicht willkürlich ändern und es gehört auch wohl vorbereitet. Auch die Anwesenheit des Kulturamtschefs ist ja nicht nur während seiner Krankheit ausgeschlossen gewesen oder war ja nicht immer gegeben. Ich erinnere mich auch hier, nur ein kleines Detail am Rande, es hat einmal einen großen Aufstand gegeben, weil der Herr Dr. Lutz eine ¼ Stunde früher weg musste, weil er seinen Autobus in die Prärie hinaus erreichen wollte. Dann wurde ihm per Weisung erteilt, er müsse hier bleiben. Jetzt sitzen wir lange Sitzungen beieinander und überlegen uns, wie eine Subventionsordnung aussehen sollte. Ich denke, das ist nicht die Arbeit eines Kulturausschussmitgliedes, sondern es ist die Arbeit eines Kulturausschussmitgliedes in so einem Fall, dass man Stellung bezieht, dass man Abänderungen vornimmt. Aber es kann nicht sein, dass wir von uns aus so lange zusammensitzen, ohne Juristen, ohne Kulturamtschef, dass wir uns da die Tage vertun. Es war ein guter Ansatz, ich konnte leider aus beruflichen Gründen nicht teilnehmen, eine Klausur in Steinbach zu machen. Das hat mir gut gefallen, auch das Protokoll hat mir gut gefallen, nur es folgen dann die Taten und der Vorwurf bleibt im Raum bestehen.

Ich komme jetzt auf den Amtsbericht zurück, der heute hier zur Abstimmung liegt. Meine Damen und Herren, es fehlen auch hier die elementaren Voraussetzungen, die einen Amtsbericht auszeichnen sollen. Es soll eine nachvollziehbare Begründung für die Preiserhöhungen, das kann man ja durchaus sagen, geben. Es wird nur gesagt, zwischenzeitlich die jährliche Indexerhöhung, das kann ich mir raussuchen, das ist noch erklärlich. Aber warum sind die Kosten für das Kartenvorverkaufssystem so teuer geworden? Haben wir da vielleicht ein organisatorisches Problem? Wenn ja, dann müsste das begründet werden.

Auf eines ist in der Diskussion überhaupt vergessen worden. Wir haben jetzt in diesem Antrag eine Koppelung an den Verbraucherpreisindex automatisch, wenn wir das heute so beschließen würden. D. h., es wird automatisch, und gerade im kulturellen Bereich halte ich das für sehr gefährlich, dass man automatisch eine Erhöhung hat. Manchmal, wie das Jugendabo zeigt, muss man die Möglichkeit haben azyklisch eine Erhöhung oder eine Erniedrigung zu machen und deshalb würde ich auch den Punkt 4) nicht drinnen haben. Ich ersuche noch einmal, wir müssen sicherlich eine Kulturdiskussion in dieser Stadt abführen, das bleibt uns nicht erspart. Dieser Antrag ist nicht damit gegeben oder fertig, dass man ihn zustimmend zur Kenntnis nimmt. Ich denke, die Diskussion muss erst beginnen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Frech die 2.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ja, wieder zurück zum eigentlichen Antrag. Mir ist noch immer nicht klar und niemand hat mir erklären können, wie es diese Diskrepanz gibt. Gerhard, du hast dich darum bemüht, nur, du erklärst nur warum der Preisunterschied beim Jugendabo da ist, aber kein einziger Betrag aus diesem Entwurf vom 2. April stimmt mit dem was sie als Amtsbericht hier mit 2. April stehen haben zusammen. Wenn es wie gesagt keine große Diskussion im Kulturausschuss gegeben hat, dann frage ich mich, wer hat diese Änderungen vorgenommen. Wer? Das ist typisch für die gesamte Geschichte im Kulturausschuss. Nur ein kleiner Seitenvermerk, man hat immer das Gefühl gehabt alle arbeiten irgendwie, alle bemühen sich, aber irgendwo ist ein ominöser Geist, der alles ein bisschen verhindert. Diesen Eindruck habe ich zumindest nach drei Jahren gewonnen. Alle bemühen sich, alle sind brav, alle versuchen lieb miteinander umzugehen, aber im Endeffekt wird nicht wirklich was draus. Also, die Erklärung ist man mir bis jetzt schuldig geblieben.

Zurück zu diesem Jugendabo. Eines verstehe ich nicht ganz, aber vielleicht fehlt mir da einfach das nur dafür nötige Know-how. Wie kann es sein, dass man ein Jugendabo macht, beschränkt auf Jugendliche bis 18 Jahre, das im Prinzip teurer kommt als wenn der Jugendliche sich die Einzelkarte nimmt, weil er ohnedies als Schüler, als Lehrling, als Zivildienstler 50 % Ermäßigung hat. Jemand der unter 18 ist, ist im Regelfall Schüler, Lehrling, da gibt es nichts anderes. Wenn sie sich die Tarife ansehen, die sie bei diesem Jugendabo haben, trotz dieser Senkung die dann scheinbar im Ausschuss beschlossen worden ist, ist es noch immer teurer, als wenn ich jetzt die 50 %ige Ermäßigung in Anspruch nehmen. So wie es jetzt drinnen steht, die aktuellen Tarife sind höher, als wenn der Jugendliche sich die Einzelkarte kauft.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Der wird sich das selber ausrechnen können.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber bitte wir sollen doch nicht den Jugendlichen etwas anbieten was ihnen teurer kommt, als wenn sie sich Einzelkarten kaufen.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Nicht der Jugendliche, das Amt muss rechnen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, das würde man annehmen. Aber man würde auch annehmen, dass der Kulturausschuss sich das durchliest, was ihm vorgelegt wird. Aber diese Möglichkeit, wie gesagt, da sind wir wieder am Beginn, wird ihm ja meistens genommen, indem man schnell während einer Sitzung etwas austellt, und Zeit sich das anzusehen, hat man zu einem anderen Zeitpunkt. Um noch einmal auf das zurückzukommen. Eines ist schon interessant, in dem aktuellen Bericht, was ihnen vorliegt, habe ich unter Abo 1 a) einen Tarif von S 2.226,--. Diese S 2.226,-- sind aber dann im neuen ...

Diskussion verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Entschuldigung, sie haben einen mit S 2.270,-- beim Abo 1 a) aber ursprünglich war nur ein Preis

von S 2.226,-- vorgesehen. Beides ergibt aber die gleiche Eurosumme lt. Amtsbericht. Wie kann das sein, dass S 2.270,-- die gleiche Eurosumme ist wie S 2.226,--? Das verstehe ich nicht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, ich habe inzwischen den Vorsitz übernommen. Gibt es noch eine Wortmeldung? Wer meldet sich noch zu Wort? Keine Wortmeldung mehr. Wenn das nicht stimmt, was die Frau Mag. Frech gesagt hat, dann können wir den Antrag eh nicht beschließen.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Zur Geschäftsordnung!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Bitte sehr.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Zur Geschäftsordnung. Ich möchte den Antrag stellen, dass wir diesen Antrag, weil er doch nicht ganz so durchschaubar ist und nicht ganz so gerechnet ist, zurückstellen, dem Ausschuss zuweisen, dort neuerlich beraten und ihn dann in der nächsten Gemeinderatssitzung zu einer Beschlussfassung vorlegen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wer mit diesem Abänderungsantrag für die Rückstellung zum Ausschuss zur neuen Überarbeitung einverstanden ist ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Jeder hat eine Wortmeldung?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, wer wünscht das Wort dazu? Ich sehe das ist nicht der Fall. Wenn sie mit diesem Antrag einverstanden sind, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme, dass dieser Antrag dem Kulturausschuss zugewiesen wird und neu überarbeitet wird. Danke.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates. In meinem letzten Antrag geht es wieder um eine Tarifordnung und zwar der Volkshochschule Steyr. Ich hoffe, dass in diesem Fall die Zahlen stimmen. Der Grund dieser Erhöhungen liegt unter anderem auch in der zurückliegenden Erhöhung von 1999 bzw. ebenfalls in der Angleichung an den Euro. Ich ersuche auch in diesem Fall auf die Verlesung der gesamten Liste zu verzichten und möchte den Antrag stellen.

19) VH-12/01 Tarifordnung der Volkshochschule der Stadt Steyr; Kursleiterhonorare und Kursgebühren.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB VI, Fachabteilung für Erwachsenenbildung, Dienststelle Volkshochschule vom 4. April 2001 wird die Tarifordnung der Volkshochschule der Stadt Steyr, Kursleiterhonorare und Kursgebühren, entsprechend dem im zitierten Amtsbericht unterbreiteten Vorschlag, mit Wirkung ab 1. 9. 2001 neu festgesetzt.

Ich ersuche um Diskussion und Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ich hoffe, dass diese Zahlen in Ordnung sind.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Die hat wer anderer gerechnet.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? 2 (1 LIF, 1 GAL - GR Andreas Kupfer). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

So, jetzt sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung. Es wurden Beträge von 21.046.000,-- beschlossen.

Wir kommen jetzt zur „**Aktuellen Stunde**“. SPÖ?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL: Ja, Frau Reznar bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Um was geht es denn? Wollen sie den Herrn Bürgermeister dabei haben?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Na klar wäre es nicht schlecht, weil es ihn betrifft.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Ich möchte ihn direkt ansprechen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Frau Reznar, vielleicht fangen sie schon einmal an.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Wie sie möchten. Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Es gibt manchmal Situationen, wo man nicht weiß, ob man auch richtig hingehört hat. Anlässlich der Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages zwischen San Benedetto und Steyr habe ich mich leider nicht verhört, offenbar. Der Herr Bürgermeister verschenkt mit Stolz und geschwellter Brust ein Bild aus dem Steyrer Stadtarchiv. Ein Aquarell von Franz Dworschak, das also archiviert ist und der Stadt Steyr gehört. Es steht im Amtsblatt vom 15. 10. 1985, anlässlich des Todes von Franz Dworschak, Dworschak hat einen Teil seiner Werke der Stadt Steyr für die Sammlungen des Heimathauses übereignet. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Herr Dworschak da eine rechte Freude hätte, denn das ist ein Geschenk, das kein Geschenk sein dürfte, denn dieses Bild ist lt. § 2 d. Denkmalschutzgesetzes, öffentlich rechtliches Eigentum und deshalb unter Denkmalschutz. Jede Veränderung ist von einer Genehmigung des Denkmalamtes abhängig. Abgesehen davon, dass diese Dinge nicht ohne Genehmigung ins Ausland gebracht werden dürfen. Also es bedarf zwei Genehmigungen für so eine Aktion. Bei der Entnahme dieses Bildes aus dem Stadtarchiv, und das ist lt. dem Kulturreferenten, der sich jetzt auch verzupft hat, bereits das zweite Mal, fehlen in diesem Fall die notwendigen Voraussetzungen, was demnach ein Hinwegsetzen über gesetzliche Vorschriften bedeutet und absolut ein leichtfertiger Umgang mit öffentlichem Gut ist. Es gibt derzeit genug Künstler, die sich mit der Materie des Steyrer Motives auseinandersetzen und man hätte ohne weiteres ein Bild eines Steyrer Künstlers ankaufen können. Wenn ich heute ein Geschenk mache, dann kaufe ich halt eines, ich nehme es ja auch nicht ...

PÄSIDIALDIREKTOR SR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Das steht dann aber auch wieder unter Denkmalschutz.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Nein, das ist nicht im Archiv, das ist nicht im öffentlichen Eigentum, dann haben sie das als Geschenk gekauft.

PÄSIDIALDIREKTOR SR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Lt. § 2. Wenn es die Stadt kauft, dann gehört es uns und das hat der Denkmalschutz gespendet.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Nein.

PÄSIDIALDIREKTOR SR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Natürlich.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Er kann es mit den frei verfügbaren Mitteln kaufen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Die Bilder sind ja für Geschenke gekauft worden.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Nein, diese Bilder sind nicht für Geschenke gekauft worden. Diese Bilder sind im Archiv und haben dort ihre Existenz. Mit dem Ankauf eines anderen Bildes hätte man ja auch einen Künstler unterstützen können, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Hier bei der Arbeit!

Gelächter

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Ja, es geht um ihr verschenktes Gut.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte machen sie eine kleinen Replay, dass ich alles mitbekomme.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

In der Kulturausschusssitzung vom 15. 2. habe ich bereits dieses Thema angeschnitten, habe den Herrn Kulturreferenten gebeten, der Sache nachzugehen, das auszuheben warum und weshalb das passiert ist. Ich habe gebeten das in der nächsten Kulturausschusssitzung auf die Tagesordnung zu geben. Es war nicht auf der Tagesordnung und bis heute ist nichts passiert und das Ganze ist totgeschwiegen worden. Abgesehen davon, wenn sie jetzt schon von Bilderankäufen sprechen, der Herr Dr. Pfeil hat immer gesagt für das Archiv und für eine in Hinkunft stationierte Stadtgalerie sollten Bilder gezielt angekauft werden und nicht almosenartig, so wie es der Herr Kulturstadtrat jetzt macht, Bilder anzukaufen, damit halt einer den Mund hält, weil er halt keine Subvention bekommt. Deshalb muss ich ihnen sagen, Herr Bürgermeister, ich habe mich an das Landeskonservatorium in Linz gewandt, habe denen die Situation geschildert und habe heute noch mit dem Herrn Dr. Euler gesprochen. Es ist bereits in Wien und wird dort von rechts her untersucht. Ich nehme an, dass sie sich trotzdem damit noch einmal auseinandersetzen müssen, weil ich habe ausdrücklich darum gebeten, dass das Stadtarchiv nicht zum Selbstbedienungsladen für Geschenke wird.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zur Wort gemeldet hat sich der Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, meine Damen und Herren, ich habe nicht geglaubt, dass ich noch einmal im Gemeinderat die Gelegenheit habe, zu diesem Thema Stellung zu nehmen, obwohl ich es natürlich schon ein paar Mal in der Zeitung gelesen habe. Ich habe mir eigentlich gedacht, dass es vielleicht im Kulturbereich andere, vielleicht auch bedeutsamere, wichtigere Themen geben könnte. Einiges davon ist ja auch heute angesprochen worden. Ich frage mich nur, ob man wirklich, wenn man so eine Debatte in der Öffentlichkeit führt, da mit der Kultur, im weitesten Sinn, vielleicht vom Walter Gabath zitierten Weise, weiß Gott was am Hut hat. Ich möchte nicht unhöflich sein, aber ich muss sagen, eher nicht, weil wenn ich dieses Bild genommen hätte und vielleicht irgendeinem Begünstigten gegeben hätte, irgendwem, dann würde dieser Vorwurf natürlich zutreffen. Abgesehen davon ist es auch immer

noch bedeutsam, um welches Bild es sich dabei handelt. Natürlich. Ich weiß nicht, wie sie zu der Auffassung kommen, dass das ein Vorgang war, der also eine Unrechtmäßigkeit war, eine Amtsanmaßung, oder wie auch immer das bezeichnet werden soll. Offenbar ja, weil die Kritik geht doch in diese Richtung. Ich möchte zunächst einmal sagen: „Welches Gastgeschenk sollte man anlässlich der Unterzeichnung einer Partnerschaft, wie wir sie mit der Stadt San Benedetto durchgeführt haben, überhaupt geben? Die Frage sollte sich nicht nur der Bürgermeister stellen, sondern wir haben ja gemeinsam und einstimmig beschlossen, diese Partnerschaft einzugehen, müsste eigentlich jeder Gemeinderat sich überlegen, ob man da ein Gastgeschenk hergibt und welches. Man wird also, nachdem ich mit dieser Materie befasst war und für Öffentlichkeitsarbeit zuständig bin und die Stadt nach außen hin vertreten muss, ist es ein Part, der natürlich dem Bürgermeister zufällt nach unserem Statut. Da stellt man sich die Frage: „Was gibt man denn den Leuten für ein Gastgeschenk?“ Nämlich nicht den Leuten, sondern der Stadt. Es war ein Geschenk an die Stadt San Benedetto. Was werden uns denn diese Leute geben? Diese Frage stellt man sich ja auch, weil im Austausch von Geschenken soll ja, wenn das nicht ein peinliches Ausmaß ausnimmt, sollte eine gewisse Gleichwertigkeit da sein. Dann sind die in San Benedetto, man höre und staune, zu der Überlegung gekommen, sie wollen uns ein Bild schenken. Sie haben uns ein Bild geschenkt, wie sie wissen, und zwar hat der Austausch dieser Geschenke in einer Festsitzung des Gemeinderates stattgefunden und nicht im stillen Kämmerchen oder hinter verschlossenen Türen, sondern alle waren eingeladen. Viele waren auch da. Wir haben ein Bild vom Heimatmaler Dworschak geschenkt. Ich habe das auch dort gesagt. Das war zunächst nicht mit einer großen Aufregung verbunden, das dürfte also erst eine ziemlich spätere Aktion von ihnen gewesen sein. Ich kann nur eines dazu sagen: „Wer war Dworschak?“

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Komponist!

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zutreffend, ja, da hat er Recht, war er auch, ein anderer allerdings. Also der Dworschak, der die Bilder gemalt hat, von dem ich rede und das eine, das hier in Rede steht Frau Kollegin, Dworschak war Magistratsbediensteter. Dworschak hat sich in seinem Ruhestand der Malerei gewidmet. Dworschak hat reizvolle Bilder und Motive unserer Stadt gemalt. Dworschak ist in keine Galerie gekommen, Dworschak ist in kein Museum gekommen. Der damalige kunstselige Magistratsdirektor, OSR Dr. Hannes Eder, hat, kunstsinnig wie er war, vielleicht weil es sich um einen Magistratsbediensteten gehandelt hat und weil er auch immer wieder für Geschenkszwecke solche Bilder brauchte, für die Stadt, für den Magistrat, eine ganze Serie solcher Bilder dem Herrn Dworschak abgekauft. Der Preis war also außerordentlich günstig, wie er mir versichert. Es gibt wahrscheinlich jetzt noch, ich kann es nicht genau sagen, mindestens 15 solcher Dworschakbilder im Haus, auch zu Dekorationszwecke im Haus hat er sie angekauft.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Mehr, ich habe alleine 3 im Büro hängen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, bei uns in der Bürgermeisterei vorne hängen mindestens vier solche Bilder. Sie dürfen dann gerne mit mir hingehen und sie bewundern. Ein anderer Professor, der Herr Professor Mostböck, der heute schon zur Debatte gestanden ist, mit dem ich in letzter Zeit ein sehr gutes Gespräch geführt habe, der hat auf meine Frage hin, weil er ja den Herrn Dworschak natürlich gekannt hat, habe ich ihn gefragt, was ist denn eigentlich, nachdem das an dem Tag in der Zeitung gestanden ist, ein

Dworschakbild ihrer Meinung nach wert? Er hat gesagt, er glaubt vielleicht sieben- bis zehntausend Schilling.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Um den Wert geht es gar nicht, Herr Bürgermeister. Dann wären sie zum Hager Ernst gegangen, der malt auch Steyr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Auf was es ihnen darauf an kommt ist mir schon klar Frau Kollegin. Mich interessiert es auch, wie sich der Herr Euler vom Land OÖ damit beschäftigt oder die Bundesdenkmalbehörde. Wie sich die auseinandersetzen, das verfolge ich mit großem Interesse und auch mit einer gewissen Belustigung, weil wenn ein Bürgermeister bei einer Festsitzung, anlässlich einer Partnerschaftsabschließung, als Morgengabe sozusagen, im Gegenzug weil uns die ein Bild geben, kein Bild mehr herschenken darf, das also einen materiellen Wert von sieben- bis zehntausend Schilling darstellt, und einen künstlerischen, den sie sich vom Herrn Prof. Mostböck erklären lassen können, dann weiß ich ja nicht, was ich da herschenken soll. Ich kann ja dem kein Textil geben oder in einen Souvenirshop eilen um irgendetwas zu erwerben, was er sich selbst auch kaufen kann. Es geht doch da um einen ideellen Wert. Das müsste doch jedem klar sein. Wir können uns doch nicht blamieren. Es tut mir außerordentlich Leid, Frau Kollegin, hören sie mir bitte schön ein bisschen zu, ich habe ihnen auch zugehört, wenn sie da zu mir gekommen wären, und hätten mich gefragt, hätte ich ihnen meine Begründung für diese Entscheidung vor- und nachher und jeder Zeit erklären können. Es ist mir unangenehm, dass dieses Ding in den Medien abgehandelt wird. Wissen sie, nicht wegen mir, weil das kann ja jeder erklären, dass man da auch etwas herschenken muss. Peinlich wäre es mir nur, wenn der Bürgermeister oder Mitglieder dieser Delegation darüber lesen würden, was wir für ein Problem mit dem Bild, dass wir ihnen geschenkt haben, haben. Das wäre peinlich möchte ich ihnen sagen und ich wünsche mir das nicht. Hoffentlich nicht. Schauen sie, so ist die Geschichte. Geben sie doch eine Ruhe.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Befassen sie doch nicht höchste Bundesdienststellen mit einem Dworschakbild, wo wir noch 15 davon hängen haben. Verstehen sie mich? Das Einzige, was hier unter Umständen auch wieder ein Mangel ist, den ich kritisiere und das wird man in Zukunft wahrscheinlich auch anders machen, wenn jedes Mal das Bundesdenkmalamt gefragt werden muss, wenn wir ein Bild hergeben, dann nenne ich das Bürokratie und außerdem einen Witz. Ich muss ihnen ganz ehrlich sagen, in Zukunft kann man nur auf eine ganz einfache Art vorgehen. Wenn man schon manche Bilder ankauft, solche Bilder, die man auch als Geschenk verwenden möchte, dann darf man so etwas nie mehr wieder registrieren und archivieren. Denn wenn man das tut, machen sie dann keinen Unterschied und kommen mit ihrer öffentlichen Kritik daher und es ist eine peinliche Auseinandersetzung. Das ist das, was mich an dem Ding wirklich stört. Jetzt sage ich ihnen noch etwas, was auch noch peinlich ist. Es gibt nämlich Leute, die unbefangen sind und die lesen das. Ich habe anlässlich meines Besuches zum 80. Geburtstag des Herrn Prof. Mostböck zufällig Gelegenheit gehabt, dort bei ihm in der Wohnung zu sein und da waren eine Professorin und ein Professor aus der Kunstakademie in Dortmund. Der Professor hat an diesem Tag die OÖ. Nachrichten gelesen und da ist das genau drinnen gestanden. Dieser Professor aus Dortmund ist aufgrund dieses Zeitungsartikels zu der Auffassung gelangt, ich hätte ein millionenschweres Bild verschenkt, wie wenn ich einen Schiele oder irgendetwas hergeschenkt hätte. Das war der Eindruck für den außenstehenden Kunstprofessor aus Dortmund, der beim Mader geschlafen hat und in der Früh die OÖ. Nachrichten gelesen hat. Dann habe ich gesagt: „Herr Professor Mostböck, sagen sie ihm, um welches Bild es sich handelt und was das in Wirklichkeit war.“ Worauf der Herr Mostböck gemeint hat, dass das eigentlich

lächerlich sei, so ist das nicht zu beurteilen. Dann hat sich das eigentlich in Schmunzeln aufgelöst. Aber, meine Damen und Herren, haben wir das wirklich notwendig, so einen Zirkus wegen so einer Sache zu machen? Jeder Bürgermeister, jede Bürgermeisterin, wer immer es auch ist, wird in die Lage versetzt sein, dass er irgendwelche Gastgeschenke hergibt. Glauben sie, er kann da jedes Mal den Gemeinderat einberufen, wenn er ein Bild herschenkt? Wir werden nur eine Konsequenz ziehen können, nicht mehr archivieren, aber dann wird man wieder den Verdacht äußern können, irgendjemand will sich etwas unter den Nagel reißen. Um Kunstgegenstände zu schenken, geht es nicht anders, noch dazu geht es ja auch um die Beziehung zur Stadt, und ein Bild von der Stadt ist eben ein Geschenk mit einem ideellen Wert und daher haben wir uns dafür entschieden. Daher bitte ich doch, das von dieser Warte her zu betrachten und nicht jeden Anlass wahrzunehmen, noch dazu wenn es um internationale Beziehungen geht, nur um ein bisschen politisches Kleingeld zu machen. Darum möchte ich sie schon bitten und an sie appellieren.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDRIKE MACH:

Wünscht die SPÖ-Fraktion dazu das Wort?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nur ein paar kurze Sätze, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil ich glaube, dass da in der Öffentlichkeit sowieso schon zuviel gewesen ist. Ich glaube, Frau Kollegin Reznar, was sie hier betreiben und was sie versuchen zu skandalisieren, kann man schlicht und einfach darstellen. Ich würde sie schon ersuchen, auch zuzuhören, sonst steht vielleicht wieder nicht alles im Protokoll und sie wissen es dann wieder nicht zu interpretieren, und ich erspare ihnen, das lange Protokoll zu lesen, das ist zeitökonomisch.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Das lese ich grundsätzlich immer durch.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ich glaube, das was sie hier so betreiben und versuchen zu skandalisieren, ist in Wirklichkeit ein Rohrkrepiierer. Sie versuchen hier dem Bürgermeister etwas anzuhängen, dass er hier seine Funktion missbraucht, wie wenn er sich das Bild selber mit nach Hause genommen hätte, oder er hätte es irgendeinem guten Bekannten geschenkt. Das was sie hier machen, Frau Kollegin Reznar, sie treten in Wirklichkeit die Partnerschaft mit San Benedetto mit den Füßen, weil es nämlich schon alleine der Anstand voraussetzt und vorausschickt, wenn hier gegenseitig Erinnerungsgeschenke ausgetauscht werden, dann sind sie der Meinung, dass die Stadt Steyr, wie es der Herr Bürgermeister auch gesagt hat, vielleicht einen Regenschirm mit der Aufschrift „Stadt Steyr“ überreicht, oder vielleicht können wir irgendetwas anderes schenken. Wie sie es meinen, wird es fast unmöglich, ein Präsent zu überreichen, das nur annähernd im Kunstbereich ist, weil nämlich überhaupt keine Kunstgeschenke im Zuge so einer Partnerschaften ausgetauscht werden dürften, zumindest aus Steyrer Sicht. Ich glaube, im Sinne einer positiven Entwicklung für die Stadt, einer positiven Imagepflege, einer positiven Entwicklung in Richtung Tourismus, was ja der Sinn und Zweck einer Partnerschaft ist, ist das einfach eine Geste, die hier notwendig ist. Noch dazu ist das ja nicht einer Privatperson geschenkt worden, sondern Steyr wird in San Benedetto in Form dieses Bildes von einem Steyrer Künstler präsentiert und da tun sie, als ob dies das Verbotenste wäre. Ich glaube, man sollte oft vor der eigenen Türe kehren.

Unverständlicher Zwischenruf

STADTRAT GERHARD BREMM:

Das kann ich in der „Aktuellen Stunde“ nicht alles aufzählen, was noch alles ist, das würde den Rahmen sprengen. Ich glaube, dass wir hier wirklich zur Sache zurückkehren sollten, dass sich diese Partnerschaft positiv entwickelt. Eines glaube ich, muss auch soweit sein, wenn hier Gäste kommen, wo wir alle gemeinsam glauben, dass diese Verbindung von der Stadt aus zu wünschen ist, dass wir nicht auf Paragraphen herumreiten, Gott und die Welt einschalten und in die Öffentlichkeit gehen, sondern dass wir unsere Gäste freundlich behandeln und auch so danach handeln. Ich würde sie wirklich ersuchen, das nicht so an die Spitze zu treiben und in Zukunft hier anders miteinander umzugehen.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Aber so geht man auch nicht mit Kulturgut um.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht wer von der FPÖ das Wort dazu?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es ist alles gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. ÖVP?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Danke, ich möchte die Sitzung nicht noch unnötig in die Länge ziehen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Grüne? Auch nicht! Frau Mag. Frech?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ich fasse mich sehr kurz, ich möchte nur etwas dazu sagen, weil ich einfach nicht möchte, dass soviel Negatives, das noch immer im Raum steht, einfach die Oberhand behält. Nur ein paar kurze Sätze. Ich glaube nicht, dass es sehr einfach ist, Freundschaften zu knüpfen, zu schließen und zu pflegen. Es ist schon gar nicht einfach, Freundschaften zwischen 2 Städten zu knüpfen, zu schließen und zu pflegen, die unterschiedliche Sprachen und Kulturen haben. Aber es ist scheinbar sehr einfach, hier ein Thema derart unsensibel zu behandeln. In der Sache selbst, kann man durchaus darüber reden, wie ist die Geschichte gelaufen und die gehört aufgeklärt. Aber das hier so zum Thema zu machen, ist wirklich absolut unfair allen jenen gegenüber, die versuchen diese Städtepartnerschaft zu forcieren und zu pflegen. Dazu möchte ich eigentlich gar nicht mehr sagen, als dass man diesen Gemeinderat bitte für so etwas nicht missbraucht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es von der ÖVP ein Thema? Herr GR Ing. Hack bitte.

StR Ing. Dietmar Spanring verlässt um 18.35 Uhr die Sitzung.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Wie wir heute schon ein paar Mal gehört haben, ist der Umgang mit Zahlen und Tagesordnungen ziemlich schwierig. Es gibt da auch noch einen anderen Punkt: „Trau keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast.“ Da hatte ich vor kurzem ein Erlebnis. „Einladung Kommunalbetriebe“ - jetzt heißen sie ein bisschen anders, aber im Prinzip sind es die Kommunalbetriebe. Da ist oben gestanden, „Fahrgaststatistik 1998/1999/2000 der städtischen Busse.“ Beilage war keine dabei, darum habe ich mir erlaubt, den Herrn StR Eichhübl anzurufen und ihn zu bitten, mir die Unterlagen zukommen zu lassen, damit ich mich auf die Sitzung vorbereiten kann. Da hat er gesagt; „Ja, die habe ich, die faxe ich ihnen.“ Fax ist dann keines gekommen, sondern nur ein Anruf. „Nein, die kann ich ihnen nicht schicken, weil ich habe mit „Oben“ gesprochen, die Frau Kollegin Frech wollte sie auch schon haben, die bekommt sie auch nicht und darum bekommen sie die Unterlagen auch nicht. Sie können vor der Sitzung kurz hineinschauen. So, das war einmal ein Vorgang, der mir nicht recht war, keine Frage. Nur wenn ich mir jetzt die Zahlen, die wir dann bekommen haben, in Ruhe anschau und mit den Zahlen vergleiche, die auch hier im Geschäftsbericht 1999 drinnen stehen, dann wird mir natürlich schon klar, warum das vorher nicht vorgelegt worden ist. Da sind gewaltige Differenzen drinnen, zwischen den offiziellen Zahlen im Geschäftsbericht 1999 der Verkehrsbetriebe und in den Vergleichszahlen 1999/2000, die uns da übergeben wurden. Ich meine, ich muss ganz ehrlich sagen, Herr StR Eichhübl, ist das in ihrem Sinn oder in ihrem Interesse, oder haben sie das überhaupt noch im Griff? Dass die Zahlen, die von den Stadtwerken offiziell herausgeben und bekannt gegeben werden, die auch Grundlage für den Rechnungsabschluss sind, auf einmal ganz anders sind, ohne einer Erklärung, ohne irgendetwas. Sie können jetzt vielleicht sagen, es ist die Umrechnungsmodalität oder irgendetwas verändert worden, aber z. B. die Kilometerzahlen der Busse, die sind wahrscheinlich täglich abrufbar, sind mit Sicherheit immer korrekt abgerechnet worden und die können im gleichen Jahr nicht von einer Statistik zur anderen um über 100.000 km differieren. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das in ihrem Sinn ist. Oder wie können sie das erklären? Danke.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Darf ich die Frage beantworten? Die „Aktuelle Stunde“ ist zwar keine Fragestunde, aber ich darf sie trotzdem beantworten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Es ist sehr leicht, das aufzuklären. Und zwar, Herr Kollege Hack, wir haben ja sehr ausführlich, und die Kollegen die im Ausschuss mit dabei waren, ob das der Herr Kollege Hauser ist, weil er mich gerade angeschaut hat, werden bestätigen können, dass wir über diese Thematik, über ihre Beschwerde gesprochen haben. Bevor sie mich am Freitag vor der Sitzung, die am Montag stattgefunden hat, angerufen haben, haben sie ja auch andere Stellen kontaktiert. Ich habe ihnen gesagt, es ist an und für sich kein Problem, ich habe eine Unterlage, das war dann die fertig ausgearbeitete Zahlenstatistik, ich habe lediglich nur den ersten Bereich gehabt, und das gestehen sie mir als Referenten hoffentlich zu, dass ich einen etwas besseren Zugriff zu den Zahlen habe, und zwar habe ich sie deswegen haben wollen, weil mich interessiert hat, was denn tatsächlich an Beförderungssteigerung in Zahlen festzustellen und ablesbar ist. Da ist ein Plus von 93.000 drinnen.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Es geht nicht um die Zahlen!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Kollege Hack, lassen sie mich bitte ausreden. Das war nicht die ganz fertiggestellte Version und daher habe ich sie dann angerufen - wenn sie es schon im Gemeinderat berichten, dann sagen sie wenigstens die Wahrheit - und habe ihnen gesagt, dass das nur ein Teil ist und die Fertigstellung

erfolgt am Montag; und zwar wird das dann auch rechtzeitig, so wie allen anderen Ausschussmitgliedern, dort vor Ort, in Form von dieser Vorlage, mitgeteilt. Es hat sich auch sonst niemand über diese Vorgangsweise aufgeregt. Natürlich habe ich dann gesagt, ich kann ihnen jetzt teilweise diese Unterlage nicht geben, das wäre irgendwie eine Bevorzugung. Hab das übrigens auch erwähnt, es stimmt, dass die Frau Kollegin Frech auch nachgefragt hat. Das zu dem einen und im Übrigen, Herr Kollege Hack, ist auch das aufgeklärt worden, dass es sich dabei nicht um einen Beschlussgegenstand gehandelt hat, sondern um einen Beratungsgegenstand und dass es durchaus üblich ist, dass man dort diese Unterlage den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses zur Kenntnis bringt. Es hat sich, wie gesagt, auch sonst niemand darüber aufgeregt, lediglich sie.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Aber nicht falsche Zahlen!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Hack, ich verstehe sie irgendwie. Sie erlauben mir jetzt einen Vergleich, fassen sie es spaßig oder weniger spaßig auf. Das ist jetzt ungefähr so, wie wenn man einem kleinen Bub in der Sandkiste sein Spielzeug wegnimmt. Natürlich ist er dann fürchterlich beleidigt und böse darüber und so kommen sie mir jetzt vor, Herr Kollege Hack. Ich habe ihnen nämlich ein Spielzeug weggenommen, nämlich die Statistik, die nicht nach ihrem Gutdünken ausgefallen ist. Das gefällt ihnen halt nicht, ich verstehe das eh irgendwo, das war eben das Thema, an dem sie sich aufgehängt haben, aber vielleicht finden sie im Laufe der Funktionsperiode noch etwas anderes. Ich bin ihnen dabei gerne behilflich. Das ist ihr Problem, jetzt wissen sie nicht mehr, was sie in der Öffentlichkeit berichten sollen, was sie über die Beförderungsstatistik sagen sollen und über all das, was die Verkehrsbetriebe betrifft, die an allem möglichen Schuld sind, an der Frequenz am Stadtplatz, bezüglich der Geschäfte usw.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Das ist nachweisbar!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, tatsächlich ist es so, dass auch Statistiken, was die Grundlagenarbeit betrifft, verändert werden müssen und verschiedene Dinge eben zeitgemäß erneuert werden müssen. Das war eben so, dass es bei diesen Zahlen, die dem Geschäftsbericht zugrunde gelegen sind, ich nenne jetzt nur ein Beispiel, damals nicht möglich war, diese Verbundkartenfahrer mitzuerfassen. Ich sage es jetzt deshalb, weil sie aus irgendwelchen Randgemeinden gekommen sind, aber auch das öffentliche Verkehrsmittel in Steyr benutzt haben. Das wäre in Kürze gesagt, eine Aufklärung. Herr Hack, ich hätte mir schon erwartet, dass die ÖVP heute in der „Aktuellen Stunde“ ein brennenderes Thema bringt. Ich danke.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Das ist keine Aufklärung!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hat die ÖVP eine Wortmeldung dazu?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Lieber Kollege Eichhübl, es dürfte bei ihnen schon ein Reflex sein, dass sie gar nicht bereit sind, auf

Fakten einzugehen, sondern dass sie das Gefühl haben, sie werden angegriffen und müssen dann polemisch reagieren. Wenn a) gefragt wurde, ob es in ihrem Interesse ist, dass sich die Sitzungsteilnehmer für einen Ausschuss, für den sie verantwortlich sind, nicht vorbereiten können, obwohl die Zahlen und Fakten vorhanden sind, ...

Unverständlicher Zwischenruf von StR Roman Eichhübl

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

... und sie nicht herausgegeben werden. Wenn sie zuerst selbst sagen, kein Problem, ich gebe ihnen die Zahlen, sie dann aber wieder kommen müssen und sagen, der Direktor ist der Meinung, wir sollen das nicht herausgeben und wir geben es auch nicht heraus, machen sie einen kurzen Einblick vor der Sitzung, sodass sie sich nicht vorbereiten können, dann kann das ganz offensichtlich - und so deute ich ihre Reaktion - Absicht sein, sie sind mit dieser Vorgangsweise einverstanden und es gehört zu ihrem Stil, Sitzungen so zu führen. Gut, wenn sie dieser Meinung sind, dann ist das zu akzeptieren.

Unverständlicher Zwischenruf von StR Roman Eichhübl

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Lieber Herr Kollege Eichhübl, sie waren am Wort und wir können anschließend wieder weiter reden. Wenn sie versuchen, in wirklich sehr polemischer Art, das was der Kollege Hack gesagt hat, einfach vom Tisch zu werfen, nämlich dass diese Zahlen, die offiziell herausgegeben wurden, die letzten, die bei der Sitzung vorgelegt werden, und wir nehmen hier z. B. die Kilometerleistung, wo man jetzt nicht sagen kann, dass sich das mit irgendwelchen Personen, die aus Randgebieten befördert werden, überschneidet, sondern die Kilometerleistung, wenn die nicht übereinstimmen mit dem Geschäftsbericht aus ihrem Bereich, dann frage ich sie wirklich, was ist da los bei ihnen und in ihrem Bereich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht von den Grünen jemand das Wort? Nein. Dann Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Eines ist bei dieser Geschichte schon sehr interessant. Es steht uns vor Sitzungen ein Akteneinsichtsrecht zu und zwar zu jedem Tagesordnungspunkt, der sich auf einer Sitzung befindet. Ich muss sagen, dass es bei den meisten Ausschüssen so ist, dass man auf dieses Einsichtsrecht auch hingewiesen wird. Interessanterweise ist es beim Verwaltungsausschuss nicht so, da wird nur darauf hingewiesen, dass man gebeten wird, den Sitzungstermin verlässlich wahrzunehmen, nicht aber auf dieses Akteneinsichtsrecht verweist. Nachdem ich gesehen habe, Beförderungsstatistik 1999/2000 ist Punkt 3) und ich möchte mich auf eine Sitzung ja vorbereiten, habe ich in den Stadtwerken angerufen und gesagt, ich möchte mir die Unterlagen anschauen. Da hat es geheißen, die sind noch nicht fertig. Da habe ich dann gesagt, wie kann es auf der Tagesordnung einer Sitzung sein, wenn sie eh noch nicht fertig sind, wie gibt es das dann. Dann auf einmal habe ich vom Kollegen Hack gehört, dass sie zwar schon fertig waren, aber dass man dann gesagt hat, na ja, die Frau Frech hat sie nicht bekommen und darum bekommt er sie auch nicht - oder so irgendwie auf diese Art. Das kann es ja wohl nicht sein. Eines frage ich mich schon, wenn das so ist, dass diese Statistik mit den Zahlen die ausgeteilt wurden nicht übereinstimmt, dann möchte ich gerne wissen, wie sich diese Unterschiede ergeben? Das wäre dann schon ganz interessant. Zum anderen, ist bei diesen Zählungen immer davon gesprochen worden, das sind ja ohnedies nur Hochrechnungen, nur Schätzungen. Wenn das so wäre, dass man dem Kollegen Hack tatsächlich sein Spielzeug weggenommen hat und mir vielleicht meine Puppe, dann frage ich

mich, warum es einen Rückgang bei den Einnahmen gibt, wenn ja eh alles so positiv ist. Die Leute fahren mehr als früher mit dem Bus, sie sind alle so begeistert und so zufrieden und trotzdem haben wir mehr Abgang und weniger Fahrgäste.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr StR Eichhübl. Darf er, als Fraktion und auch als zuständiger Stadtrat?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich muss mich deswegen einfach noch einmal zu Wort melden und es ist auch möglich, wie die Frau Vizebürgermeisterin als Vorsitzende festgestellt hat, dass ich zuerst als Fraktionssprecher herausgekommen bin und jetzt als zuständiger Stadtrat.

Ich möchte vor diesem Gemeinderat eines jetzt wirklich klarlegen, dass es absolut nicht richtig ist, dass im Verwaltungsausschuss den Mitgliedern irgendwelche Informationen vorenthalten werden. Das möchte ich hier mit aller Deutlichkeit klarstellen und auch den Vorwurf vom Tisch abwenden, weil es einfach nicht stimmt. Es stimmt einfach nicht, ich bin daran interessiert, wenn es heute beschlussfassende Materien gibt, dass die Mitglieder informiert werden, um dort auch zur Abstimmung zu gelangen. Noch einmal, das war ein Informationsgegenstand und das ist durchaus möglich, dass wir z. B. bei der nächsten Sitzung über diese Statistik reden. Ich gebe es gerne auf die Tagesordnung hinauf, das ist für mich überhaupt kein Problem. Es war auch nicht so, dass ich dem Kollegen Hack irgendetwas verheimlichen wollte, sondern ich wollte eines vermeiden, dass sie dann mit der Kollegin Frech in Konkurrenzkampf geraten, wie es in der Zeitung steht. Das wollte ich vermeiden, das war das Einzige.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Welche edlen Motive!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Das war tatsächlich eine nicht fertiggestellte Unterlage und am Montag ist diese Unterlage vom Herrn Zeilinger endgültig, so wie sie vorliegt, in Farbe ausgedruckt worden. Ich habe mir den ersten Teil dieser Statistik am Freitag vor der Sitzung besorgt und der hat, wie gesagt, nur den ersten Teil betroffen und das war auch nicht so, dass ich den Auftrag bekommen habe, das nicht hinauszugeben, sondern das war meine Entscheidung, dass ich gemeint habe, dass alle Ausschussmitglieder den Informationsstand haben sollten. Was auch geschehen ist. Herr Kollege Mayrhofer, es war auch wirklich so, dass dem Kollegen Hack angeboten worden ist, am Montag vor der Sitzung, meines Wissens nach ist auch die Uhrzeit ausgemacht worden, um 13.00 Uhr, dass er sich dort die Unterlagen anschaut. Da ist er dann nicht gekommen, da war es ihm offensichtlich doch nicht so wichtig. Ich mache ihm auch keinen Vorwurf, er wird schon wissen, warum er nicht gekommen ist, aber ich bitte mir auch umgekehrt keinen Vorwurf zu machen, dass ich irgendwelche Informationen vorenthalte, das entspricht sicherlich nicht den Tatsachen, sondern im Gegenteil, es ist auch mehrmals festgehalten worden, dass gerade im Verwaltungsausschuss oder im früheren Kommunalausschuss die Unterlagen sehr ausführlich dargelegt werden und auch die Protokolle. Das möchte ich hier dem Gemeinderat nochmals sehr deutlich zur Kenntnis bringen, um hier nicht ein falsches Bild im Raum stehen zu lassen. Danke.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Man muss aber eines sagen, das wäre eigentlich ein Thema für den Ausschuss, dass man ins Detail gehen kann.

Gibt es von den Grünen ein Thema zur Aktuellen Stunde? Das ist auch nicht der Fall. Damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich bedanke mich für die Mitwirkung und schliesse die Sitzung.

ENDE DER SITZUNG: 18.50 UHR.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr

DIE PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

DIE PROTOKOLLPRÜFER: GR Monika Freimund, GR Stefan Fröhlich